

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 24 * 15. Jahrgang

Berlin, den 1. Dezember 1934

Deutsch-französische Einigung in der Saarfrage



Phot. M. Wenz-Saarbr.

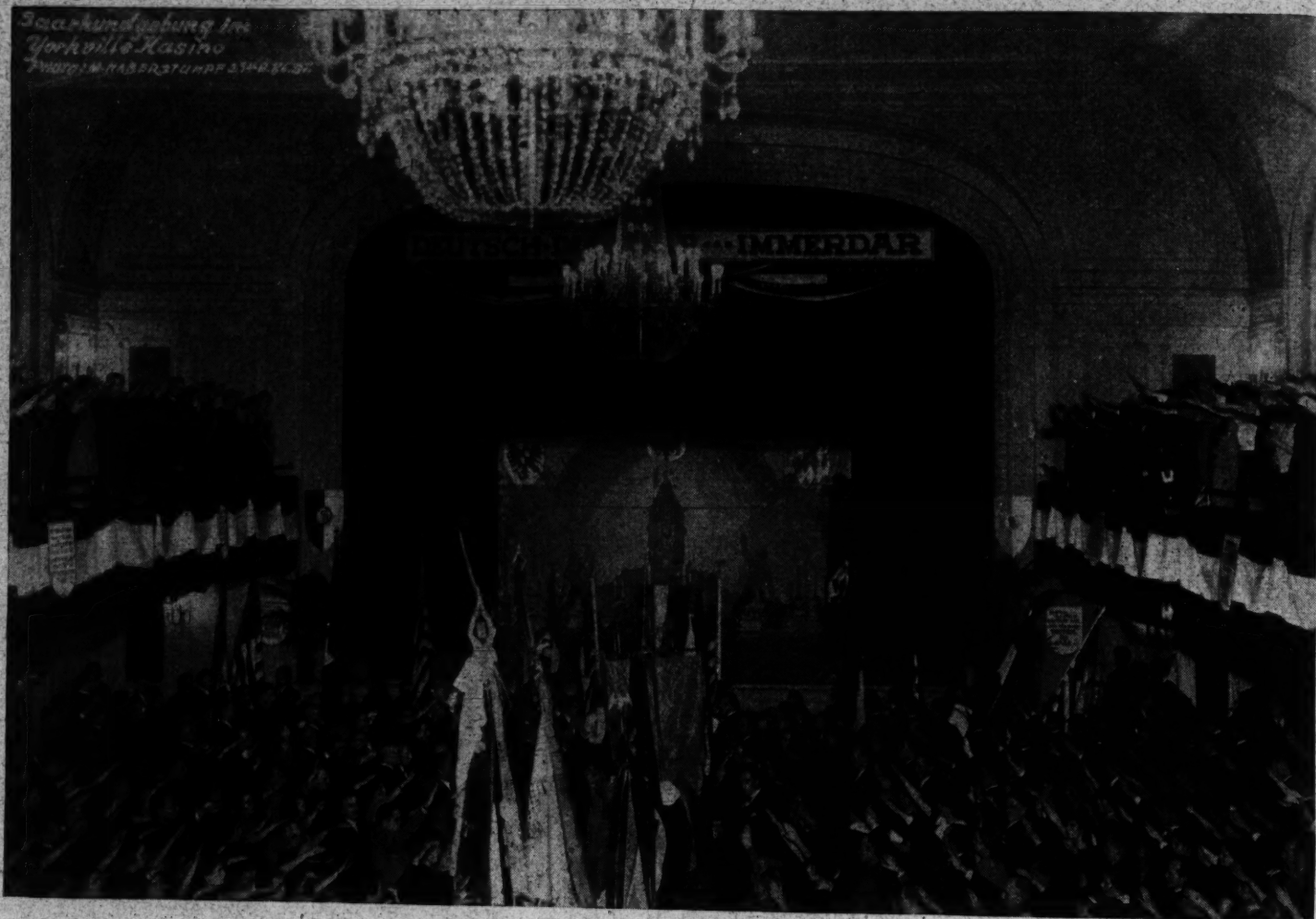
Ausblick vom Schaumberg auf Tholey

„Unser Kampf gilt der Versöhnung der von Gott zu Nachbarn bestimmten Völker Deutschlands und Frankreichs und der Befriedung Europas. Wer dafür eintritt, dient einer der edelsten Aufgaben, die Menschen in ihrem Leben gestellt wurden. Wir lassen uns nicht verwirren und den klaren Blick trüben. Am 13. Januar geht es um die endgültige Beseitigung des großen völkischen und nationalen Unrechts, das uns in Versailles angetan wurde. Es geht um unser Deutschland. Dieses Deutschland werden wir am 13. Januar 1935 neu erwerben, um es dauernd zu besitzen!“

Peter Kießer in einer Rundgebung der Deutschen Front am 28. 11. 1934 in Saarbrücken

Saarkundgebung in New York

veranstaltet vom Verein der Saarländer von New York,
am Sonntag, dem 28. Oktober 1934, im Yorkville Kasino.
(Siehe Bericht in der vorliegenden Nummer)



Der Einmarsch der Fahnen.



Die Festteilnehmer während des Vortrags.

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 24 * 15. Jahrgang

Berlin, den 1. Dezember 1934

Deutsch-französische Einigung in der Saarfrage 150 Millionen Grubenaufpreis - Keine Amnestie für die Emigranten

Die Saarverhandlungen in Rom sind am Sonntag im Dreier-Ausschuß mit einer grundsätzlichen Einigung zum Abschluß gebracht worden. Der Dreier-Ausschuß übersiedelt jetzt nach Genf, um seinen Bericht für die Sondertagung des Völkerbundes auszuarbeiten, der sich bereits am Mittwoch damit befassen wird.

Ueber den Inhalt der Vereinbarung wurden bisher folgende Einzelheiten bekannt:

Für die Abfindung aller Ansprüche des französischen Staates (Saargruben, Eisenbahnen, Grenzbahnhöfe usw.) zahlt Deutschland eine Pauschalsumme von 150 Millionen Reichsmark in französischen Franken (900 Millionen Franken).

Außerdem wird Frankreich die zinsfreie Ausbeutung der Warndtgruben, die aus Schächten erfolgt, die auf französischem Gebiete liegen, zugestanden. Die Ausbeutung wird auf fünf Jahre beschränkt und darf eine bestimmte Förderungsmenge (durchschnittlich 2,2 Millionen Tonnen Kohle) nicht überschreiten.

Vorkehrungen sind getroffen worden, um zu verhindern, daß durch die Barzahlung der Pauschalsumme eine Verschlechterung der deutschen Devisenlage eintritt.

Was den politischen Teil der Abmachungen betrifft, so handelt es sich in erster Linie um die Garantiefrage, und zwar sollen die Garantien, wie sie im Ratsbeschuß vom 4. Juni für die Stimmberechtigten vorgesehen sind, zu im wesentlichen gleichen Bedingungen auch auf die Nichtstimmberechtigten ausgedehnt werden, soweit sie am Tage der Abstimmung drei Jahre im Saargebiet ansässig sind. Außerdem ist vorgesehen worden, daß Bewohner des Saargebiets während der Dauer eines Jahres aus dem Saargebiet abwandern können. Diese Bestimmung greift aber in keiner Weise der deutschen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit vor.

Die Voraussetzung einer dreijährigen Ansässigkeit im Saargebiet nimmt also die Emigranten von der Amnestie aus.

Schließlich fand ein Notenwechsel über die Handhabung der Sozialversicherung nach der Rückgliederung zu Deutschland statt.

So weit sich das Ergebnis der Verhandlungen auf Grund der bisherigen kurzen Mitteilungen übersehen läßt, kann man mit ihm im allgemeinen zufrieden sein. Vor allem spricht aus den Vereinbarungen, an welchen auch die französischen Unterhändler beteiligt sind, das unumstößliche Bewußtsein, daß das Schicksal des Saargebiets im Sinne des politischen Willens seiner Bevölkerung entschieden worden ist. Das also, was man bereits vor Jahren hätte erreichen können, nämlich die Rückgliederung des Saargebiets ohne Abstimmung, ist heute in den römischen Vereinbarungen ausdrücklich unterstrichen worden. Noch bevor das Saarvolk am 13. Januar seine Stimme abgegeben hat, weiß man bereits, wie das Ergebnis sein wird: Ein einiges, freudiges und stolzes Ja für Deutschland!

Wenn man vielleicht auch in den politischen Abmachungen gewünscht hätte, daß man jene Elemente, die kein Vaterland und kein Vaterlandsempfinden kennen, weniger rücksichtsvoll behandelt hätte, so spricht hier wohl in erster Linie der verzeihende Wille mit, der bereits in den Worten des Führers zum Ausdruck gekommen ist, alle, die sich am 13. Januar zum deutschen Vaterland bekennen oder die Opfer von Verführern geworden sind, ohne Nachprüfung ihres bisherigen Verhaltens im deutschen Vaterhaus willkommen zu heißen. Sie werden sich nachträglich überzeugen, daß sie irrten. Die Vaterlandsverräter aber, die Emigranten, haben auch in Rom keine Gnade gefunden. Sie sind verbannt. Nur hat man ihnen die Möglichkeit gegeben, sich innerhalb eines Jahres einen neuen Aufenthaltsort zu suchen.

Die Freiheit des Saargebiets bricht an!

Ruhig Blut!

Von Richard Pössel

Die Verhandlungen des Dreierauschusses, an denen auch eine deutsche und eine französische Abordnung teilnahmen, sind mit einer grundsätzlichen Einigung über die Liquidierung der Saarfrage abgeschlossen worden. Es scheint, daß kühle Vernunft und die Sorge um den Frieden sich durchgesetzt haben. Wie üblich, hat es an systematischer Stimmungsmache nicht gefehlt. Die Freunde der Status quo-Lösung mit allen ihren Helfern und Helfershelfern im französischen Lager haben nichts unversucht gelassen, um diese Beratungen unter Druck zu halten. Auch die Saarregierung ist nicht davon frei zu sprechen, in dieser Richtung tätig gewesen zu sein. Mindestens mußten ihre Denkschriften an den Völkerbund mit den ganz einseitigen Darstellungen gegen die Deutsche Front so aufgefäkt werden. Die Emigranten- und Separatistenpresse des Saargebiets hat sich die phantastischsten „Informationen“ und Berichte aus Rom und Genf drahten lassen, um in größter Aufmachung ihren erstaunten Leserkreisen bekanntzugeben, daß die Status quo-Lösung so gut wie beschlossene Sache sei. Wir haben schon bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß auch die französische Saardenkchrift, verfaßt von dem auf tragische Weise ums Leben gekommenen französischen Außenminister Barthou, dazu bestimmt war, den Status quo-Gedanken zu fördern und Verwirrung an der Saar herbeizuführen.

Nur ein Abstimmungsvolk, das sich seines Zieles und seines Sieges so sicher ist, wie das Saarvolk, konnte ein solches Trommelfeuer der Stimmungsmache mit gelassener Ruhe über sich hinweggehen lassen. Mit Dank und Anerkennung muß diese Tatsache hier hervorgehoben werden. Denn nur dieser unerschütterlichen Ruhe und eisernen Disziplin ist es in erster Linie zu danken, daß die Gegner deutscher Saarfürfreiheit und deutscher Saarzukunft mit ihren Manövern nichts ausrichteten. Auch das Schnellfeuer der Einsprüche gegen die Abstimmungsberechtigten hat keinen Eindruck hinterlassen, nachdem man in der Bevölkerung die Gewißheit erlangt hatte, daß die unter wirklich neutralen Persönlichkeiten stehende Abstimmungskommission besten Willens ist, sachlich und unparteiisch die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Diese Zuversicht hat ihren Lohn gefunden, der beide, die Abstimmungskommission und die Bevölkerung, ehrt. Die fast 110 000 Einsprüche sind im ersten Ansturm fristgerecht erledigt worden. Auch im Rekursverfahren bekunden die Kreisbüros und das Abstimmungsgericht den festen Willen, die Saboteurarbeit nichtabstimmungsberechtigter Emigranten- und Separatistenfliken erfolgreich niederzuzwingen. Diese Tatsachen festzustellen, verlangt die Anständigkeit und die Wahrheit.

Wenn wir nicht mit allem einverstanden sind, was die Abstimmungskommission im Saargebiet angeordnet hat, so soll das das soeben Gesagte nicht beeinträchtigen. Die Abstimmungskommission ist erst seit wenigen Monaten im Saargebiet und hat sich zweifellos in die dortigen politischen Verhältnisse besser und einsichtiger eingearbeitet, als man das von der Saarregierung mit ihrer fast 15jährigen Saartätigkeit sagen kann. Aber gerade die Kürze der Zeit macht es verständlich, daß den mit wichtigem Auftrag betrauten Männern nicht alles geläufig ist, was sie an der Saar antreffen. Wo sie sich wahrscheinlich am wenigsten hinein-denken können, ist die Tatsache, daß deutsche Menschen im Ringen um deutsches Land, um deutsche Heimat und deutsches Volkstum zum Gegner überlaufen und sich ihre Denunzianten- und Verräterarbeit mit harter Münze und Zukunftswechseln bezahlen lassen. Das ist etwas so Unnatürliches und Widerwärtiges, daß es ein Außenstehender nicht zu begreifen vermag. Und aus diesem Nichtbegreifen mögen solche Maßnahmen zu erklären sein, die, wie die Ausschaltung aller Saarbeamten von jeder politischen Abstimmungstätigkeit, nicht verstanden wird. Auch ein anderes mag hier noch mit-sprechen, die Tatsache nämlich, daß die Zuständigkeitsgebiete zwischen Abstimmungskommission und Saarregierung nicht

klar genug abgegrenzt sind. Denn wenn die Abstimmungskommission die Möglichkeit hat, gegen die Störung ihrer Abstimmungsarbeiten und gegen die Gefährdung einer unbeeinflussten Abstimmung Maßnahmen zu ergreifen, dann müßte sie auch das Recht haben, Einspruch gegen Maßnahmen der Saarregierung zu erheben, die gegen die Grundbestimmungen der Abstimmungsfreiheit verstoßen. Und es ist ein Verstoß gegen die Abstimmungsbestimmungen, wenn die Saarregierung die ungeheuerlichsten Behauptungen gegen die deutsche Bevölkerung des Saargebiets in Form von ganzseitigen Auflagenachrichten in der Presse, Denkschriften und Beschwerden erheben darf, während Gegenäußerungen der deutschen Bevölkerung durch Strafantrag unter Verfolgung gestellt werden.

In besonderem Maße wäre ein Einspruchsrecht der Abstimmungskommission notwendig gegen das Vorrecht, das den Emigranten, kommunistischen und separatistischen Hezern durch die Saarregierung im Saargebiet in ihrer politischen Veräufung eingeräumt worden ist, ferner gegen die Verwendung solcher emigrierten Persönlichkeiten im öffentlichen und im politischen Polizeidienst. Das sind Vorgänge, die an die schlimmsten Zeiten der Abstimmungskämpfe in Eupen-Malmédy, in Oberschlesien usw. erinnern, und die damals in der ganzen zivilisierten Welt Bedenken über die Tragfähigkeit der Versailler Abstimmungsbestimmungen ausgelöst haben.

Da die Abstimmungskommission offenbar aber nicht ein solches Einspruchsrecht hat, fällt die ganze Verantwortung für diese Vorgänge allein der Saarregierung zu. Mag sie sich stark und selbstsicher in ihrer Verwaltungsautokratie dünken, die Geschichte wird einst über sie und ihr Tun das Urteil sprechen.

Die Entwicklung der Dinge scheint zu beweisen, daß schon jetzt die Verhältnisse über solch kurzfristige Taten der Saarregierung hinweggehen. In französischen staatsmännischen und politischen Kreisen ist, das darf man ohne Bedenken falscher Hoffnungen behaupten, in den letzten vierzehn Tagen ein Umschwung der Saarmeinungen eingetreten. Es soll hier nicht untersucht werden, worauf das zurückzuführen ist. Immerhin möchten wir glauben, daß die mehrfachen Aussprachen, die der deutsche Botschafter in Paris mit dem Nachfolger Barthous, dem französischen Außenminister Laval, hatte, mit den Anlaß dazu gegeben haben, innerhalb der französischen Regierung die Saarfrage einmal unter dem Gesichtspunkt der Befriedung Europas und einer deutsch-französischen Verständigung anzusehen. Wir wissen nicht, ob es so ist, aber es könnte so sein. Es ist auch möglich, daß nicht nur die immer stärker gewordenen Angriffe in der Auslandspresse gegen die französische Saarpolitik, sondern auch die freundschaftlichen Vorstellungen anderer Regierungen den Anlaß zu ruhigerer Ueberlegung in Paris gegeben haben. Es mag auch sein, daß die eingehenden Beratungen, die im Zuge der römischen Saarverhandlungen zwischen verantwortlichen Vertretern Frankreichs und Deutschlands stattgefunden haben, eine freundlichere und sachlichere Atmosphäre geschaffen haben. Auf jeden Fall hat auch hier die unerschütterte einmütige deutsche Haltung der Saarbevölkerung die Grundlage für all diese neuen Erwägungen abgegeben. Vielleicht war die Aufpeitschung der annexionsistischen Leidenschaften, der separatistischen Knechtseligkeit, die Drohung mit dem französischen Einmarsch der letzte Versuch, das treudeutsche Saarvolk zu erschüttern. Es hat auch dieses letzte Trommelfeuer ebenso gelassen, selbstbeherrscht und siegreich überstanden, wie die saardeutschen Frontkämpfer des Weltkrieges so manches Trommelfeuer an den Fronten überstanden haben. Und letzten Endes siegt doch die Treue, die Treue, die dem Saargebiet 1815 die Freiheit gab, die Treue, die im Jahre 1925 die französische Annexionshoffnung an der Saar zertrümmerte, die Treue, die sich in den tausend Schlachten des fünfzehnjährigen Abstim-

mungskampfes bis auf den heutigen Tag so eindeutig bewährt hat.

Noch ist der Kampf nicht entschieden, der Endsieg nicht errungen. Noch mancher Angriff wird abzuschlagen sein. An der Saar weiß man aber, daß die Prüfungszeit jetzt mit Riesenschritten ihrem Ende entgegengeht. In kaum sechs Wochen hat der Stellungskrieg ein Ende, und alle treuen Söhne und Töchter der saardeutschen Heimat werden zum letzten Sturm aufgerufen. An diesem Tage, dem 13. Januar, wird sich die Wahrheit über das Saargebiet voll erweisen. Für jeden, auch für den, der heute noch der Fahne des Verrats, der Verhöhnung, der Verleumdung und der Volksvergiftung folgt, steht heute das Ergebnis dieses Sturmes gegen den Versailler Saarbetrug fest. Da nützen alle Märchen, die man über Deutschland erfindet, nichts. Nur dann wäre dieser unwahre Kampf, den all die Brauns, Hoffmänner, Balz und Genossen führen, berechtigt, wenn je das Saargebiet ein Ding an sich gewesen wäre, ein Gebiet, das außerhalb der Vaterlandsgrenzen, außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft, außerhalb des deutschen Kultur- und Blutkreises sich entwickelt hätte. Das Saargebiet aber ist in seiner ganzen volksmäßigen, wirtschaftlichen und landschaftlichen Struktur so eng mit dem übrigen Deutschland ver-

bunden, daß die Entwicklung des neuen Deutschland sich naturnotwendig auch im Saargebiet durchsetzte. Und gerade diese Tatsache möchte die Saarregierung durch ihre Maßnahmen und ihre Berichte nach Genf verneinen, diese Tatsache ist es, gegen die französischer Annexionswille und separatistischer Verrätergeist Sturm gelaufen ist.

Die unerschütterliche Ruhe des deutschen Saarlokes, sein Deutschbewußtsein und seine Siegesicherheit haben all die fünfzehn Jahre hindurch alle offenen und hinterhältigen Anschläge abgewehrt. Zu glauben, daß dieses Fähnlein der Treue in letzter Stunde wanken könnte, ist so unsinnig, daß man heute auch in Paris nur noch mit der einen Möglichkeit rechnet: Das Saargebiet kehrt heim zum deutschen Vaterland! Diese Erkenntnis dürfte, wenn man den Frieden zwischen beiden Völkern, wenn man den Frieden Europas will, auch die Verhandlungen beeinflusst haben, die jetzt in Rom zu Ende geführt wurden, damit der Völkerbundsrat in seiner Sondertagung in Genf zu einer Entscheidung des Rechts, der Wahrheit und des Friedens kommen kann.

Deshalb allen, die es ehrlich mit diesem Frieden und ehrlich mit der Wahrheit meinen, die eine Mahnung: Ruhig Blut — die Freiheit winkt!

Laval erklärt:

„Wir beugen uns vor dem Ergebnis der Abstimmung“

Von Werner Pardoll

Die große Öffentlichkeit behandelt seit kurzem in verstärktem Maße die Frage einer deutsch-französischen Verständigung. Diese Tatsache ist das Ergebnis einer unverkennbaren Umstellung der französischen Außenpolitik. Ohne sich mit Behauptungen zu weit vorwagen zu wollen, wird man annehmen dürfen, daß diese Wendung mit dem Einzug Laval's am Quai d'Orsay zusammenhängt. Damit soll nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß Laval die Grundrichtung der Barthou'schen Außenpolitik zu verlassen gedenkt. Nur die Art, wie er die einzelnen Probleme anpackt, ist eine andere und wirkt beruhigender, als es bei der Barthou'schen Außenpolitik mit der gewollten Gegnerschaft gegenüber Deutschland der Fall war. Laval hat in der Kammer am 30. November erklärt, „daß er mit allen Ländern die Politik der Wiederveröhnung zu treiben bereit ist, daß er mit allen Regierungen auf dem Fuße der Gleichheit und unter Berücksichtigung ihrer Würde verhandeln will, und daß Deutschland eingeladen werden wird, unter den gleichen Bedingungen wie alle anderen Länder, um einem gegenseitigen Beistandspakt beizutreten, indem es die gleichen Garantien findet wie die, die es den andern Ländern zuteil werden läßt.“ Man wird sich hüten müssen, zu weitgehende Hoffnungen an diese Ausführungen zu knüpfen. Man darf sie aber nicht als nebensächlich abtun und bei allen Unklarheiten und Eigenheiten der Laval'schen Politik nicht vergessen, daß Frankreich eben nach wie vor im Widerstreit der parteipolitischen Meinungen und Kämpfe sich befindet.

Und dennoch wird man das deutsch-französische Verhältnis heute mit anderen Augen ansehen müssen, als es noch vor wenigen Wochen unter dem Einfluß der Barthou'schen Politik möglich war. Die römischen Saarverhandlungen haben offenbar eine Wendung genommen, die diese Auffassung bestätigt. Es ist gewiß nicht so, daß die deutsche Auffassung sich hundertprozentig durchgesetzt hätte. Es ist auch nicht so, als ob alle Schwierigkeiten bereits ausgeräumt sind. Und schließlich kann man an der Tatsache nicht vorübergehen, daß das Ergebnis der römischen Verhandlungen nicht gleichzusetzen wäre dem angestrebten Ergebnis in Genf.

Und doch wird man in Genf, wenn dort in den nächsten Tagen die Sondertagung zur Entscheidung über den Bericht des Dreier-Ausschusses zur Saarabstimmung zusammentritt, die Erklärung Laval's vor der Kammer nicht unberücksichtigt lassen können:

„Die Saarfrage muß normal für beide Teile zufriedenstellend geregelt werden . . . Wir beugen uns von vorn-

herein vor dem Ergebnis dieser Abstimmung. Wir erklären vor Deutschland und vor der Weltöffentlichkeit ohne irgendeinen Hintergedanken unsern Wunsch, nichts zu übernehmen, was nicht strikt in den internationalen Rahmen fällt. Wir haben berechnete Interessen zu vertreten . . .“

Laval beugt sich also dem Grundgedanken der Bestimmungen des Saarstatuts über die Saarabstimmung, d. h. er erkennt die durch diese Abstimmung zum Ausdruck kommende Volksmeinung als bindend für die Entscheidung des Völkerbundes an. Das ist ein anderer Ton als der, der heute noch von Separatisten und Emigranten zu hören versucht wird. Es gibt keine Vorbehalte und keine Auslegungskünste, die über den Charakter der Volksabstimmung an der Saar etwas anderes konstruieren dürfen als das, was Paragraph 34 des Saarstatuts festgelegt hat, daß nämlich „die Bevölkerung des Saarbeckens berufen wird, ihren Willen kundzugeben“, und was Laval am 30. November vor der Kammer vor aller Welt feierlich erklärt hat, daß „Frankreich sich von vornherein vor dem Ergebnis dieser Abstimmung beugt“.

Es ist auch noch ein anderer Vorgang, der uns berechtigt, der Lösung der Saarfrage mit sicherer Zuversicht entgegenzusehen: das ist die Tatsache, daß die französischen Frontkämpfer in nicht mißzuverstehender Weise ihren Willen bekundet haben, sich mit aller Kraft einzusetzen für eine deutsch-französische Verständigung. Einer der Führer der französischen Frontkämpfer hat seiner festen Überzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß die sicherste Gewähr für eine ruhige und unbeeinflusste Abstimmung durch die Anwesenheit einer Abordnung ehemaliger französischer und deutscher Frontkämpfer einige Tage vor der Saarabstimmung und während der der Abstimmung folgenden Wochen im Saargebiet sein würde. „Sie wäre geeignet, durch ihre Anwesenheit den Willen beider Völker und die Abstimmungssicherheit zu gewährleisten. Angesichts einer solchen moralischen Beruhigung dürften die erregten Elemente sich wohl hüten, einen Zwischenfall hervorzurufen.“

Diese Überzeugung wird in den Herzen der deutschen Frontkämpfer allgemein und vor allem der deutschen Frontkämpfer an der Saar freudigen Widerhall finden. Die Frontkämpfer haben auf beiden Seiten für die Freiheit ihres Vaterlandes gekämpft. Sie haben die Schrecken des Krieges kennen gelernt, sie wissen, was der Frieden für ihr Vaterland, für ihr Volk, für die Völker überhaupt bedeutet. Sie haben nicht die Absicht, ihre Haut erneut für jene Kreise

zu Markt zu tragen, die aus Gründen persönlicher Vorteile auf politischem oder geldlichem Gebiet die Völker gegeneinanderheben. Sie sind auch nicht bereit, für vaterlandslose Gesellen, für Verräter und Emigranten ihr Blut zu vergießen. Sie treten ein für Wahrheit, Ehre, Freiheit und Frieden hüben und drüben.

Der französische Frontkämpfer, Abgeordneter Gon, hatte Gelegenheit, mit dem Führer Adolf Hitler die Fragen des deutsch-französischen Verhältnisses zu besprechen. Er hat die Überzeugung gewonnen, daß Hitler den Frieden will, auch den Frieden mit Frankreich. Die es zu einer deutsch-französischen Verständigung nicht kommen lassen wollen, das sind diejenigen, die mit den heiligsten Gefühlen der Menschen, mit der Treue zur Heimat und zum Volkstum, mit dem Selbstbestimmungsrecht Schachergeschäfte treiben, das sind diejenigen, die nie den Krieg kennen gelernt haben, und die sich deshalb der französischen Rüstungsindustrie zur Verfügung stellen, um den Krieg zu schüren und den Frieden zu torpedieren.

Laval hat in seiner Erklärung vor der Kammer darauf hingewiesen, daß die Saarfrage „durch den Friedensvertrag in einen internationalen Rahmen gebracht worden sei, den sie beibehalten müsse“. Damit lehnt er eine direkte Verständigung über die Saar zwischen Deutschland und Frankreich ab. Im gegenwärtigen Augenblick, nachdem frühere passende Gelegenheiten veräumt worden sind, hätte es auch kaum Sinn, diese Frage aus dem Rahmen der internationalen Politik herauszulösen. Durch die bisherige Halsstarrigkeit Frankreichs in der Saarfrage und durch die mancherlei Vorgänge an der Saar ist diese Frage tatsächlich eine internationale Angelegenheit, eine Angelegenheit des europäischen Friedens, geworden. Heute ist es nicht nur Deutschland, das eine gerechte Lösung verlangt,

es ist die Mehrzahl der Völker, es ist ganz Europa, das eine endliche, und zwar endgültige Vereinigung der Saarfrage im Interesse des europäischen Friedens verlangt. Viel zu lange hat diese Frage die internationale Politik beschäftigt und die Völker beunruhigt. Schon vor länger als zehn Jahren ist im englischen Parlament unter Hinweis auf das in Versailles dem Saargebiet angetane Unrecht und die damaligen Franzöisierungsmethoden durch die Saarregierung erklärt worden: „Die Saar ist der Unruheherd Europas.“ Jetzt hat dieses Europa das allergrößte Interesse daran, daß die Saarfrage auf der Grundlage von Recht und Wahrheit bereinigt wird, um diesen ständigen Unruheherd zu beseitigen.

In einem vermögen wir Laval nicht beizupflichten, wenn er sagt, daß es von Deutschland abhängt, „ob sich die Volksabstimmung unter normalen Bedingungen vollzieht“. Es ist nicht die Schuld Deutschlands, daß die Saarregierung den Emigranten bevorzugtes Niederlassungsrecht an der Saar einräumte, daß sie einen Saar separatismus künstlich züchten ließ, daß der kommunistischen Agitation freie Entfaltung gewährt wurde. Aber gerade diese drei Faktoren sind es, die eine Volksabstimmung unter normalen Bedingungen gefährden. Laval hat es in der Hand, durch seinen Einfluß auf den Völkerbund zu veranlassen, daß die Saarregierung diesen Elementen der Unruhe und der Bedrohung ihre weitere Tätigkeit untersagt. Dann wird Laval am 13. Januar einen Abstimmungsverlauf erleben, der ebenso überzeugend wie erhebend ist. Denn das Saargebiet wird in freudiger Einigkeit seine Treue für Deutschland zum Ausdruck bringen. Und diese Entscheidung kann den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich nur vertiefen und veredeln.

Deutschland, o Heimat, wir bleiben dir treu!

Von Karl Ollmer

Nun geht's mit Riesenschritten dem 13. Januar entgegen. Der Tag, den wir saardeutschen Menschen seit 1919 mit allen Fasern unseres Herzens herbeigesehnt haben, ist in greifbare Nähe gerückt. Nur noch 6 Wochen trennen uns von den für uns so entscheidungsvollen Stunden. Da erscheint es angebracht, daß wir uns noch einmal daran erinnern, was an der Saar vorging und uns darüber klar werden, um was es am 13. Januar geht.

Mehr als 16 Jahre stehen wir an der Saar im Abwehrkampf für die Erhaltung unseres Deutschtums. Wir müssen es verteidigen, weil Frankreich dieses deutsche Land haben will. Sofort nach der Besetzung des Saarlandes, die am 23. November 1918 erfolgte, setzten die Franzosen mit ihren Verwelschungsbestrebungen ein. Sie wollten die rein deutsche Bevölkerung an der Saar möglichst schnell für den erstrebten Anschluß „reif“ machen. Mehr oder weniger offen erklärten sie, daß sie nie wieder aus dem Saargebiet herausgehen würden. Damals rechneten sie noch damit, bei den Friedensverhandlungen die Zustimmung der in Frage kommenden Verbündeten zur Annexion des Saargebietes zu erlangen. Mit allen Mitteln suchten sie dieses Ziel zu erreichen. Und als der amerikanische Präsident Wilson sich hiergegen ernsthaft wehrte, scheuten die französischen Vertreter nicht vor einer glatten Lüge zurück, indem Clemenceau die Behauptung aufstellte, daß es an der Saar 150 000 Menschen gebe, die Franzosen seien und die sehnlichst wünschten, mit Frankreich vereinigt zu werden. Das war eine bewußte Unwahrheit. An der Saar gab es unter den 750 000 Menschen, die 1918 dort wohnten, kaum 100 Franzosen. Frankreich erreichte die Annexion nicht. Es kam jedoch zu einem für es sehr günstigen Kompromiß. Der französische Staat wurde alleiniger Eigentümer der Saargruben und damit Beherrscher der für das Wirtschaftsleben an der Saar ausschlaggebenden Schlüsselindustrie. Das Land wurde für 15 Jahre der deutschen Verwaltung entzogen und einer Regierung unterstellt, die vom Völkerbund ernannt wird. Das bedeutete eine völlige Entrechtung der Bevölkerung.

Weiter wurde bestimmt, daß die Bevölkerung 15 Jahre

nach Inkrafttreten des Versailler Diktats darüber abstimmen soll, ob sie weiter unter der Fremdherrschaft bleiben oder mit Frankreich vereinigt oder wieder mit Deutschland verbunden werden will. Am 10. Januar 1935 sind die 15 Jahre abgelaufen, und am 13. Januar findet die Abstimmung statt.

All unsere Proteste gegen die Abtrennung und Unterstellung unter eine Fremdherrschaft waren vergebens. Gegen unseren einmütigen Willen wurden wir vom Mutterlande losgerissen, weil Frankreich es wollte und glaubte, im Laufe der Zeit eine Gelegenheit zur Annexion zu finden oder die Bevölkerung für einen freiwilligen Anschluß gewinnen zu können. Demgemäß setzte die französische Propaganda auf allen Gebieten sofort ein. Zunächst versuchten es die Franzosen mit dem Zuckerbrot. Versprechungen machte man in Hülle und Fülle. Man lieferte Speck und Weißbrot zu billigen Preisen — verschwiegen aber, daß die saarländischen Gemeinden einen erheblichen Ueberpreis dafür zu zahlen hatten. Jedem Stande wurden besondere Vorteile zugesichert. Das Saarland sollte ein Musterländchen für die ganze Welt werden, im Lichte der Pariser Sonne glänzen und gewissermaßen ein kleines Paradies sein.

Niemand fiel darauf herein. Darum wurde nun die Peitsche geschwungen. Droh- und Druckmittel aller Art wurden angewendet. Viele saardeutschen Kämpfer wurden ausgewiesen, verhaftet, verurteilt, brotlos gemacht und ins Elend gestürzt. Ebenfalls ohne Erfolg! Auch die Versuche der Abschnürung vom Reiche, die durch die Einführung der Frankenwährung und die Eingliederung des Saargebiets in das französische Zollsystem und vieler anderer Mittel in großem Umfange Tatsache wurde, hat den Franzosen politisch und kulturell nichts genutzt. Die geistige Verbundenheit ließ sich trotz aller Versuche nicht zerreißen. Nach Abstammung, Sprache, Erziehung, Gefinnung usw. ist die Bevölkerung deutsch geblieben und wird es stets bleiben. Die Bande des Blutes sind stärker als alles andere. Sie sind untrennbar. Menschen mit deutschem Blute lassen sich nicht verwelschen. „Wir wollen zurück zum Reich um jeden Preis“, haben wir immer wieder erklärt.

Das, was der Bevölkerung des urdeutschen Saarlandes bevorsteht, wenn sie den Sirenengefangen der Statusquoler folgen würden, läßt sich gar nicht schlimm genug schildern. Glaube man ja nicht etwa jetzt gegebenen Versprechungen. Uebrigens liegt ein irgendwie ins Gewicht fallendes oder gar bindendes Versprechen bisher nicht einmal vor. Aber selbst, wenn man diese oder jene Versprechungen machen sollte, dann würden sie nicht gehalten, nicht einmal gehalten werden können. Nirgendwo ist der Wechsel der Ministerien so groß als in Frankreich. Ueber Zusagen, wie sie jetzt vor der Abstimmung von der französischen Regierung der Saarbevölkerung gegeben werden, wird keine spätere französische Regierung stolpern. Das wären für sie Zwirnsfäden, über die man im politischen Leben bekanntlich nicht stolpert. Am allerwenigsten in Frankreich. Wenn der unzufriedenen französischen Masse ein Opfer gebracht werden muß, um sie abzulenken oder zu beruhigen — und wie oft wird das in nächster Zeit geschehen müssen — dann wäre das Saargebiet hierfür ein geradezu ideales Objekt, mit dem man eine Zeitlang wenigstens fast alles abreagieren könnte. Hinzu kommt, daß in Frankreich, das die rein nationalstaatliche Idee gewissermaßen zum höchsten Prinzip erhoben hat, der Grundsatz: „cuius regio, eius religio“ (wessen Untertan du bist, dessen Religion mußt du annehmen), der früher für das religiöse Bekenntnis bestand, in den Grundsatz „cuius regio, eius natio“ (wessen Untertan du bist, dessen Volkstum mußt du haben) umgewandelt worden ist. Wenn das schon des französischen Prinzips wegen ganz allgemein in bezug auf fremde Volksgruppen in Frankreich gilt, dann darf eine deutsche Minderheit erst recht nicht auf Berechtigung oder Duldung rechnen, und zwar aus vielerlei Gründen nicht. Mit ihrer Schwächung, ja Vernichtung wäre sozusagen das ganze Frankreich einverstanden. Darüber müssen wir Abstimmungsberechtigte uns restlos klar sein.

Wir Saardeutschen vom Bund der Saarvereine, die wir von Anfang an im Kampfe gegen die Verwelschung stehen, die wir deswegen vielfach rücksichtslos aus der Heimat vertrieben worden sind, halten es für unsere Pflicht, hier noch einmal auf die unerhört großen Gefahren hinzuweisen, die mit einem „Status quo“ unabänderlich verbunden sein müssen. Wir sind jedoch überzeugt, daß unsere

Volksgenossen in der Heimat auch wissen, daß sie dann, wenn sie sich durch eigene Schuld von Deutschland trennen, ohne jeglichen Schutz sind und ohne irgendeinen Freund in der Welt dastehen werden. Abtrünnige wird jedes Volk ihrem Schicksal überlassen. Macht- und wehrlos würde die Saarbevölkerung dem Franzosentum hoffnungslos ausgeliefert sein; denn „Status quo“ heißt: für Frankreich. Kein Volk in der Welt aber hat Achtung vor oder auch nur Mitleid mit einem Volksteil, der sich selber von seinem Vaterlande loslöst. Überall gelten solche Menschen als Verräter, überall würde man sagen: „Ihr habt euer Vaterland verraten! Es geschieht euch recht, wenn ihr als Verräter behandelt werdet!“

Das würde das Los des Saarpvolkes sein, wenn es in die „Status quo“-Falle ginge. Ein solches Schicksal hat es aber wahrlich nicht verdient. An der Saar stehen die Menschen fest und treu zu ihrem Vaterlande. Hier ist die Treue kein leerer Wahn. Wir, die wir über 16 Jahre für unser Deutschland gekämpft, geopfert und gelitten haben, werden uns nicht im letzten Augenblick noch irre machen lassen. Wir weisen die, die uns zumuten, für den „Status quo“ zu stimmen, mit aller Entschiedenheit zurück. Ebenso stolz wie z. B. Engländer und Franzosen auf ihr Vaterland sind, sind wir auf unser deutsches Vaterland. Wir wissen, daß wir zur Mutter Germania gehören, und wir werden am 13. Januar der ganzen Welt zeigen, daß es kein Mittel gibt, um uns von unserem Volke zu trennen. Als ehrliche deutsche Menschen sind wir uns bewußt, daß wir das Vermächtnis unserer Ahnen übernommen und festzuhalten haben, um es weiterzugeben an unsere Nachkommen. Am 13. Januar stehen wir vor der Entscheidung für oder gegen Deutschland. Er wird zum Schicksalstag im wahrsten Sinne des Wortes. Wir wollen nicht verflucht werden von unseren Kindern und Enkeln. Niemals soll uns jemand nachsagen können, daß wir in einem entscheidenden Augenblick als deutsche Menschen versagt hätten. Daher kann es für uns abstimmungsberechtigte Saardeutschen für diesen Tag nur eine Parole geben: Zurück zum Reich um jeden Preis! Deutschland, oh Heimat, wir bleiben dir treu!

So spricht Frankreich

Wer blies zum Rückzug?

„Das energische Auftreten der französischen Regierung und ihre Ankündigung der Truppenbereitschaft hat genügt. Die Herren Bürdel und Birro haben Chamade geblasen.“ So hieß es im „Matin“. Untersuchen wir den geschichtlichen Verlauf der letzten Wochen, so kommen wir zu einer ganz anderen Feststellung der Richtung, aus der das Rückzugssignal ertönte. Unsere Führer im Westen hatten ja auch gar keine Veranlassung zu einem Abwiegelsbefehl, denn daß eine von deutscher Seite ausgehende Gewaltmaßregel schon immer als ein Blödsinn betrachtet wurde, bedarf für jeden klar und nicht übelwollend Denkenden wahrhaftig keiner weiteren Erörterung. Daß die Anordnungen über die „neutrale Zone“ östlich des Saargebiets und das sonstige politische Verhalten nicht gegenüber den gut disziplinierten deutschen Volksgenossen notwendig war, sondern nur unseren Gegnern jeden Vorwand zu nehmen beabsichtigte, weiß man in Frankreich natürlich auch. Dort aber fing man alsbald an, den Bluff mit den motorisierten, mechanisierten, weißen, braunen und schwarzen Schützern saarländischer Rechte deswegen zu bedauern, weil der Schuß verfehrt losgegangen war. In der sonstigen Welt hatte er nicht die Sympathien für die moderne, aber etwas anrüchige Jungfrau von Orléans, Marianne genannt, vermehrt, sondern im Gegenteil. Daher hat schon der Leitartikel des „Temps“ vom 9. November in deutlichem Gegensatz zu dem vorhergehenden Löwengebrüll sanftere Töne von sich gegeben: „Von dem Augenblick an, in dem Deutschland feierlich erklärt, daß es keinen Gewaltakt im Saargebiet vor der Abstimmung organisieren wird, wird es, das ist selbstredend, keine Intervention französischer Truppen geben.“ Ja, ist denn diese feierliche Erklärung nicht wiederholt schon längst gegeben gewesen?! Dann kam die köstliche Maske, in die das IV. und XX. französische Armeekorps

nach dem Willen dieses Aufsatzschreibers (auf deutsch des Quai d'Orsay) eingekleidet werden sollten: „In keinem Falle würden unsere Truppen als französische intervenieren. Als internationale würden sie nur auftreten.“ Ja, die Hoffnung auf Schuldabwälzung bot noch ein letztes Rettungsseil. Drum ließ am 13. November in der „Presse“ Herr Caille noch einen Ruf edelster Gastfreundschaft erschallen: „Nicht die Mithilfe solcher Polizei würde ihrem Einsatz den internationalen Anschein geben, den er haben muß. Mindestens ein englisches und ein italienisches Bataillon müssen sie begleiten. Wir haben noch genug Kasernen an der französischen Grenze, um sie bis zum 13. Januar unterzubringen.“

Aber undankbar wie die anderen Nationen nun einmal sind, nahm niemand die Einladung an. Italien blieb, wie selbst der Berichterstatter des „Temps“ aus Rom am 13. 11. melden mußte, dabei, „weder für die eine noch für die andere Seite Partei nehmen zu wollen“, wenn er auch tröstend beifügte: „In politischen Kreisen scheint man kaum zu wünschen, daß Deutschland am 13. Januar einen großen Sieg davontrage.“ In England aber stieß der uns von der Saarschnüffelf Kommission sattem bekannte Lord Marley bei seinem Antrag im Oberhaus, zwei britische Bataillone in das Saargebiet zu senden, auf kühle Ablehnung durch die Regierung. Ihr Vertreter, der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lord Stanhope, formulierte sie in besonders bezeichnender Weise: „Was eine internationale Polizeitruppe betrifft, so haben wir diese immer, abgesehen von anderen, sehr zahlreichen Schwierigkeiten, immer für unzureichend gehalten. Sie müßte durch Truppen anderer Nationen verstärkt werden, die dann in einen Krieg verwickelt würden.“ Hier sehen wir einen Standpunkt, der dem deutschen Proteste gegen die französischen Truppenverwendungsabsichten und dessen Folgen Rechnung

trug. Diese Haltung der anderen Mächte hat nicht verfehlt, auf die französische Vormarschlust zurückdämmend zu wirken. Paris und nicht Berlin war es, das in dieser Beziehung einen Rückzug antrat. Mit Lavals Vortrag vor den auswärtigen Ausschüssen beider Kammern wurde am 16. November diese „Chamade“ Ereignis.

Die Vorbereitung der Völkerbundsratstagung.

Um so mehr legte Frankreich sein Schwergewicht auf entsprechende Vorbereitung der immer wieder hinausgeschobenen Tagung des Völkerbundsrats. Die seinerzeit von Barthou noch dem Völkerbund eingereichte Denkschrift schien bei den Beratungen des Dreierausschusses in Rom mit den in diesem Schriftstück sachkundig verstreuten Fußangeln eine ausgezeichnete Gelegenheit zu bieten, Deutschland ins Unrecht dem berühmten „Weltgewissen“ gegenüber zu setzen. Wiederum hat das arme Frankreich eine Enttäuschung erleben müssen! Es ist ergötzlich, die Pressestimmen in zeitlicher Reihenfolge zu betrachten, die über den Verlauf der bezüglich der sachlichen Fragen geheimgehaltenen Besprechungen erschienen. Anfänglich wurde die Sturheit und das Ungeschick der deutschen Politik und ihrer Vertreter laut verkündigt. Am 9. November, abends, mußte die „Agentur Havas“ von einer „Entwicklung der deutschen Haltung zu größerer Geschmeidigkeit“ erzählen. Am 15. berichtete der „Temps“ schon: Jedenfalls gibt es eine weitgehende Entspannung“, fügte aber bei: „Man erkennt zu genau den Wert dieser Höflichkeitsschönwetterdemonstrationen, Deutschlands Haltung ist zu gezwungen“. Zwei Tage später konnte der „Matin“ nicht umhin, festzustellen, „daß man sich in italienischen Kreisen lebhaft beglückwünscht über die erste unmittelbare Berührung der deutschen und französischen Delegierten“. Am 21. November sprach dieses Blatt davon, daß „die Tatsache, daß die Aussprache sich unter dem Anzeichen gegenseitigen guten Willens anläßt, in diplomatischen Kreisen einen günstigen Eindruck macht“. Die Stimme des Auswärtigen Amtes im „Temps“ erwähnte allerdings gleichzeitig viel zurückhaltender nur „eine Phase, die eine gewisse Hoffnung zuläßt“, während der Generalstab im „Echo de Paris“ seinem Unbehagen deutlichen Ausdruck gab: „Weiß Gott, was aus der Aussprache herauskommt. Sie droht sich hinauszuziehen.“ Die „außerordentlich vorsichtige und zurückhaltende Politik Herrn Lavals“ behagte sichtlich Bertinax nicht. An diesem selben 21. November erschien dann jedoch nach der Nachmittagsberatung der beiden Delegationen ihr amtliches Communiqué, das mit der Feststellung „des Geistes herzlicher Zusammenarbeit“ eine wichtige Feststellung traf.

Wir können entnehmen, daß dieser Frankreich entscheidenden unangenehme Verlauf einerseits der geschickten Verhandlungsleitung des Barons Aloisi zu danken ist. Von ihm hatte „Echo de Paris“ noch am 18. berichtet, daß er „nicht zögern würde, dem schlechten Willen Deutschlands mit Gewalt entgegenzutreten“. Den tatsächlichen Gefühlen, die man in Paris ihm gegenüber nach den jetzigen Vorgängen wieder einmal hegt, kann man dort nicht öffentlichen Ausdruck geben, da die allgemeine Verständigung mit Italien Frankreich gerade jetzt besonders am Herzen liegt.

Ueber das wirkliche Ergebnis der römischen Verhandlungen kann man erst urteilen, wenn man ihren Ausgang erfährt. Aber schon jetzt sah man bestimmt einige gallische Felle den Tiber hinunterschwimmen.

Berichterstattung vom Kriegsschauplatz.

Neben der Beobachtung der römischen Besprechungen nahm in den letzten 14 Tagen die Berichterstattung vom Saarkampfsplatz vielen Raum in der französischen Erörterung ein. Von Berlin aus ließ man sich über die Pressebesprechung im Kaiserhof am 16. November Nachrichten zu gehen. „Matin“ schrieb: Herr Vogel, Vorstand des Saarvereins und der Unterstaatssekretär beim Völkerbund, Herr Dufour-Feronce, haben dabei „violente“ Reden gehalten. Man hat sehr die außerordentlich heftigen Angriffe gegen Frankreich bemerkt, die der erste Redner unternahm. Dem Vertreter des „Temps“ war in seinem ersten Bericht (vom 17. 11. morgens) von solchen Angriffen nichts aufgefallen. Eigenartigerweise — also wohl auf höheren Befehl — blies er erst 24 Stunden später in dasselbe Horn. Es ist bezeichnend, daß in der englischen Presse ähnlich gestimmte Vorwürfe nicht zu finden sind, wie andererseits die Franzosen die Weisungen des Saar-

bevollmächtigten Bündel über die Kontrolle der Absperrung der „neutralen Zone“ östlich des Saargebiets mit Stillschweigen übergehen.

Im Gegensatz zu dieser gerechten Beurteilung wird in Paris mit den Greuelmärchen über die Lage an der Saar weitergearbeitet. Der französische Saarverein hat ein Frühstück veranstaltet und sich als Redner zuerst den Generaldirektor Guillaume verschrieben, der die „großen Leistungen (!) der französischen Ingenieure auf sozialem, technischem und kaufmännischem Gebiet“ der Saarbergwerke hervorhob. Außerdem hatte man den Verein der Frontkämpfer-Schriftsteller herangezogen, für den Claude Farrère „im Interesse des Friedens und der wirtschaftlichen Zukunft der Saar deren Unabhängigkeit“ verlangte.

Man konnte in Paris nicht umhin, den Bericht der Abstimmungskommission aus dem Saargebiet über die Erledigung der Einsprüche gegen die Listen mit der geringfügigen Anzahl der Streichungen abzufragen. Dagegen unterließ man, im Gegensatz zur englischen Presse (Times 22. 11.), die Wiedergabe der Feststellung, daß „die technische Arbeit der örtlichen Behörden trotz der meistens offen ausgesprochenen Sympathie mit der deutschen Front korrekt und gewissenhaft durchgeführt worden ist.“

Dafür berichtet man ausführlich von dem jetzt in London, dann in Genf und später im Saargebiet zu führenden Feldzug des Prinzen Löwenstein „für die Grundlage eines demokratischen und christlichen Deutschtums in der Saar“ (Temps 18. 11.), gibt die Schilderungen des oben erwähnten Lord Marles über den physischen Terror wieder, den er beim Besuch „einer Anzahl im Krankenhaus liegender, wegen ihrer Wunden verbundener Männer und Frauen“ in Saarbrücken kennen gelernt habe.

Außerdem hat der „Temps“ einen Sonderberichterstatter dorthin geschickt, der in 2 langen Berichten (21. und 22. 11.) über die „Sicherheit im Saargebiet“ schreibt. Nicht ohne Interesse ist die Wahl des Entsandten. Es ist Herr Edmond Delage, der, Journalist von Beruf, sich einen auch in der Flotte anerkannten Namen als Marineschriftsteller und Kriegsgeschichtler gemacht hat. Er findet „eine große moderne Stadt, mit beinahe eleganten Läden, wie in Frankreich. Der Anblick der Menge aber — . . . ist germanisch. Wenn man die Wursthandlungen sieht, verschwindet jede Illusion.“ Und nun stellt er zu Anfang fest, daß „alles vollkommen ruhig erscheint“. Den einen Satz muß man sich ebenfalls merken: „Bis jetzt ist nichts wahrhaft Beunruhigendes geschehen, weder in Saarbrücken, noch sonstwo.“ Bis zum Anfang 1933 nennt er die Bevölkerung, „für die sich Presse und öffentliche Meinung nirgends außer in Deutschland interessierte, zweifellos glücklich“. Woher diese Behauptung stammt, kann man vielleicht daraus entnehmen, daß der ganze erste Bericht sonst nur Auszüge des letzten Berichts des Herrn Knor (Saarfreund, S. 490 f.) bringt. Der zweite Bericht beschäftigt sich mit den Mängeln der bisherigen Polizei (Delage hält jede örtlich ergänzte Polizei überhaupt für fehlerhaft — er — ein Vertreter des demokratischen Frankreich!), sowie der mit deutschen Richtern besetzten Gerichte, lobt die frühere Tätigkeit der französischen Truppen und den „bemerkenswert kaltblütigen“ Herrn Nachts. Er sagt dann, daß die Pläne der Regierungskommission zwar nicht vorzeitig bekannt gegeben würden, aber daß es scheine, als würden ihr in wenigen Wochen, dank dem Entgegenkommen verschiedener Staaten, die „glücklicherweise“ eine andere Haltung als die Schweiz einnehmen, 1300 Gendarmen, außer der gemeindlichen Polizei zur Verfügung stehen, die „in sich aus der gleichen Nation zusammengesetzten Abteilungen, wohlausgesucht, gut bewaffnet und auf Lastkraftwagen befördert“ sicher gegen Linksunruhen genügen würden. Hinzu kämen noch Offiziere aus anderen Ländern, wie z. B. England, das in seinen Parlamentsverhandlungen Näheres über diese Ergänzung verlauten ließ.

Man kann nach diesen Andeutungen darauf gespannt sein, welche Gestalt diese, hoffentlich ganz kurzfristige Polizeischar, die deutschen Volksgenossen auferlegt wird, annimmt.

Im übrigen wird die allernächste Zeit mit der Genfer Ratstagung wichtige Aufschlüsse über die französische Strategie und Taktik an der Saar bringen.

(Abgeschlossen am 25. November 1934.)

Oberst a. D. Rudolf Ritter von Kändler.

Professor Grimm über die Bedeutung des 13. Januar

Rundgebung der Berliner Saar-Abstimmungsberechtigten

Die Berliner Saarabstimmungsberechtigten vereinigten sich am 19. November in der Berliner Philharmonie erstmalig zu einer gemeinsamen eindrucksvollen Rundgebung. Sind es doch nicht weniger als 1700 Abstimmungsberechtigte, die aus der Reichshauptstadt sich zur Saarabstimmung in ihre Saarheimat begeben werden. Der Abend wurde eingeleitet mit einem Orgelspiel und eingerahmt durch Vorträge der bekannten Berliner Liedertafel. Die saarländische Dichterin Liesbeth Dill hatte zu dem Abend einen markigen Prolog geschrieben, der in vollendeter Form durch den saarländischen Landsmann Kammerjäger Fritz Soot, zum Vortrag gebracht wurde.



Richard Hellwig,
Landesgruppen- und Ortsgruppenleiter
der Landes- und Ortsgruppe Berlin
des Bundes der Saarvereine.

In einer Begrüßungsansprache gedachte der stellvertretende Leiter des Bundes der Saarvereine, Mittelschulrektor Debusmann, der vor nunmehr fast fünfzehn Jahren durch den Gründer und Leiter der Geschäftsstelle Saarverein, Verwaltungsdirektor Theodor Vogel, Berlin, erfolgten Gründung der Berliner Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine. Durch diese

Gründungen und durch die zielbewußte Arbeit Vogels sei die Aufklärung über Saarnot und Saarschicksal seit fünfzehn Jahren hineingetragen worden in das deutsche Volk. Es sei in all diesen Jahren nicht leicht gewesen, diese hohe vaterländische Arbeit zu erfüllen. Erst mit der Machtgreifung durch Adolf Hitler wurde es möglich, das deutsche Volk aufzurütteln und für diese heilige nationale Sache Verständnis zu gewinnen. Der Bund der Saarvereine stehe jetzt am Ende seiner Aufgabe, die mit dem 13. Januar ihre Erfüllung finden wird.

Der Hauptredner des Abends war Rechtsanwalt und Professor Dr. Grimm-Essen. Er ist allen Kreisen des deutschen Volkes als Verteidiger deutscher Volksgenossen vor den französischen Kriegsgerichten während der Besatzungszeit, besonders während des Ruhrkampfes, bekannt. Er ist einer der besten Kenner der französischen Rheinlandpolitik, die seit Richelieu unermüdlich den Rhein als Frankreichs Grenze erstrebt. Er kennzeichnete auch den Kampf Frankreichs um die Saar als einen Teil der historischen Rhein-Politik Frankreichs. Diese Politik enthalte ein großes und ein kleines Rhein-Programm. Immer wenn Frankreich den ganzen Rhein nicht haben konnte, versuchte es, das kleine Rhein-Programm zu forcieren, dessen wesentlichster Inhalt der Besitz des Saargebiets ist. Hier an der Saar sieht Frankreich seine Ausgangsstellung für seine große Rhein-Politik. In einem überaus fesselnden Vortrag ließ Prof. Dr. Grimm noch einmal die Jahre des Kampfes um den deutschen Rhein seit 1918 entstehen. Er schilderte die Taktik der französischen Politik des Grand Rhin, dessen hervorragendster Vertreter Clemenceau und späterhin Poincaré waren. Besonders plastisch zeichnete er den Kampf Frankreichs um die Saar in Versailles. Schon während des Krieges, und zwar Anfang des Jahres 1915, eröffnete der französische Schriftsteller Maurice Barrès seinen Propagandafeldzug für die Gewinnung der Rheinlande und des Saargebiets für Frankreich. „Meiner Ansicht nach“, so schrieb er im Februar 1915 im „Echo de Paris“, „gibt es keine Länder, welche die Phantasie mehr anfeuern als das Tal der Saar, die göttliche Mosel, das Großherzogtum Luxemburg, alle diese Gebiete, die ewig auf uns warten. Längs der reizenden Mosel und auf dem linken Rheinufer kann nicht mehr länger die Rede sein von irgendeiner Souveränität Bayerns und Preußens, von irgendeinem großdeutschen Gedanken“. Im Jahre 1917 erhob der General-

sekretär des Comité des Forges, Pinot, die Forderung auf das Saarkohlenbecken, und auf dem Kongreß der Metallindustriellen in Lyon verlangte im gleichen Jahre der Generaldirektor der Acieres de la Marine et D'Homecourt Laurent, ein führender Saarannektionist, im Namen der Rüstungsindustrie gleichfalls die Angliederung des Saargebiets. Die Lüge von den Saarfranzosen wurde vor Clemenceau schon von dem französischen Historiker Babelon aufgebracht, als er erklärte: „Das Saarbecken ist ein Land, das Frankreich besonders interessiert. Es wohnen da zahlreiche Franzosen. Das Herz schlägt noch für Frankreich.“

So war es kaum verwunderlich, daß Frankreich in Versailles mit seinen Saaransprüchen hervortrat. In einer Denkschrift hatte Tardieu diesen Anspruch „begründet“. Der erste Teil dieser Denkschrift enthielt den „historischen“ Anspruch Frankreichs auf das Saargebiet, den er kurz und bündig als „juristische Restitution“, also als Anspruch auf Rückgabe bezeichnete. Er ist mit diesen historischen Ansprüchen nicht durchgedrungen. Man hat es dann auf dem Wege der Reparation versucht, indem man erklärte, daß Deutschland für die zerstörten Gruben Nordfrankreichs Ersatz leisten müßte, und daß das Symbol der Reparation durch die Uebertragung der Saargruben an Frankreich einen besonders starken Ausdruck finden sollte. Aber auch diese wirtschaftliche These Frankreichs zur Begründung seiner Saarforderung ist unhaltbar, weil die Friedensförderung der französischen Gruben schon im Jahre 1926 nicht nur wieder erreicht, sondern weit übertroffen wurde. Frankreich ist sich der Schwäche seiner Position auch vollkommen bewußt. Selbst der sattsam bekannte französische Propagandajournalist Jean Revire schrieb: „Nachdem unsere Bergwerke im Norden wiederhergestellt sind, wie will man diese „exemplarische Reparation“, die ein Symbol sein sollte, für einen Schaden, der nicht mehr besteht, aufrechterhalten?“ Es ist errechnet worden, daß Frankreich bis 1933 rund 150 Mill. To. Kohlen im Saargebiet gefördert hat gegen rund 69 Mill. Ausfall im nördlichen Kohlengbiet. Es hatte also bis dahin bereits über 80 Mill. To. Kohlen zuviel erhalten.

Wenn trotzdem die französische klassische Politik ihr Saargebiet, den kleinen Rhein, auch heute noch mit aller Zähigkeit weiterverfolgt, so ist das ein Beweis dafür, daß die „exemplarische Reparation“ Tardiens nur die Verschleierung für das politische Ziel des kleinen Rheins war, genau so, wie man es in der Politik des großen Rheins machte, als man von Deutschland an Reparationen eine Summe Goldes festsetzte, von der selbst Lloyd George einst sagte, daß sie mehr als das Dreieinhalbfache des gesamten Goldvorrates der Erde darstellte. Die unmögliche Reparation sollte eben den Vorwand für die ewige Besetzung des Rheinlandes abgeben. Aber die Politik des großen Rheins wurde in den Kämpfen der Jahre 1923—1930 überwunden. Deshalb wird der 13. Januar nicht nur von weltgeschichtlicher Bedeutung für Frankreichs Kampf um die Saar, sondern auch für Frankreichs Rheinpolitik überhaupt sein. Frankreich versucht mit allen Mitteln, die Stellung am kleinen Rhein zu halten, weil sie eben als die Ausgangsstellung für den Kampf um den großen Rhein angesehen wird. Wie ernst Frankreich diesen Kampf auch heute noch nimmt, beweist die Tatsache, daß es sogar die Emigranten als willkommene Bundesgenossen aufgenommen hat. Eine neue Propagandawelle von ungeheurer Wucht brandet über das Land. Man hofft, die Saarländer zu verwirren, indem man, nachdem man in Frankreich an eine Saarannektion nicht mehr glaubt, den Status quo in den Vordergrund stellt. Aber jedermann im Saargebiet ist sich darüber im klaren, daß der Status quo nur eine Vorlösung für das eigentliche Ziel der Eingliederung des Saargebiets in Frankreich sein würde. Deshalb kennt man im Saargebiet auch nur ein entweder — oder. Entweder, man entscheidet sich für Deutschland oder gegen Deutschland. Das Saarvolk ist sich dessen voll bewußt. Es wird an diesem Tage allen, die auf einen Abfall von Deutschland rechnen, eine klare Antwort geben. Deshalb

wird der 13. Januar ein Feiertag für das ganze Deutsche Reich werden, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, daß damit ein jahrhundertelanger Streit durch das einmütige „Zu Deutschland“ der Saarbevölkerung begraben werden wird.

Die fesselnden Ausführungen Prof. Grimms wurden von der Versammlung mit rauschendem Beifall dankbar begrüßt.

Es sprach dann Pfarrer Becker-Neunkirchen aus dem Erleben im Saargebiet. Auch er ging kurz auf Frankreichs jahrhundertalte Versuche ein, sich das Saargebiet einzuverleiben. Im besonderen behandelte er den Kampf der Saarbevölkerung gegen das einseitige Verhalten der Regierungskommission. Ihre Tätigkeit erwies sich je länger je mehr als Interessenpolitik zugunsten Frankreichs. Er schilderte dabei den geschlossenen Widerstand, der sich in allen Schichten und allen Parteien des Saargebiets von Anfang an geltend machte. Er hob hierbei das treudeutsche Verhalten der saarländischen Arbeiterschaft hervor, darunter vor allem das der Saarbergleute, die im Dienst der französischen Grubenverwaltung stehen. Starke Eindruck hat nach Pfarrer Becker beim Saarpolk die Friedensbotschaft des Führers Adolf Hitler gemacht, die wohl nirgends mit so großer Begeisterung aufgenommen worden ist als gerade an der Saar. Die Saarländer haben kein Verständnis dafür, warum man das Saargebiet so lange eine Kriegsgefahr sein läßt, warum man kein Verständnis hat für ihr einfaches Recht, das bleiben zu wollen, was sie von Natur aus sind. Das ganze Problem des Saargebiets erhält seine besondere politische Bedeutung aber noch dadurch, daß hinter den separatistischen Bestrebungen im letzten Grunde der Kommunismus steht, der sich hier eine Keimzelle bauen will, um, wie er heute dem deutschen Nationalsozialismus Schwierigkeiten macht, später sich zu

einer Gefahr zu entwickeln für die ganze westeuropäische Demokratie. Und aus diesem Grunde versteht man die einseitige Stellungnahme der Regierungskommission nicht, die glaubt, objektiv zu sein, wenn sie die drei Parteien im Saargebiet als gleichberechtigt hinstellt, anstatt die erste Pflicht zu erfüllen, Verständnis zu erlangen für die deutschen Empfindungen und Gefühle. Trotzdem, oder gerade deshalb, wird der Widerstand aller Deutschführenden um so stärker. Er gab der festen Zuversicht Ausdruck, daß bis zum Tage der Abstimmung noch zahlreiche Personen der jetzt noch Beiseitestehenden sich auf die Pflicht besinnen, über alles das Vaterland zu stellen. Gerade in bezug auf die Kreise der „Neuen Saarpolk“ glaubte der Redner darauf hinweisen zu dürfen, daß das christliche Gewissen, das sich unter das Gebot des Opfers stellt, sich bewußt ist, die Aufgaben und Lasten des Vaterlandes mittragend auf sich zu nehmen und dadurch gerade die christliche Forderung, die in den Worten liegt „Das Opfer ist des Lebens höchster Sinn“, zu erfüllen und dem Gebote Gottes gehorsam zu sein: „Was Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden!“ Das große Recht der Selbstentscheidung für oder gegen Deutschland wird am Tage der Abstimmung sicherlich der weit überwiegenden Mehrzahl die Gewissensverpflichtung auferlegen, nur für die eine Möglichkeit sich zu entscheiden: für Deutschland. In diesem Sinne haben die Geschäftsstelle „Saarverein“, der Bund der Saarvereine, dessen Ehrenpräsident Andres in Naumburg und der Gründer des Bundes, Verwaltungsdirektor Vogel, das unvergängliche Verdienst, die Welt von Anfang an auf das Unrecht, das am Saarpolk und damit am deutschen Volk geschehe, hingewiesen zu haben.

83 Abstimmungsbezirke für die Saar-Abstimmung

Die vom Völkerbund eingesetzte Volksabstimmungskommission hat das Saargebiet für die am 13. Januar 1935 stattfindende Volksabstimmung in 83 Abstimmungsbezirke eingeteilt. Jede Stadt und jede Bürgermeisterei des Saargebietes sowie jede Gemeinde, die nicht zu einer Bürgermeisterei gehört, bildet für sich einen Abstimmungsbezirk. Die Ergebnisse der Volksabstimmung werden jeweils in jedem solchen Wahlbezirk zusammengefaßt und bewertet. Die Wahlbezirke werden für die Zwecke der Wahl noch in „Wahlabschnitte“ unterteilt. Diese weitere Einteilung dient jedoch nur zur praktischen Erleichterung der Stimmabgabe. Denn das Stimmergebnis wird hiernach nicht nach diesen Abschnitten, sondern nach Bezirken festgestellt (Groten, Abstimmungsführer, S. 10).

Auf die acht Kreise des Saargebiets verteilen sich die 83 Abstimmungsbezirke wie folgt:

Kreis bzw. Bezirk	Städte	Bürger- meistereien	Einzel- gemeinden	Zusammen Abstimmungsbezirke
Saarbrücken Stadt	1	—	—	1
Saarbrücken Land	—	12	—	12
Saarlouis	1	14	—	15
Ottweiler	2	7	—	9
Merzig	1	4	—	5
St. Wendel	1	3	—	4
St. Ingbert	1	8	11	20
Homburg	1	5	11	17
	8	53	22	83

Die größte Zahl von Abstimmungsbezirken weisen die zwei saarpfälzischen Bezirksämter St. Ingbert und Homburg auf, die eine Reihe von nicht zu einer Bürgermeisterei gehörenden Gemeinden umfassen. Die Großstadt Saarbrücken bildet nur einen einzigen Abstimmungsbezirk.

In einer Uebersicht hat die „Saarbrücker Landes-Ztg.“ die einzelnen Abstimmungsbezirke mit Angabe des Flächeninhaltes und der Einwohnerzahl vom 1. Januar 1934 zusammengestellt. Die Größe der Abstimmungsbezirke ist sehr unterschiedlich. Sieben Abstimmungsbezirke — die Gemeinden Ballweiler, Wolfersheim, Wörschweiler, Böckweiler, Brenschelbach, Wimbach und die Bürgermeisterei Altheim, sämtlich in der Saarpfalz — haben Einwohnerziffern unter

1000 und dementsprechend eine noch geringere Zahl von Wahlberechtigten. Auf der anderen Seite stehen Städte wie Neunkirchen mit 42 000 und Saarbrücken mit 132 000 Einwohnern als geschlossene Wahlbezirke. Dem Flächeninhalt nach schwankt die Größe der Wahlbezirke zwischen 5 und 73 Quadratkilometer.

In die vorläufigen Listen wurden rund 532 000 Personen als stimmberechtigt eingetragen. Der fortgeschriebene Bevölkerungsstand des Saargebietes betrug am 1. Januar 1934 828 128 und hat nach der letzten Statistik von Ende August 1934 832 601 erreicht.

Um einen Gesamtüberblick über die Einteilung des Saargebietes nach Abstimmungsbezirken zu geben, hat das Reichsamt für Landesaufnahme in Berlin eine „Uebersichtskarte der Verwaltungseinheiten des Saargebietes“ herausgegeben. Die Karte zeigt die Grenzen der Kreise, Bürgermeistereien und Gemeinden im Saargebiet und gibt die Wohnbevölkerung der 83 Bürgermeistereien und Einzelgemeinden, die eigene Abstimmungsbezirke bilden, nach dem Stande vom 1. Januar 1934 an.

Die Abstimmungsbezirke im Saargebiet mit Fläche und Einwohnerzahl

(Sind Hauptort und amtliche Bezeichnung des Abstimmungsbezirktes verschieden, so ist der Hauptort in Klammern besonders angegeben.)

Abstimmungsbezirk	Fläche pkm	Wohn- bevölkerung am 1. 1. 34
Stadtkreis Saarbrücken:	51,39	132 375
Landkreis Saarbrücken:		
Bürgerm. Bischmisheim (Brebach)	51,39	23 496
„ Dudweiler	14,68	26 094
„ Friedrichsthal	8,60	14 773
„ Gersweiler	17,91	9 833
„ Heusweiler	39,56	12 707
„ Kleinblittersdorf	19,84	6 643
„ Ludweiler	57,12	13 982
„ Müttlingen	17,16	21 441
„ Quierschied	20,53	13 973
„ Sellaibach (Riegelsberg)	46,41	14 924
„ Sulzbach	14,67	22 795
„ Völklingen	27,10	35 824

Abstimmungsbezirk	Fläche qkm	Wohn- bevölkerung am 1. 1. 34.
Kreis Saarlouis:		
Stadt Saarlouis	12,28	17 569
Bürgerm. Berus (Bisten)	34,62	5 787
" Bettingen	57,78	12 362
" Dörferten (Schaffhausen)	32,95	14 662
" Dillingen	17,14	14 586
" Fraulautern	12,77	12 030
" Herlingen (Ittersdorf)	36,02	4 116
" Lebach	40,14	5 967
" Lisdorf	19,13	10 105
" Nalbach	26,47	9 832
" Obereich (Kr. Hemmersd.)	34,20	3 937
" Rehlingen	27,67	6 311
" Saarwellingen	42,61	10 004
" Schwalbach (Bous)	27,85	15 179
" Wallerfangen	19,04	6 517
Kreis Ottweiler:		
Stadt Neunkirchen	37,68	42 082
Stadt Ottweiler	17,78	7 252
Bürgerm. Eppelborn	73,13	17 659
" Dirmingen	10,87	13 064
" Espen	20,98	14 523
" Stettweiler (Schiffweiler)	54,73	8 020
" Tholey	37,47	19 286
" Uetelsangen (Illingen)	12,43	10 248
" Wemmersweiler	41,56	14 321
" Wiebelskirchen		
Kreis Merzig:		
Stadt Merzig	16,82	10 661
Bürgerm. Hauptstadt	50,44	9 639
" Hilbringen	47,00	5 639
" Merzig-Land (Merzig)	43,20	5 734
" Mettlach	32,68	8 165
Kreis St. Wendel:		
Stadt St. Wendel	13,52	8 739
Bürgerm. Alweiler (St. Wendel)	69,03	14 828
" Namborn (St. Wendel)	27,95	5 074
" St. Wendel-Land (St. Wendel)	52,22	6 370
Bezirk St. Ingbert:		
Stadt St. Ingbert	24,40	22 864
Bürgerm. Alweiler	12,55	2 151
Gemeinde Ballweiler	5,18	835
Bürgerm. Bebelshausen	12,99	1 357
Gemeinde Bierbach	8,82	1 239
" Bliesweiler	4,99	1 130
Bürgerm. Blieskastel	7,15	2 630
" Bliesmengen-Bolchen	12,76	1 786
" Ensdorf	21,12	4 226
Gemeinde Hassel	9,27	2 434
" Lauslingen	10,39	1 927
" Niederwürzbach	7,94	3 036
" Oberwürzbach	2,50	1 159
Bürgerm. Ommersheim	14,57	2 139
Gemeinde Ormesheim	11,77	1 468
Bürgerm. Reinheim	15,68	1 728
Gemeinde Rohrbach	7,45	4 367
Bürgerm. Rubenheim	8,71	1 290
Gemeinde Wolfersheim	5,24	488
" Wörschweiler	3,41	427
Bezirk Homburg:		
Stadt Homburg	23,15	12 038
Bürgerm. Altheim	13,40	953
Gemeinde Böckweiler	7,38	477
Bürgerm. Breitsfurt	11,80	1 656
Gemeinde Brenschelbach	7,90	713
" Einöd-Ingweiler	10,53	1 680
" Erbach-Reiskirchen	10,61	5 801
" Höchen	6,09	1 452
" Jägersburg	15,28	2 297
" Kirtel-Neuhäusel	23,42	2 507
Bürgerm. Limbach	26,92	4 636
" Medelsheim	18,92	1 156
Gemeinde Nimbach	5,46	733
" Mittelbergbach	9,04	6 703
" Oberbergbach	7,85	5 275
Bürgerm. Walsheim	10,37	1 212
Gemeinde Webenheim	10,63	1 010
Insgesamt 83 Abstimmungsbezirke.		1 912,07 828 128

Batikan und Saar-Abstimmung

Stimmabgabe für die Rückkehr nach Deutschland —
„vollkommen wohlberechtigt“

Der Berichterstatter des Pariser „Petit Journal“ in Rom meldet zu den Verhandlungen, die Außenminister Laval vor seiner Abreise aus Paris mit dem Apostolischen Nuntius in Paris, Maglione, und dem französischen Botschafter beim Vatikan, Roux, hatte, der Vatikan habe nach reiflicher Überlegung der französischen Regierung den Standpunkt zur Kenntnis gebracht, den er hinsichtlich der Saarabstimmung für den dortigen Klerus einzunehmen sich entschlossen habe.

Die Saarbevölkerung würde von ihren Priestern, wenn auch nicht förmliche Ratsschlüsse, so doch den Hinweis erhalten, daß die Stimmabgabe für die Rückkehr nach Deutschland als „Ausdruck ihrer vollkommen wohlberechtigten (legitime) Ansicht“ angesehen werden würde.

Katholische Bischöfe erklären:

Treue zum Vaterland sittliche Pflicht

Die Bischöfe Franz Rudolf von Trier und Ludwig von Speyer haben folgende Verfügung zum politischen Auftreten der Geistlichen im Saargebiet erlassen:

„Wir sehen uns veranlaßt, im Interesse einer gedeihlichen Seelsorge für alle katholischen Saarländer, im Interesse des Friedens in den Gemeinden wie im Hinblick auf die kommende Wertung des Abstimmungsergebnisses folgendes zu verfügen:

Alle Geistlichen der Diözesen Trier und Speyer werden angewiesen, im Geiste des Reichskonkordats sich jedes öffentlichen Auftretens in politischen Versammlungen im Saargebiet zu enthalten. Auch auf der Kanzel und in der katholisch-kirchlichen Vereinstätigkeit ist die gleiche Zurückhaltung geboten. Diese Anweisung gilt auch für alle fremden, im Saargebiet sich aufhaltenden Priester. Diese Priester sollen es vermeiden, auf der Kanzel politische Zeitungen, Zeitschriften oder Bücher zu empfehlen. Was ihre Mitarbeit an Zeitungen oder Zeitschriften angeht, so bedarf es der Genehmigung ihres Ordinarius.

Was wir durch diese Anweisung vermeiden wollen und müssen, ist die Hineintragung der Politik in die Kirche und Seelsorge.

Unsere Anweisung berührt nicht die sittliche Pflicht der Liebe zum angestammten Volkstum und der Treue zum Vaterland. Diese Liebe und Treue sind vielmehr nach der katholischen Lehre sittliche Tugenden. Die Priester wie auch die Laien mögen nicht vergessen, die ernste und wichtige Frage der Abstimmung im Gebet und Opfer dem allgütigen und gerechten Gott zu empfehlen.“

Die Katholiken des Saargebiets, so schreibt die „Katholische Landeszeitung“, nehmen diese Anweisung ihrer Oberhirten mit großer Genugtuung und der selbstverständlichen Ehrerbietung hin, die sie der kirchlichen Autorität schulden. Sie sind überzeugt, daß diese Disziplinarmaßnahme notwendig war und dem Frieden und der Seelsorge dient, aber nicht minder auch im Interesse von Vaterland und wahrer Volksgemeinschaft liegt.

Kardinal Faulhaber sagt:

Die „Neue Saarpst“ ein deutschfeindliches Blatt

In den Kirchen Münchens wurde ein Flugblatt des Kardinals Faulhaber verbreitet, das die Antwort auf eine Auslassung des „Kampfblatt für deutschen Glauben und deutsche Art“, „Der Blick“, darstellt. Wegen dieser Veröffentlichung wurde der Blick auf 14 Tage verboten. In der Antwort des Kardinals Faulhaber heißt es u. a.:

„Das ist Schmach und Schande, daß ein deutscher Schriftsteller die Fälschung eines böhmischen Marxisten aus der „Neuen Saarpst“, also einem deutschfeindlichen Blatt, übernimmt, dagegen die Richtigstellungen in der deutschen

nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ in Heidelberg überhaupt nicht kennt.“

Eine Richtigstellung ist von hier aus telegraphisch an die Schriftleitung des „Blick“ abgegangen, wie sie natürlich auch an die „Neue Saarpfost“ abging.

Wagt hierauf vielleicht der jüdische Korrespondent der „Neuen Saarpfost“ in Rom zu behaupten, der Vatikan mißbillige die scharfe, aber treffende Charakterisierung der „Neuen Saarpfost“? Auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es diesen Herrschaften ja nicht an.

190 Monate Kampf um Saarrecht, Saarm Wahrheit und Saarfreiheit

Von Dr. Rothlich - Berlin

(Siehe Nr. 22 des „Saarfrend“ vom 1. November mit Abbildungen Seite 460 u. 461.)

Fortsetzung aus Nr. 23 vom 15. November.

Die literarische Aufklärungstätigkeit der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und des Bundes der Saar-Vereine.

Von Anfang an hat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ es als wichtigste und ernsteste Aufgabe angesehen, der Saarlüge Clemenceaus und der damit verbundenen französischen Saarpropaganda wie überhaupt den Verwelschungsbestrebungen im Saargebiet durch eine umfassende literarische Aufklärungstätigkeit entgegenzutreten. Ihre zweite Aufgabe bestand darin, das ganze deutsche Volk am Schicksal und an der Zukunft des heikumstrittenen Saarlandes zu interessieren. Planmäßig haben die alten Saarkämpfer in dieser Richtung gearbeitet. Sie dürfen das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, bahnbrechend mit dieser Aufklärungsarbeit vorangegangen zu sein. Durch Herausgabe einer großen Zahl von Druckschriften und Broschüren haben sie die Aufklärung über die Saarfrage zu einer Zeit betrieben und vorgetragen, als sich im deutschen Volk noch kein Finger und keine Feder um die deutsche Saar rührte, da niemand da war, der das Saargebiet und sein Schicksal kannte, diese Arbeit aber gerade Sachkenntnis, heiße Herzen und nationalen Mut verlangte. Diese Arbeit in Wort, Schrift und Tat war mit persönlichen Opfern größten Ausmaßes verbunden, deshalb war der Kreis der Saarkämpfer damals klein, um so größer aber die Aufgabe und heißer die Leidenschaft. Ausgewiesene haben diese Arbeit eingeleitet, Personen also, die schon im Saargebiet unter der Besatzung und ihren Gefahren das Werk des Freiheitskampfes um die Saar begannen und ihre Tat mit dem Verlust ihrer persönlichen Freiheit, ihrer Existenz und ihrer Saarheimat bezahlten.

Grundlegende Schriften zur Saar-Frage.

Die Druckschriften und Broschüren, die etwa von 1920 ab von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin, herausgegeben und vertrieben wurden, sind sehr groß an Zahl, aber sie waren grundlegend und haben die literarische Aufklärungstätigkeit über die Saarfrage maßgebend beeinflusst. Es gehören hierzu u. a.

1. Der „Saar-Frend“, die regelmäßig erscheinende Halbmonatschrift der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ (seit Juni 1920), in Verbindung mit dem „Saar-Frend“ seit Mai 1925 die illustrierte Beilage „Saar-Heimathbilder“.
2. Dr. Herbert Stegemann: „Rettet das Saarland!“ (Berlin, 1919 / Puttkammer und Mühlbrecht).
3. A. Meister, Prof. an der Universität Münster/Westf. „Frankreich und das Saargebiet im Spiegel der Geschichte“, Südwestdeutscher Verlag Pasing bei München.
4. Dr. E. W. Fischer, Stuttgart: „Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz“. Verlag von Georg Stilke, Berlin (1924).
5. Dr. Frank: „Das Saargebiet im Friedensschluß“.
6. Otto Andres, Senatspräsident, Raumburg a. S.: „Grundlagen des Rechtes im Saargebiet“, Berlin 1926.
7. Giersberg, Rechtsanwalt und Notar in Magdeburg, früher Saarbrücken: „Die Saarlüge“, Verlag Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11.

8. Hofrichter in „Staats- und Wirtschaftszeitung“: „Das Saargebiet“ (deutsch und englisch).

9. Th. Vogel: „Das deutsche Saargebiet, vom deutschen Schicksal an der Saar“, herausgegeben von der Geschäftsstelle „Saarverein“, Berlin SW 11.

10. Th. Vogel: „Deutsch die Saarimmerdar“. Helft die deutsche Saar befreien! Geschäftsstelle „Saarverein“ 1926.

Die Halbmonatschrift der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ der „Saar-Frend“ erschien regelmäßig seit dem Juni 1920. Hauptschriftleiter ist unser ausgewiesener hochverdienter Landsmann Rich. Posselt. Der „Saarfrend“ bringt die einzige lückenlose Geschichte des Saarlandes in der Zeit seiner 15jährigen Trennung vom Reich. Dieses Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf behandelte und behandelt alle bemerkenswerten Angelegenheiten in der Saarfrage sowohl politischer wie wirtschaftlicher Art aus sachverständiger oder bestens unterrichteter Feder. Kraft dieser Eigenart wurde es das getreue Spiegelbild der Not und des Kampfes der deutschen Saarbevölkerung während der Zeit der Besetzung und der „treuhänderischen“ Verwaltung durch den Völkerbund. Seine Ergänzung, die „Saarheimathbilder“ waren nicht minder wertvoll, sie sind in der Folge zu einem überaus wertvollen saarländischen Heimathbuch geworden. Aber der „Saar-Frend“ war und ist nicht nur der wahrheitsgemäße Chronist aller politischen und wirtschaftlichen Vorgänge im Saargebiet, sondern auch der treue Wegbegleiter der Saarländer und der geistige Trommler zur Weckung und Wacherhaltung des Interesses für die Deutscherhaltung des Saargebietes.

„Rettet das Saarland“ von Dr. Herbert Stegemann

Mit einer der ersten literarischen Vorkämpfer für die deutsche Saar war Dr. Herbert Stegemann. In der oben genannten Schrift, die schon im Jahre 1919 erschien und als eine der ersten von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ vertrieben wurde (übrigens auch in englischer Sprache erschienen), zeichnete Dr. Stegemann in großen Zügen ein Bild der Geschichte und des Gegenwartsringens des Saargebietes. In eindringlichen Worten rief er den Deutschen im Reiche zu, das Saarland nicht zu vergessen. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er den Satz:

„Unsere Brüder im Saarlande sollen wissen, daß ihre Not die unsere ist: Sollen wissen, daß wir ihnen die Treue halten, wie sie uns, und daß das ganze deutsche Volk, so krank, so leidend, so zerflüftet in Parteien und Gruppen es auch sein mag, doch in einem fest und einig bleibt: Daß kein Zollbreit deutschen Bodens dem Feinde abgetreten und kein Deutscher in fremde Knechtschaft verkauft werden soll... Es gibt Dinge, die stärker sind, als die äußere Macht: Ideen, die mit der langsamen Kraft der Wahrheit unwiderstehlich wirken. Zu ihnen gehören die Menschenrechte, zu ihnen gehört das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Man wird, was man Tschchen und Polen gab, den Bewohnern des Saargebietes nicht verweigern können. Deutsche, die Deutsche sein und bleiben wollen, mit Gewalt einem anderen Staate einzuverleiben, wäre ein Verbrechen am Geiste der Menschheit, ein Verbrechen, das sich blutig rächen und den von Wilson erstrebten europäischen Dauerfrieden unmöglich machen wird.“

Mit diesen Worten war auf den Kern der Saarfrage, die Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes, angespielt. Die

Folgezeit hat bewiesen, daß Frankreich und der Völkerbund alles getan haben, um die Saarländer um ihr Selbstbestimmungsrecht zu bringen. Dr. Stegemann ging dann auf die verschiedenen Zeitperioden ein, in denen das Saargebiet vorübergehend einer fremden Herrschaft unterworfen war. An Hand von bis dahin unbekannten Aktenstücken bewies er, daß die Zeiten der Fremdherrschaft für das Saargebiet und für die Saarbewohner immer Zeiten der Unterdrückung, der Rechtlosigkeit und Verelendung gewesen sind. Nach dem Ausbruch der französischen Revolution hat das Saarland über 22 Jahre lang die französische Fremdherrschaft ertragen müssen. Erst der endgültige Sturz Napoleons brachte dem Saarbrücker Lande die Freiheit. „Sofort nach der Schlacht bei Waterloo“, heißt es weiter in der Schrift Dr. Stegemanns, „nahm die tapfere Saarbrücker Bürgerschaft den Kampf um ihre Loslösung von Frankreich und Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterlande aufs neue auf.“ Der verdienstvollen Rolle des patriotischen und aufrechten Saarbrücker Kaufmanns Heinrich Böding um die Zurückgewinnung des Saarlandes für das deutsche Vaterland wird in diesem Zusammenhange von dem Verfasser der Schrift besonders gedacht. Im Grunde genommen, so sagt er, sei es nur die richtige Auslegung des ersten Pariser Friedens gewesen, was die Saarbrücker begehrten. Ihr Wunsch, mit Preußen vereinigt zu werden, war aufrichtig und ehrlich. Der Magistrat der Stadt Saarbrücken hat diesem Wunsche in seiner Denkschrift an den preußischen König denkwürdigen Ausdruck verliehen. Im Zusammenhang hiermit kennzeichnete der Verfasser die Rolle des Saarlandes im deutschen Mutterlande mit folgenden Sätzen:

„Saarbrücken nimmt, wie man sieht, unter allen Gliedern des preußischen Staates insofern eine Sonderstellung ein, als es nicht durch Erbfolge, Abtretung oder Eroberung an Preußen gekommen, sondern freiwillig Anschluß an den preußischen Staat gesucht hat, einer der ersten Fälle des Selbstbestimmungsrechts der Völker, den die europäische Geschichte kennt.

Seit dem Jahre 1815 ist das Saargebiet ununterbrochen bei Preußen geblieben und hat sich wirtschaftlich in diesen hundert Jahren auf das günstigste entwickelt. Nach kurzer Kennzeichnung der wirtschaftlichen Aufwärtseentwicklung des Landes in diesem Zeitabschnitt sagte der Verfasser wörtlich: „Von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus die Abtretung deutschen Gebietes zu fordern, ist unhaltbar, ja verbrecherisch.“ Am Schlusse wies Dr. Stegemann auf den tapferen Sinn der Saarländer und ihren Willen, unbedingt Deutsche bleiben zu wollen, mit großem Nachdruck hin.

„Frankreich und das Saargebiet im Spiegel der Geschichte“, von A. Meister.

In dieser legte der Verfasser die sogenannten historischen Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet offen und wies ihre Unberechtigung nach. Er ging dabei von der Gefahr aus, die darin bestehe, daß man die Aeußerung des Volkswillens an der Saar in ähnlicher Weise verfälschen werde, wie wir es in Eupen-Malmedy und in Oberschlesien bereits erlebt haben. Er kam dann auf die angebliche keltische Wurzel der Saarbewölkerung zu sprechen und stellte fest, daß die französische Keltenwurzel nicht nur rechtsrheinisch, sondern auch auf dem linken Rheinufer längst verdorrt gewesen sei, als die französische Nation sich gestaltete. Das römische Element, von dem man in der französischen Presse häufig lese, habe nur eine dünne Oberschicht gebildet. Nach dem Zusammenbruch des Römerreiches seien Alemannen und Franken ins Saargebiet eingewandert, ihre Wandererwellen hätten sich dort gekreuzt. Volkstum und Kultur seien in den nachfolgenden Jahrhunderten mit ihrem Leben und ihren Einrichtungen restlos deutsch geworden. Die Bevölkerung des Saargebietes sei auch im Mittelalter und in der Neuzeit gut deutsch geblieben. Nur viermal habe das Saarland vor der heutigen Völkerbundsregierung französische Fremdherrschaft ertragen müssen. Jedesmal hätten die Franzosen mit vorgeschützten und falschen Rechtsansprüchen gearbeitet. Die Reunionen Ludwigs XIV. seien selbst nach dem Urteil der französischen Historiker Bar-

dot und Lavisse ein glatter Rechtsbruch gewesen, eine Rechtsbeugung schlimmster Art, die von dem Urteil der Weltgeschichte längst als eine strupellose Maskierung der brutalen Gewalt gebrandmarkt sei. Die Invasionen der französischen Revolutionskriege seien nicht minder Kriege der Unterdrückung und der Eroberung gewesen, als diejenigen Ludwigs XIV., nur mit dem wichtigen Unterschiede, daß das französische Volk nunmehr den Eroberungswillen in sich trug. Aber der deutsche Wille der Saarbewölkerung war schon damals so ausgeprägt, daß der Versuch der französischen Machthaber im Jahre 1798, eine Kundgebung zugunsten einer Angliederung an Frankreich hervorzurufen, ein klägliches Fiasko erlebte. Nur die Unfähigkeit der verbündeten Diplomaten im ersten Pariser Frieden von 1814 hat es verschuldet, daß das Saargebiet bei Frankreich belassen wurde. Es mußte erst ein tapferer Saarbrücker, der erwähnte Kaufmann Heinrich Böding, auftreten und sich rühren, um die Welt auf das ungeheure Unrecht, das sie zu begehen im Begriffe stand, hinzuweisen. Wörtlich führte Prof. Meister hierzu aus:

„Aber dieses Unrecht hatte auch sein Gutes. Hatte man sich bisher an der Saar verlassen auf die Selbstverständlichkeit der Rückkehr zum deutschen Stammlande, hatte man im Bewußtsein seines Rechtes keine weiteren Schritte, keine Aufklärung für nötig gehalten, so entfachte jetzt der niederschmetternde Fehlspruch von Paris eine lebhafteste Bewegung im ganzen Lande. Wiederum tat sich Heinrich Böding hervor. Man wäht sich in die heutige Zeit versetzt, wenn wir lesen, wie Versammlungen abgehalten wurden, Redner auftraten, Eingaben verfaßt, Abordnungen abgeschickt, Vertrauensmänner entsandt wurden zur Bekanntgabe des festen Willens der Saarbewohner, deutsch bleiben zu wollen und um Aufklärung zu bringen über das ihnen angetane Unrecht. . . . Zum erstenmal macht sich hier in ruhiger Ueberlegung das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes geltend. Es ist bezeichnend, daß dies geschah, um von Frankreich loszutommen. Fort von Frankreich, zurück zu Deutschland, war die Forderung.“

Dank der entschiedenen Tätigkeit solcher deutschen Männer wie Heinrich Böding und des gleichgesinnten Josef Görres, der damals eine ähnliche nationale Aufgabe erfüllte wie heute der Saar-Berein, siegte doch diesmal das Recht. Das Saargebiet wurde ebenso wie Landau im zweiten Pariser Frieden an Deutschland zurückgegeben, und der französische Staatsmann Talleyrand erklärte selbst in der Akte vom 21. September 1815 sein Einverständnis mit der Rückgabe, weil es sich um Gebiete handele, die nicht zu dem alten Frankreich gehörten. Trotzdem haben die Franzosen im Jahre 1918 ihre alten Ansprüche aus dem Jahre 1814 wieder hervorgeholt. Ueber diese Heuchelei urteilt Meister mit folgenden Worten: „Vom Standpunkt des Historikers ist es ganz unverständlich, wie man die Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland 1815 ein Unrecht nennen und in der großen Milde der damaligen Bedingungen einen Gewaltakt sehen kann.“ Rechnet man, so fuhr der Verfasser fort, alle Jahre zusammen, in denen das Saargebiet französische Herrschaft zu ertragen gehabt hätte, so kämen in rund 1000 Jahren nur 64 Jahre heraus. Prof. Meister nannte diesen Zeitraum für eine über tausendjährige Geschichte dieses Landes „viel zu wenig und bedeutungslos“, um darauf einen angeblichen historischen Anspruch zu begründen.

Nach Kennzeichnung des Wiederauflebens der französischen Annexionsforderungen und Absichten in den Jahren 1866 und 1870/71 kam der Verfasser zum Schluß auf die französischen Raubabsichten auf der Versailler Friedenskonferenz und Wilsons Schwäche gegenüber den Forderungen der Ententemächte zu sprechen. Auf Grund der berühmten 14 Punkte Wilsons ließ sich die Annexion eines deutschen Landes nicht rechtfertigen, ebenso wenig eine zeitliche Abtrennung des Landes, wie es nachher geschehen ist, deshalb griff man zu dem Betrug mit den 150 000 Deutschfranzosen, um Wilson zu täuschen, wiewohl man wußte, daß es in dem urdeutschen Lande keine 150 Französlinge gab. Halten wir die Schlussworte der Schrift Prof. Meisters fest. Sie sind heute noch aktuell:

„Machen wir uns klar, daß diese fünfte Fremdherrschaft dem Saargebiet die gefährlichste ist,

weil sie unter einer falschen Maske auftritt, weil sie den schon sattem entweihten Namen eines Völkerbundes mißbraucht, um der Welt vorzutäuschen, daß dort alles in Ordnung und Richtigkeit vor sich gehe, während in Wirklichkeit dies nur der Schutzschild ist, hinter dem sich der französische Imperialismus ungestört auswirken kann.“

Diese Worte waren vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages niedergeschrieben. Sie haben die ganze Größe der Gefahr aufgezeigt, die für das Saargebiet bevorstand. Heute wissen wir, daß jedes Wort in diesen Sätzen des erwähnten Verfassers eingetroffen ist und sich prophetisch ausgewirkt hat.

„Die Verhandlungen über die Saarfrage auf der Pariser Friedenskonferenz“

Dr. E. W. Fischer.

Diese Schrift wurde eine gewaltige Abrechnung mit dem Schachergeschäft, wie es sich in Versailles um die Saar abgespielt hat, sie legt den Riesenbetrug offen, den man an der Saarbevölkerung in jenen Tagen begangen hat. Der Verfasser hebt die Tatsache hervor, daß die Saarfrage mit im Brennpunkt der Friedensverhandlungen stand, und daß sich um sie die Hauptkrise der Konferenz entwickelte. Der Grund lag, wie er sagte, darin, daß die Saarfrage zum Prüfstein dafür wurde, ob der Friede ein Friede nach Wilsons Punkten werden würde oder nicht. In dramatischer Spannung ziehen in der Schrift von Dr. Fischer die einzelnen Verhandlungsphasen um die Saarfrage, der Inhalt der Tardieuschen Denkschrift, das Eingreifen Wilsons, die Einkreisung des amerikanischen Präsidenten durch die französischen Staatsmänner, der Höhepunkt der Krise am 8. April, als Wilson bereits seinen Dampfer für die Rückreise nach Amerika bestellte, und schließlich der Umfall Wilsons am 9. und 10. April an unserem geistigen Auge vorüber. Der Verlauf der Verhandlungen in Versailles ist vielleicht nie wieder so eingehend geschildert worden. Wir erfahren auch aus der Schrift von Dr. Fischer, wie emsig und gründlich die drei Franzosen, Clemenceau, Tardieu und Loucheur in der Nacht vom 8. zum 9. April 1919 gearbeitet haben, um den französischen Standpunkt mit äußerster Schärfe und Präzision zu formulieren. Wilson habe zwar, heißt es in den betr. Ausführungen, auch jetzt noch einen letzten, schwachen Widerstand gegen die französischen Zumutungen geleistet, habe aber schließlich nach dem Umfall von Lloyd George zu der Abtrennung des Saargebietes auf 15 Jahre, der Suspendierung der deutschen Souveränität und der Einsetzung einer Regierungskommission im Saargebiet und dem Saarstatut seine Zustimmung gegeben. Das Saarstatut ist also, wie wir als Ergebnis dieser Schrift feststellen können, in einer einzigen Nacht redigiert worden. Dr. Fischer stellt noch fest, daß in diesen Tagen ein Kampf auf zwei Fronten ausgefochten wurde, einmal um die französische Sicherheit, die Reparationen, die Rheingrenze und das Saargebiet und auf der anderen Seite um den Völkerbund. „Das Prinzip des Gebens und Nehmens, des Kompromissens, in das schließlich alles ausmündete, machte schnelle Fortschritte.“

Als die Friedensbedingungen den Deutschen überreicht wurden, erregten die Bestimmungen über die Regelung der Saarfrage vielleicht mit am meisten Empörung und Entrüstung. Die deutsche Friedensdelegation nahm nach den Ausführungen des Verfassers in verschiedenen Notizen ausführlich zum Saarproblem Stellung. Der deutsche Standpunkt und der rein deutsche Charakter des Saargebietes wurde mit großer Ueberzeugungskraft vorgetragen. Den Siegermächten aber fiel es natürlich nicht ein, das mühselig gewonnene Ergebnis durch die Deutschen wieder in Frage stellen zu lassen. Nur in zwei Punkten hatten — das wollen wir auch heute festhalten — die deutschen Vorstellungen trotzdem Erfolg. Einmal wurde die Bestimmung eingefügt, daß die Regierungskommission ihren Sitz im Saargebiet haben müsse, zum zweiten wurde auf die deutschen Vorstellungen hin der Artikel des Friedensvertrages fallen gelassen, daß das Saargebiet unter allen Umständen an Frankreich fallen sollte, wenn Deutschland nicht binnen sechs Monaten die Kohlengruben in Gold zurückkaufe. Der Verfasser der Schrift gibt zum Schluß eine äußerst wertvolle und treffende Kennzeichnung der drei Hauptfriedensmacher, der Herren Clemenceau, Lloyd George und Wilson. Es ist noch heute interessant, diese Charakteristika nachzulesen. Wilson wird in diesem Bild nicht unsympathisch gezeichnet, denn es wird von ihm gesagt, daß neben dem Völkerbund die Saarfrage ihn vielleicht am stärksten ergriff und in Anspruch nahm, es wird auch hervorgehoben, daß er die Saarfrage nicht oberflächlich wie Lloyd George, sondern von Grund auf geprüft und die französischen Forderungen als Bruch seines Friedensprogramms erkannt hätte. Aber, so heißt es weiter, das alles könne nicht blind machen gegen die Fehler Wilsons, gegen seine charakterliche Schwäche und seinen Mangel an Gewandtheit. Aus dem Frieden der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechtes sei praktisch das Gegenteil, die Verneinung eines Wilsons geworden. Die Saarfrage lasse diese Schwäche Wilsons besonders deutlich hervortreten. Nie und nimmer hätte Wilson diesem Frieden die Form eines Diktats der Sieger geben dürfen. Auch Wilsons Presseschef Baker gleitet über den Diktatcharakter des Versailler Friedens mit Gleichgültigkeit hinweg. Deshalb sind die Schlusssätze der Fischerischen Schrift die beste Kennzeichnung der Schacher- und Betrugsmethoden von Versailles. Sie sollen hier Platz finden:

„Am deutsches Land, deutsches Volk wurde gestritten und gehandelt, Deutschland durfte nicht dabei sitzen. Fremde erhoben sich mit dem Anspruch, im deutschen Hause besser Bescheid zu wissen als der Deutsche selbst. Und am allerwenigsten dachte man daran, die Bevölkerung an der Saar selbst zum Worte zu verstaten. Sie war gerade gut genug, um zum Gegenstand eines Schachergeschäfts gemacht zu werden. ... Ein Evangelium war verheißen, eine Sklavenkette wurde geschmiedet.“

Des Saarvolks Leiden in der Besatzungszeit

Von Saarabicus

(13. Fortsetzung, s. auch Nr. 10—23 des „Saar-Freund“)

Wenige Zeit später konnten die Arbeiter der Schwerindustrie den

Ungehen der Frankenlöhnung

bereits erfahren. Der Lohnstarif wurde ihnen vom Arbeitgeberverband gekündigt. Ihre Lage wurde unter der Frankenwährung von Tag zu Tag schlechter und sie selbst mehr und mehr Knechte des französischen Großkapitals. Die erhofften wirtschaftlichen Vorteile traten nicht ein. Die Frankenlöhnung machte der saarländischen Industrie den Wettbewerb auf deutschen Märkten unmöglich. Die Mannesmann-Werke in Bous z. B. waren ohne Aufträge, wiewohl ihr

Kapital zu 60 Prozent französisiert war, während das Stammwerk der Mannesmann-Werke in Düsseldorf mit Aufträgen überhäuft war. Die Kohlenpreise an der Saar erreichten die doppelte Höhe wie im übrigen Deutschland. Der französische Markt aber erwies sich für die Unterbringung von Saarerzeugnissen als nicht aufnahmefähig. Mehr und mehr mußten in der Industrie der Saar Feterschichten eingeschoben werden. Eine wachsende Verelendung der Bevölkerung war die Folge, die noch in dem Maße anstieg, wie der Franken sich entwertete. Im krassen Gegensatz zu dieser Verelendung der Bevölkerung stand die Mißwirtschaft der Regierungskommission, die sich u. a. in einer

fürchterlichen Aufblähung des ganzen Verwaltungsapparates zeigte. Einem in erster Stellung befindlichen Regierungsbeamten entschlüpfte sogar das Eingeständnis, daß es an der Saar überhaupt keinen Etat gäbe. Das hieß, daß im Grunde genommen jeder in der Verwaltung dieses unglücklichen Landes drauflos wirtschaften konnte, wie es ihm beliebte, wenn ihm nur das nötige Geld zur Verfügung stand. Das Geld aber wurde in unglaublicher Weise aus den Steuerzahlern des Saargebietes herausgepreßt. Diese Steuern wurden derart erhöht, daß die Arbeiter praktisch 25 bis 30 Prozent ihres Lohnes an Steuern zahlen mußten.

Verflavung der Arbeiterschaft.

Es zeigte sich überhaupt immer mehr, daß die Arbeiterschaft, also die Hauptmasse der schaffenden Menschen an der Saar in erster Linie der leidende Teil und das Objekt der Drangsalierungsmaßnahmen der landfremden Regierung war. Ihre Verelendung mußte zwangsläufig ein Nachlassen der Kaufkraft der gesamten Saarbevölkerung zur Folge haben. Aber auch sozialpolitisch wurden die Arbeiter, vor allem die Bergarbeiter ausgebeutet und bedrückt. Ein neuer Beweis dafür war der Entwurf der neuen Arbeitsordnung, den die Saargrubenverwaltung den Arbeiterorganisationen zur Begutachtung vorlegte. Sie atmete einen schroff antisozialen Geist und war Geist vom Geiste des französischen Kapitalismus, wie er sich seit der Besetzung im Saargebiet breit machte. Wahrscheinlich wagte man in Innerfrankreich selbst nicht einmal den Arbeitern eine derartige Arbeitsordnung zu bieten, denn dann hätte es Riesenstreiks gegeben, aber an der Saar, wo der Volkswille und die öffentliche Meinung in Fesseln lagen, glaubte man sich derartige Experimente ohne Gewissensbisse erlauben zu können. Das zeigte sich auch darin, daß die Grubenverwaltung die Bergleute, die sich ihren Wünschen gefügig zeigten, bei der Wohnungsverteilung begünstigte und ihnen vorzugsweise Wohnungen in den der Bergwerksverwaltung gehörenden zahlreichen Häusern zuwies. Die Seele des deutschen Bergarbeiters an der Saar haben die fremden Machthaber trotzdem nicht gewinnen können.

(„Saar-Freund“, Jahrgang 1921, Nr. 2—7.)

In den ersten Monaten des Jahres 1921 ging die Regierungskommission des Saargebietes dazu über, eigene Briefmarken herauszugeben. Es war das ein Uebergriß in die deutschen Postgerechtigkeit, die Annahme eines Rechtes, das der Saarregierung in keiner Weise zustand. Etwa zur gleichen Zeit wurde ein eigenes Postschekamt für das Saargebiet eingerichtet. Auch das war ein Uebergriß und stand im Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages, aber es war ein weiteres Glied in der Kette der französischen Bestrebungen, das Saarland von seinem Mutterlande abzutrennen und die Fäden mit Deutschland zu zerreißen. Das Steueruder sollte eben mit Gewalt nach Westen gedreht werden!

Zu gleicher Zeit versuchte man, das französische Militär und die französische Vorherrschaft im Saargebiet möglichst populär zu machen. Der französische Befehlshaber hielt es für angebracht, häufig militärische Schaustücke auf den Plätzen Saarbrückens und an anderen Plätzen des Saargebietes zu veranstalten. Bei einer solchen Schaustellung, die auf dem Landwehrplatz in Saarbrücken stattfand, fand eine Verteilung von Orden und Ehrenzeichen mit dem üblichen theatralischen Getue, mit Ruß, Clairongeschmetter, Paukenschlag und anschließender Parade zur „Anfeuerung der Saarbrücker Bürger“ viel Aufmerksamkeit. Unter den „Deforierten“ befand sich auch der im Saargebiete bekannte, durch seine skrupellose Französisierungspropaganda berühmte Major Richert. Auf die Saarbrücker aber machte diese militärische Schaustellung, die doch wohl das Geanteil des so lebhaft bekämpften „Militarismus“ sein sollte, gar keinen Eindruck, sie erregte höchstens ihre Spottlust. Wie sollten sie sich auch für das fremde Militär erwärmen, wenn zur gleichen Zeit die Pressung und Anwerbung junger deutscher Männer zur

Fremdenlegion im besetzten Gebiet von Tag zu Tag krassere Formen annahmen! („Saar-Freund“ Nr. 7, Jahrgang 1921.)

Verbot des „Saar-Freund“.

Alles, was von deutscher Seite damals geschah, um die kulturellen Fäden zwischen dem Mutterland und dem Saargebiet aufrechtzuerhalten, war bei den Machthabern in Saarbrücken mißliebig. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle „Saarverein“ wurde als politische Geheimarbeit bezeichnet und die Verbreitung des „Saar-Freund“ im Saargebiet ohne öffentliche Bekanntgabe oder Angabe von Gründen bis auf weiteres — d. h. bis auf den heutigen Tag — verboten. Dabei hatte die Tätigkeit des „Saar-Freund“ anerkanntermaßen nichts anderes zum Ziele als die Erhaltung des Saargebietes beim Mutterlande und die Pflege der Zusammengehörigkeit mit der gesamtdeutschen Volksgemeinschaft. Seitens der Geschäftsstelle „Saarverein“ wurde am 14. Mai 1921 der Regierungskommission in Saarbrücken ein Protest gegen das Verbot übermittelt, doch erfolgte keine Antwort auf diesen Schritt. („Saar-Freund“, 1921, Nr. 7.)

Schädigung der Beamten, Kriegsbeschädigten und Bergleute.

Die letzte Errungenschaft der Saarregierung war eine amtliche Auslassung, nach der sie es ablehnte, die Pensionen der im Saargebiet wohnenden Reichs- und Staatsbeamten über den 1. Juli 1921 hinaus zu tragen. Sie erklärte ganz einfach, die Auszahlung dieser Pensionen wäre Sache der Reichsregierung. Diese hatte sich bereits mit der Frage befaßt. Es war selbstverständlich, daß ihr das Schicksal der pensionierten Beamten im Saargebiet nicht gleichgültig sein konnte. Sie mußte es andererseits als einen unerträglichen Zustand empfinden, daß ihr alle Lasten aufgebürdet werden sollten, während die landfremde Saarregierung sich selbst alle Einnahmen zuführte und dem Reiche die Einnahmen aus dem Post- und Eisenbahnbetrieb entzog. Die deutsche Regierung war bereit, ihren Verpflichtungen gegenüber den pensionierten Beamten im Saargebiet nachzukommen, aber nur dann, wenn man ihr das unbedingte Verfügungsrecht über jene Fonds beließ, aus welchen die Pensionen bestritten werden mußten. Verhandlungen wurden notwendig zwischen Reichs- und Saarregierung. Nach langem Zögern erklärte sich die Saarregierung zu Verhandlungen über diesen wichtigen Punkt in Berlin bereit.

Auch die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hatten Grund zur Klage. Die Regierungskommission vernachlässigte ihre Pflicht der Menschlichkeit gegenüber den Opfern des Krieges, so daß diese einen dringenden Notruf an die Saarregierung richten mußten. Sie verlangten schnellste Einführung des Reichsversorgungsgesetzes, bessere Ausgestaltung des Gesetzes über den Einstellungszwang für Schwerkriegsbeschädigte, insbesondere scharfe Maßnahmen gegenüber denjenigen Arbeitgebern, die sich bisher dem Gesetze nicht unterworfen hatten, endlich sofortige Einberufung des Beirates zur Hauptfürsorgestelle des Saargebietes.

Auch die Saarbergleute erfuhren in dieser Zeit wieder eine unangenehme Überraschung. Nach einer Mitteilung der französischen Grubenverwaltung an die Organisationsvertreter wurde die Bezahlung der Urlaubsschichten auf den fiskalischen Gruben vom 1. April 1921 ab eingestellt. In diesem Verhalten spiegelte sich der wahre Charakter der französischen Sozialpolitik wider, auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben wurde gar keine Rücksicht genommen. Man mußte es als eine üble Populartätschacherei bezeichnen, wenn der Präsident Rault gelegentlich der Brechacher Hütte einen Besuch abstattete. Für die sozialen Wünsche der Arbeiter aber hatten er und die französische Grubenverwaltung gar kein Verständnis.

Auswirkungen der Frankenmisere im Saargebiet.

Die vorausgesagten Folgen der Einführung des Franken im Saargebiet traten mit jedem Tage sichtbarer

in Erscheinung. Der Absatz stieg, die Kohle verteuerte sich. Feierschichten über Feierschichten wurden eingelegt. Im Innern Frankreichs wehrte man sich gegen die Ueberlastung mit deutscher Reparations- und Saarkohle, wo man bereits so viel Kohle hatte, daß man sie in beträchtlichen Mengen nach Holland und anderen neutralen Ländern verschob. Unter diesen Umständen „mußte“ die Kohlenherzeugung an der Saar künstlich niedergehalten werden. Das bedeutete Lohnabbau und Urlaubsentziehung. Kein Wunder, daß die Mißstimmung unter den Bergleuten wuchs. Die saarländische Industrie aber stöhnte in gleichem Maße unter der Last des wirtschaftlichen Niederganges. Die Verwelschung des Saargebietes griff weiter um sich, die Hüttenindustrie geriet mehr und mehr unter den Einfluß des französischen Fremdkapitals. Zwangsläufig mußte sich die Saarindustrie in das „Comptoir Siderurgique de France“ eingliedern. Die Gemeinsamkeit beschränkte sich auf Altfrankreich, Elsaß-Lothringen, die französischen Kolonien und das Saargebiet. Auch die Elektrizitätszentrale der Pfälzwerke in Homburg ging sicherem Vernehmen nach in jenen Tagen in die Hände einer französischen Unternehmergruppe unter Führung von Creuzot über. Um den ewigen Schiebungen an

der saarländisch-deutschen Grenze ein Ende zu machen, entschloß sich die Reichsregierung, Mitte April 1921, eine Verordnung zu erlassen, nach der Wertpapiere und Zahlungsmittel, die auf in- und ausländische Währung lauteten, nur durch Vermittlung der Banken nach dem Saargebiet versandt und überbracht werden durften. Ausgenommen waren kleinere Beträge und Postanweisungen. So konnte die Reichsregierung wenigstens in beschränktem Maße der weiteren Kapitalabwanderung über das Saargebiet Einhalt gebieten.

Welchen Unannehmlichkeiten die Bevölkerung im besetzten Gebiet im täglichen Leben in jenen Tagen immer noch ausgesetzt war, bewies folgender Vorfall:

Ein Hotelier Christ in Neustadt a. d. S. hatte Streit mit dem bei ihm einquartierten französischen Offizier bekommen. Der fremde Offizier hatte nachts um ein Uhr Anzündung der Dampfheizung verlangt. Es entspann sich ein Wortwechsel. Der Franzose behauptete, von dem Deutschen beleidigt zu sein. In Wirklichkeit war der deutsche Quartiergeber beleidigt. Das Militärpolizeigericht verurteilte den deutschen Gastwirt zu drei Monaten Gefängnis. Es schenkte, wie es damals üblich war, den Angaben des französischen Offiziers mehr Glauben! („Saar-Freund“, 1921, Nr. 8.) (Fortsetzung folgt.)

Zur Volksabstimmung im Saargebiet am 13. Januar 1935

Die Betreuung der Saarabstimmungsberechtigten im Reich

Die Aufgaben, die seit mehr als 15 Jahren der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, dem Bund der Saarvereine und seinen Ortsgruppen gestellt gewesen sind, sind genügend bekannt. In der Geschäftsordnung für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, welche am 18. Juli 1919 von den bisher den Saargebietschutz leitenden Persönlichkeiten gegeben wurde, heißt es zunächst, daß als besonderes Mittel zum Zweck weitgehendster Propaganda es der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ obliege, möglichst viel Saarvereine ins Leben zu rufen und sie im Bund der Saarvereine zusammenzuschließen. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ sollte dem Bund und den Ortsgruppen bei der Erfüllung seiner Aufgaben mit Rat und Tat zur Seite stehen. Weiter heißt es dann: „Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ bezweckt mit dem Bund der Saarvereine und seinen Ortsgruppen vor allen Dingen die Sicherung der im Schmachdiktat von Versailles nach 15 Jahren vorgesehenen Abstimmung.“

Die Vorbereitung der Volksabstimmung also war die letzte und wichtigste Aufgabe der Geschäftsstelle. Jetzt stehen wir vor der Vollendung auch dieser Aufgabe: Am 13. Januar wird dieser welthistorisch und schicksalwerdende Vorgang vor sich gehen. Dieser letzte und wichtige Abschnitt ihrer Tätigkeit stellt ganz außerordentliche Anforderungen an die Geschäftsstelle „Saar-Verein“. Er gilt der Erfassung und Betreuung der Abstimmungsberechtigten im Reich. Die erste Etappe dieser Betreuungsarbeit war erfüllt mit den Arbeiten zur Erlangung der Eintragung aller Abstimmungsberechtigten in die Abstimmungslisten und ist mit der Einlegung der Rekurse zu Ende gegangen. In der zweiten Etappe werden die Abstimmungsberechtigten mit allem dem versehen werden, was für die Fahrt ins Saargebiet benötigt wird.

Bis zum 31. August 1934 mußten die Anträge auf Eintragung in die Listen der Abstimmungsberechtigten gestellt werden. Am 26. September begann die Auslegung der vorläufigen Listen. Gleichzeitig begann die vierwöchige Frist, innerhalb derer die nicht in die Stimmlisten aufgenommenen gegen ihre Nichteintragung Ein-

spruch einlegen konnten. Die Einspruchsarbeiten bedeuteten sowohl für die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, als auch für den Bund, seine Ortsgruppen und die Saarbömmen eine noch weit stärkere Belastung als die Bearbeitung der Anträge auf Eintragung in die Listen. Die zur Verfügung stehende Zeit war äußerst knapp bemessen. Obwohl für die Benachrichtigung der Nichteingetragenen im wesentlichen nur 10 Tage zur Verfügung standen — es mußten rund 12 000 Einspruchsaufforderungen versandt werden —, konnten die letzten derartigen Mitteilungen vier Tage vor Ablauf der Einspruchsfrist versandt werden. Dabei gingen zuletzt täglich mehrere tausend Briefe hinaus. Insgesamt sind der Geschäftsstelle rund 3000 Einsprüche zur Prüfung eingesandt worden, die auf schlüssige Beweisführung und auf formelle Richtigkeit geprüft werden mußten. Für die Prüfung der besonders schwierigen Einsprüche hatten sich der Geschäftsstelle eine Anzahl Juristen ehrenamtlich zur Verfügung gestellt. Besonderer Dank gebührt den Ortsgruppen und den Obmännern, die sich, kein Opfer und keine Mühe scheuend, in vorbildlicher Weise für den Erfolg der Einspruchsarbeiten eingesetzt haben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß bei diesen Arbeiten das Menschenmögliche getan worden ist. Die am 25. und 26. Oktober noch eingegangenen Einsprüche wurden per Flugpost nach dem Saargebiet gesandt und sind rechtzeitig bei dem Kreisbüro eingegangen. Nunmehr blieben aus der ersten Etappe nur noch diejenigen Arbeiten zu erledigen, die sich ergaben, wenn Rekurse gegen die Entscheidungen der Kreisbüros erforderlich wurden, die jedoch auch im deutschen Interesse nur durchgeführt wurden, wenn sie wirklich Aussicht auf Erfolg boten.

Bezüglich der Einsprüche von Emigranten und Status-qualern gegen die Eintragung von Abstimmungsberechtigten in die Stimmlisten (Vöste und Konsorten) ist zu bemerken, daß der größte Teil dieser Angriffe keine große Bedeutung hatte. Ihr Zweck war nur, eine rechtzeitige Fertigstellung der endgültigen Stimmlisten unmöglich zu machen. Der Versuch sach-

licher Begründung war nur bei sehr wenigen dieser Einsprüche gemacht worden.

Wir bringen in der vorliegenden Nummer zwei interessante Aufnahmen von Räumen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Stresemannstr. 42, in welchen die Saarabstimmungsbetreuungsarbeiten erledigt werden und über welche der „Berliner Lokalanzeiger“ in seiner Nummer vom 21. November unter der Überschrift „Das Haus der Saartreue“ folgendes nette Stimmungsbild brachte:

„Hier das Riesenplakat einer gierigen Hand, die das Saargebiet packen möchte; dort ganze Stapel von aufklärenden Schriften; an den Wänden Bilder von dunklen Fördertürmen in grünem Hügelland; in einer Ecke die stolze Fahne einer alten saarländischen Bergwerksinspektion — der Preußenadler hält Schlegel und Eisen —, überall Symbole der einen Mahnung, des einen Schwurs: Deutsch ist die Saar! Das ist der erste äußere Eindruck, den der Besucher der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in der Stresemannstr. 42 erhält. Hier, zwischen Karteien und Akten, zwischen Formularen und Briefbogen, zwischen dem Gehämmer der Schreibmaschinen und dem unaufhörlichen Hin und Her der Expedition, herrscht Hochbetrieb: Die Berliner Saarabstimmungsberechtigten holen sich Rat, wenn sie „Refurs“

einulegen haben. Es ist, vom frühen Morgen bis in den späten Abend, ein ewiges Kommen und Gehen.

Anfragen aus dem ganzen Reich.

Jahrelang hat die Geschäftsstelle, die unter Leitung des Verwaltungsdirektors Theodor Vogel, des Gründers des Bundes der Saarvereine, steht, mit ein paar Mann Personal auskommen können. Heute, da hier die Räte und Anfragen der Saarabstimmungsberechtigten aus dem ganzen Reich zusammenströmen, kann man die Arbeit kaum mit einem Viertelhundert von Hilfskräften bewältigen! Ein Diplomvolkswirt, eine Referendarin und eine Reihe von ehrenamtlich tätigen Juristen stehen zur Verfügung. Nur private Spenden ermöglichen die unermüdlige vaterländische Arbeit der Geschäftsstelle. Hier schickt eine Sertaner-Klasse aus dem Rheinland 23,60 RM. Dort hat ein alter Herr aus dem Hannoverischen, der einmal ein halbes Jahr praktischer Studien halber auf einer Saargrube verbrachte, 5 RM. von seiner mageren Pension geopfert. Und von keiner geringeren Begeisterung für Deutschlands ewiges Recht auf die Saar zeugt die Tatsache, daß mancher hier in der Stresemannstraße seine Kräfte freiwillig in den Dienst der großen Sache gestellt hat. Da ist eine Lehrerin, die 38 Jahre in Saarbrücken gewirkt hat und für die hier hinter

Der stellvertretende Leiter des Bundes der Saarvereine, der Leiter der Geschäftsstelle „Saarverein“ und die Landesgruppenleiter in der Betreuungsarbeit der Saarabstimmungsberechtigten im Reiche anlässlich einer Sitzung in Mainz am 20. und 21. November d. J.



Vordere Reihe von links nach rechts: Johannes-München, Schellenberger-Stuttgart, Gester-Leipzig, Hellwig-Berlin, Debusmann-Wuppertal, Vogel-Berlin, Gutter-Essen

Mittlere Reihe von links nach rechts: Giersberg-Magdeburg, Anschütz-Frankfurt a. M., Weyand-Köln, Kellner-Koblenz, Abels-Halle, Dr. Ruhn-Hamburg, Jonas-Königsberg, Ost-Dortmund

Hintere Reihe von links nach rechts: Neu-ohr-Karlsruhe, Nüssler-Breslau, Dr. Schund-Trier, Hermann-Stettin, Dr. Stegner-Erfurt, Dr. Schue-Münster, Dr. Kall-Aachen, Stillenmunkes-Mainz, Keden-Aachen

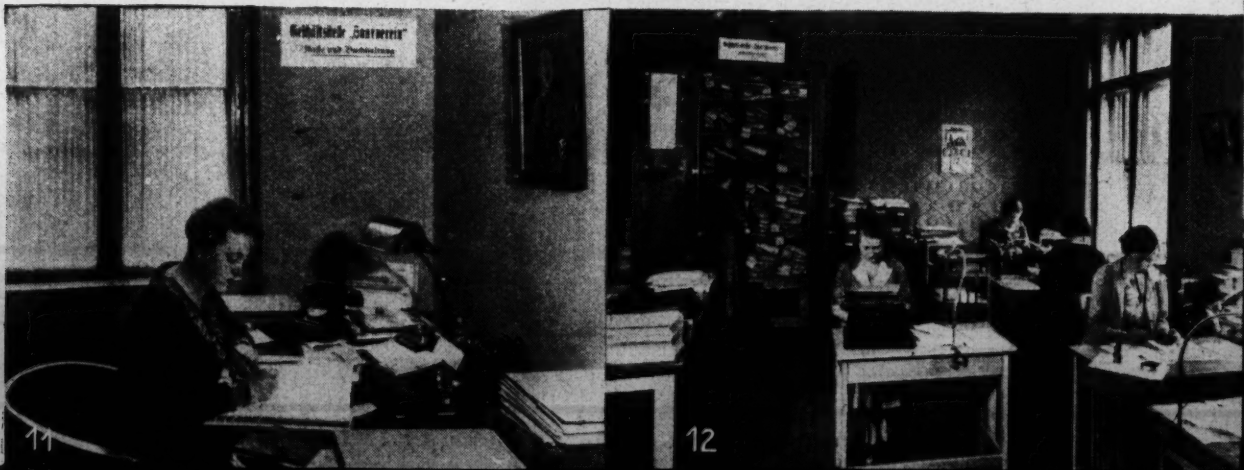
Zur Volksabstimmung im Sa



1. Rechtskundige Beratung und Bearbeitung der Einsprüche — 2. Beratungs- und Sitzungssaal



6. Registratur — 7. Bürodirektor Schahn — 8. Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Gründer des Bundes der Saarvereine und der Halbmonatschrift „Saarfreund“ und der „Saarheimatbilder“, Verwaltungsdirektor Th. Vogel — 9. Hauptschriftleiter des „Saar-Freund“ und der „Saarheimatbilder“, Richard Posselt

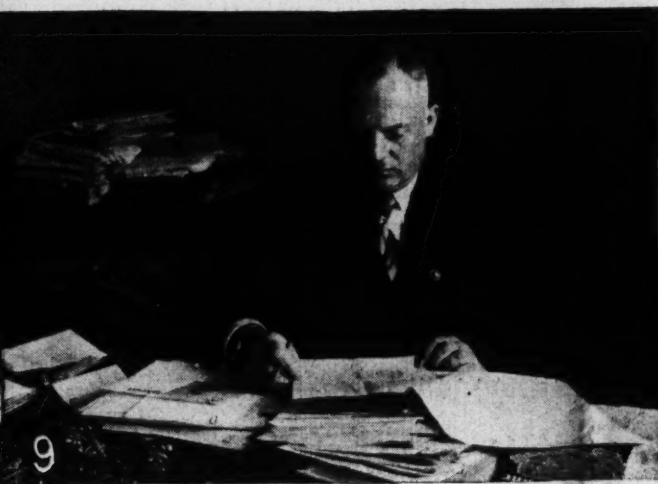


Betreuung der Saarabstimmungsberechtigten im Reiche durch die

Saargebiet am 13. Januar 1935



3. Sekretariat — 4. Prüfung der Abstimmungslisten — 5. Kartei der Saar-Abstimmungsberechtigten im Reich



10. Versand des „Saar-Freund“, der „Saarheimatbilder“ und der Aufklärungsbücher und -schriften — 11. Kasse und Buchhaltung — 12. Arbeitszimmer der Stenotypistinnen — 13. Prüfung der Einsprüche und Refurse, Diplom-Volkswirt Osterkamp — 14. Auskunftsstelle — 15. Beratungsstelle



Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin S W 11 Stresemannstraße 42

PHOT. E. LEITNER

Altenstößen und Briefpyramiden jedes noch so sachliche und ernste Wort der Besucher Heimatklang hat.

Wenn man Direktor Vogel zwischen Sitzungen und Telefongesprächen für ein paar Augenblicke erwischt, dann erhellt schon aus wenigen Sätzen, wie umfangreich und vielfältig sich die Arbeit der Geschäftsstelle gestaltet. 400 Ortsgruppen (Vereine) und Stützpunkte gehören heute dem Bund der Saarvereine an. Allein die Berliner Ortsgruppe hat rund 500 Mitglieder. In Neuyork hat sich schon vor längerer Zeit eine Ortsgruppe des großen Saarländerbundes gegründet, und in Chicago und Kalifornien sind jetzt weitere Ortsgruppen gefolgt.

Täglich 5000 Antwortbriefe.

Diese ganze große Gefolgschaft deutscher Saarländer galt und gilt es zu betreuen. Zur Belehrung gingen in ungeheuren Mengen Merkblätter, Plakate und Schriften hinaus, von der größten Photomontage bis zum kleinsten bunten Stundenplan für Schulen. Zeitweise schwoll die Post so an, daß täglich 4000—5000 Briefe hinausgingen. Vorträge, Veranstaltungen, Massenkundgebungen wurden organisiert,

und dazwischen fordern auch die Landsleute von der Saar, die nach Berlin zu Besuch kommen, die sich umsehen wollen im alten Vaterland, im neuen Deutschen Reich, ihr Recht. Für sie hat man je nach der finanziellen Lage genaue Programme ausgearbeitet. Ihnen ebnet man bei Besichtigungen und interessierten Sonderwünschen den Weg, und um sie bemüht sich in wahrhafter Volks- und Stammverbundenheit namentlich auch die Berliner Ortsgruppe. Immer wieder stellen ihre Mitglieder freudig Quartiere zur Verfügung. Aber auch andere landsmannschaftliche Vereinigungen Berlins beweisen durch die Tat ihre Saartreue. Wie es hier in der Zentrale des Saarvereins ist, so steht ganz Deutschland zu den Brüdern im Abstimmungsland!

Unser erstes Bild ist eine Aufnahme anlässlich einer sich mit der Betreuung der Saarabstimmungsberechtigten im Reich befassenden Besprechung am 20./21. November in Mainz, an welcher der stellv. Leiter des Bundes der Saarvereine, Mittelschulrektor Debusmann, Wuppertal-Elberfeld, der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin, und die einzelnen Landesgruppenleiter des Bundes der Saarvereine teilnahmen.

Berschrärfte Einreise-Kontrolle im Saargebiet

Im Einvernehmen mit der Abstimmungskommission hat die Regierungskommission eine Verordnung bekanntgegeben, die besonders einschneidende Einreiseerschwerungen für die Zeit vom 27. Dezember bis 26. Januar enthält. Mit Ausnahme der Saarländer und der Abstimmungsberechtigten bedürfen für diesen Zeitraum alle Personen zur Einreise ins Saargebiet einer besonderen Genehmigung, die von der Abteilung des Innern erteilt und jederzeit widerrufen werden kann. Diese Einreisegenehmigung ist innerhalb 24 Stunden nach der Einreise der Ortspolizeibehörde vorzulegen.

Sie berechtigt zu wiederholter Einreise in das Saargebiet innerhalb des in dem Genehmigungsvermerk bezeichneten Zeitraumes. Personen, denen die Genehmigung zum vorübergehenden Aufenthalt im Saargebiet erteilt ist, müssen diese Genehmi-

gung vor dem 27. Dezember erneuern. Die erneuerte Genehmigung berechtigt sie zu wiederholter Ein- und Ausreise. Die Gebühr für die Einreisegenehmigung beträgt 20 Franken und kann in begründeten Fällen insbesondere bei Bedürftigkeit der einreisenden Personen, falls ein dringlicher Anlaß zur Einreise vorliegt, erlassen werden. Für außerhalb des Saargebietes wohnhafte abstimmungsberechtigte Personen genügt zur Einreise der Abstimmungsausweis in Verbindung mit dem Einreisepaß. Die Polizeibehörden haben die erforderliche Kontrolle in der Eisenbahn und sonstigen Verkehrsmitteln, in Hotels und Gasthäusern und sonstigen derartigen Unterkunftsstätten vorzunehmen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis zu 750 Franken bestraft. Die Verordnung tritt am 27. Dezember 1934 in Kraft.

532740 Saarabstimmungsberechtigte

107145 Einsprüche ordnungsgemäß erledigt

Die Abstimmungskommission für das Saargebiet hat dem Völkerebundsekretariat einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit im September und Oktober zugehen lassen. Darin wird unter anderem mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Personen am Stichtag des 26. September 1934 532740 betrug, von denen 55794 außerhalb des Gebietes wohnen.

Am 9. November war die Frist für die Erledigung der Einsprüche gegen die Abstimmungsliste abgelaufen. Der Abstimmungskommission standen nach dem Ablauf der Einspruchsfrist dafür nur 14 Tage zur Verfügung. Obwohl nicht weniger als 107145 Einsprüche eingelegt worden sind, hat die Abstimmungskommission diese ungeheure Arbeit in der vorgesehenen Zeit erledigt. Sie ist dabei sogar in eine materielle Erledigung der Einsprüche eingetreten, die völlig unbegründet und auch formal in keiner Weise in Ordnung waren. Die Abstimmungskommission wollte damit den Leuten, die die böswilligen Einsprüche eingelegt hatten, den Wind aus den Segeln nehmen. Man wird der Abstimmungskommission die Anerkennung dafür nicht versagen können, daß sie in der vorgesehenen Zeit mit dieser Arbeit fertig geworden ist.

Interessant ist auch, wie sich die Einsprüche auf die einzelnen Kategorien und die einzelnen Kreise verteilen. Von den 28258 Einsprüchen auf Berechtigung wurden fast alle, nämlich 28210, anerkannt. Von den 32854 Einsprüchen auf Eintragung wurde etwas mehr als die Hälfte, 18540, anerkannt. Von den 46033 Einsprüchen auf Streichung hatten dagegen nur 7217 gleich 15,6 Prozent

Erfolg. Das erklärt sich daraus, daß es sich hier durchweg um die in den Einspruchfabriken von autonomistischer Seite hergestellten Einsprüche handelt. Von diesen entfallen allein auf die Stadt Saarbrücken über 13000 von 80000 Abstimmungsberechtigten und auf den Landkreis Saarbrücken annähernd 10000. Man sieht, mit welcher Großzügigkeit diese Fabriken gearbeitet haben. Die Abstimmungskommission hat also diese offensichtlichen Manöver dankenswerterweise durchkreuzt.

Eingehend und mit deutlicher Kritik erörtert der Bericht die Masseneinsprüche, die von den beiden separatistischen Organisationen „Einheitsfront“ und „Arbeitsgemeinschaft“ gegen die Eintragungen in die Wählerliste erhoben worden sind. Außerdem wird erklärt, die Abstimmungskommission habe bei verschiedenen Gelegenheiten feststellen können, daß die örtlichen Behörden in ihrer Mehrzahl offenkundig Sympathien für die Deutsche Front hätten, daß ihre Arbeit in technischer Hinsicht aber nichtsdestoweniger korrekt und gewissenhaft gewesen sei. Es müsse auch festgestellt werden, daß dort, wo mehrfache Eintragungen derselben Personen vorgekommen seien, diese Personen selbst in vielen Fällen die Berichtigung der Listen verlangt hätten.

Hinsichtlich des Ganges des Abstimmungsfeldzuges wird unter anderem erwähnt, daß wiederholt der Wunsch an die Abstimmungskommission herangebracht worden sei, das Recht zum öffentlichen Auftreten in Wahlversammlungen auf die Abstimmungsberechtigten zu beschränken. Die Abstimmungskommission habe nicht geglaubt, diesem Wunsche entsprechen zu können, schon aus dem formalen Grunde, daß nach den Bestimmungen der Abstimmungsordnung die

Abstimmungsberechtigung jedes einzelnen erst am 17. Dezember endgültig feststehe. Auch habe die Kommission die Tatsache berücksichtigen wollen, daß eine derartige Beschränkung die Redefreiheit zahlreicher Personen beeinträchtigen würde, die zwar nicht abstimmen, aber doch sehr wichtige Interessen an der Zukunft des Saargebiets hätten. Wir haben keinen Grund, an dem guten Willen und der unparteiischen Einstellung der Abstimmungskommission

zu zweifeln. Wir achten deshalb auch ihre Entscheidung über die Redefreiheit solcher Personen, „die sehr wichtige Interessen an der Zukunft des Saargebiets hätten“. Ob man diese Rede- und Handlungsfreiheit aber auch auf die Emigranten ausdehnen muß, erscheint uns angesichts der sehr ansehnlichen Einstellung dieser Elemente demnach anfechtbar. Politische Meinungsfreiheit — ja, aber politische Niederträchtigkeit und Lumperei — nein!

Ueberprüfung der Abstimmungslisten im Saargebiet

Die Abstimmungskommission hat folgende Verordnung, betreffend die amtliche Ueberprüfung der Abstimmungslisten, erlassen:

Artikel 1.

Die Kreisbüros sind ermächtigt, die Listen der Abstimmungsberechtigten zu überprüfen und in folgenden Fällen Streichungen vorzunehmen:

- a) wenn jemand gestorben ist,
- b) wenn jemand am 13. Januar 1935 das Alter von 20 Jahren nicht erreicht haben wird
- c) wenn jemand mehr als einmal in den Listen steht,
- d) wenn jemand entmündigt ist,
- e) wenn jemand in einer Irrenanstalt untergebracht ist,
- f) wenn jemand infolge einer rechtskräftigen Entscheidung, die nicht wegen eines politischen Deliktes erfolgte, der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gegangen ist,
- g) wenn das Stimmrecht einer Person von dem gewöhnlichen Aufenthalt des Vaters, Vormunds oder Ehemanns am 28. Juni 1919 abhängig ist und die Hauptperson infolge eines Einspruchs oder Rekurses gestrichen wird, weil es sich erweist, daß sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt am Stichtag nicht im Saargebiet hatte,
- h) in anderen Fällen, wo es offensichtlich ist, daß jemand wegen Irrtümer hinsichtlich der tatsächlichen Verhältnisse auf die Liste eingetragen wurde.

Artikel 2.

Jede durch Entscheidung der Kreisbüros gemäß Art. 1a angeordnete Streichung muß durch Anschlag an der Gemeindetafel des Hauptorts des Abstimmungsbezirks bekanntgegeben werden. In den in Art. 1, b—h, erwähnten Streichungsfällen sollen die Kreisbüros mittels Einschreibebriefs, der auf nachstehenden Artikel 3 verweisen soll, die betreffende Person oder deren Vormund unverzüglich von der Streichung benachrichtigen.

Artikel 3.

Die kraft Art. 2 benachrichtigte Person kann binnen vier Tagen, vom Zeitpunkt der Aufgabe des Briefs zur Post an gerechnet, ihre Bemerkungen der Abstimmungskommission schriftlich übermitteln und die Ueberprüfung der Streichung von der Kommission verlangen.

Artikel 4.

Wenn es sich um Personen handelt, deren Stimmrecht schon in Behandlung des Obersten Abstimmungsgerichtshofs ist, dürfen die Kreisbüros ohne die Genehmigung des Obersten Abstimmungsgerichtshofs keine Streichung vornehmen; sie sollen dagegen dem Obersten Abstimmungsgerichtshof über die neuen Auskünfte Mitteilung erstatten. In Todesfällen soll jedoch die verstorbene Person gleich von der Liste gestrichen und der Oberste Abstimmungsgerichtshof davon benachrichtigt werden.

Artikel 5.

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Die Saardeutschen Beamten unter Sonderrecht

In Form einer Auflagenachricht für die Saarpresse hat die Regierungskommission auf Ersuchen der Abstimmungskommission eine neue Verordnung erlassen, nach der den Staatsbeamten untersagt ist:

1. in oder für Vereinigungen, die eine Einwirkung auf die Volksabstimmung bezwecken, irgendwelche Parteifunktionen oder irgendeine Agitationsarbeit auszuüben;

2. politische Versammlungen zu veranstalten, zu leiten oder in diesen als Redner aufzutreten;

3. in periodischen oder nichtperiodischen Druckschriften Angelegenheiten der Volksabstimmung zum Gegenstande der Erörterung zu machen. Vertretern von Behörden oder deren Vertretern, die Beamteneigenschaft besitzen, ist die Teilnahme an öffentlichen, aus Anlaß der Volksabstimmung stattfindenden Veranstaltungen verboten, sofern die Teilnahme in der Eigenschaft als Vertreter einer Behörde erfolgt.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafen nicht unter 1000 Franken bestraft. Bei mildernden Umständen tritt Gefängnis nicht unter einer Woche und Geldstrafe nicht unter 500 Franken ein.

Regierung und Abstimmungskommission glauben in ihrer Verordnung ferner darauf hinweisen zu müssen, daß Beamten bei ihrer Betätigung im öffentlich-politischen Leben bereits durch ihr Amt Rücksichten auferlegt sind, die für andere, nicht unter dem Zwang der im öffentlichen Interesse unerlässlichen Disziplin stehende Staatsbürger nicht in Betracht kommen. Außerdem müsse der Beamte in der gegenwärtigen Abstimmungszeit auch bei politisch Andersdenkenden das Vertrauen auf seine Unparteilichkeit erwecken. Dieses Vertrauen sei nicht denkbar, wenn er in den politischen Kampf eingreife oder seine politische Werbearbeit mit zum Gegenstand von Erörterungen und Angriffen auch in der Presse werde. Es sei Pflicht der Abstimmungskommission,

nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß keiner Partei im Saargebiet die Möglichkeit gegeben werde, unter Berufung auf die öffentliche Staatsgewalt politische Ziele zu verfolgen und die öffentliche Meinung zu gewinnen. Dieser Mißbrauch könne nur durch eine Einschränkung des Rechtes der außerdienstlichen politischen Betätigung der Beamten wirksam verhindert werden.

*

Das Ersuchen der Abstimmungskommission um die obige Verordnung geht vielleicht von dem löblichen Willen aus, die Unparteilichkeit aller amtlichen Stellen sicherzustellen. Sie übersieht dabei aber eines, daß auch diese Beamten abstimmungsberechtigt sind und deshalb die Freiheit haben müssen, für ihre politische Ueberzeugung ungehindert einzutreten. Wenn ihr dies durch die angeführte Verordnung verboten ist, dann ergibt sich der mehr als groteske Zustand an der Saar, daß die Beamten der Saarregierung und die Mitglieder der Regierungskommission selbst, obwohl zum übergroßen Teil nicht abstimmungsberechtigt, einseitig in die Abstimmungsvorbereitungen eingreifen dürfen, während die abstimmungsberechtigten deutschen Beamten, die seinerzeit von Preußen bzw. Bayern auf Grund besonderer Abmachungen der Saarregierung zur Verfügung gestellt wurden, sich völlig uninteressiert verhalten hatten. Das ist denn doch etwas viel verlangt. Geradezu undurchführbar aber erscheint ein solches Verlangen, wenn diese selben Beamten, die ja letzten Endes auch die Verantwortung für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung tragen, das Tun und Treiben der Emigranten, Separatisten und Kommunisten beobachten, die gegen das Naturrecht der Saarbevölkerung geradezu wüten. Und gerade diesem Treiben sieht die Saarregierung mit einer Gelassenheit zu, die empören muß. Oder ist den Bestimmungen dieser neuen Verordnung auch die Saarregierung mit ihrem gesamten Beamtenstab unterworfen? Wenn das der Fall ist und die

Saarregierung durch die Verordnung zu unparteiischer Ausübung ihres Amtes veranlaßt wird, dann wird sich die übrige Beamtenschaft des Saargebiets mit der neuen Meinungsbestimmung einverstanden erklären. Andernfalls sollte man der saardeutschen Beamtenschaft nicht zumuten, sich den Anweisungen von Emigranten und Separatisten zu unterwerfen. Auf jeden Fall wird es interessant sein, zu beobachten, ob sich die neue Verordnung auch auf jene Beamten erstrecken wird, die gerade in den ihnen zugewiesenen politischen Stellen stärkstes Aergernis im Saargebiet hervorgerufen: die von dem Präsidenten Knor eingestellten Emigrantenbeamten in der Regierungskommission, die in den Augen der saardeutschen Bevölkerung Dinge mit ihren Amtspflichten zu vereinbaren wußten, die allem anderen als der ihnen auferlegten Neutralität entsprachen. Es sei hierbei nur an die letzte Denkschrift der Deutschen Front erinnert, die über die Spikeltätigkeit gewisser Beamten auf der Polizeidirektion interessante Mitteilungen machte, und über deren Stichhaltigkeit demnächst das neutrale Abstimmungsgericht in dem kommenden Prozeß der Regierungskommission gegen die Führer des Saardeutschtums in aller Gewissenhaftigkeit zu befinden haben wird.

Aufruf der Deutschen Front

Sofort nach Bekanntwerden der neuen Verordnung der Regierungskommission hat der stellvertretende Landesleiter der Deutschen Front, Rietmann, folgenden Aufruf erlassen:

„Die Regierungskommission hat 52 Tage vor der Abstimmung eine neue Verordnung erlassen. Nach dieser Verordnung dürfen mittelbare oder unmittelbare Beamte keine Funktionen mehr innerhalb der Deutschen Front ausüben. Das besagt, daß auf einen Schlag eine Reihe von Ortsgruppen, Zellen usw. führerlos werden. Daraus ergibt sich nun das eine, nämlich dieser Verordnung mit der richtigen Antwort zu begegnen. Diese Antwort lautet:

1. Alle in Frage kommenden Persönlichkeiten ernennen sofort ihren Nachfolger. Diese Ernennung wird bindend für die gesamte Mitgliedschaft. Der von dem Ausscheidenden Ernannte wird sofort, und zwar heute noch der zuständigen Kreisleitung bzw. der Landesleitung mitgeteilt.

2. Die gesamte Mitgliedschaft der von dieser Verfügung betroffenen Ortsgruppen und Zellen hat sich darüber im klaren zu sein, was diese Sofortmaßnahmen im gegenwärtigen Augenblick bedeuten. Es gibt nur eine Schlussfolgerung, die heißt: Uns ist es völlig gleich, wer Ortsgruppen- und Zellenleiter ist. Die Person spielt in dieser neu geschaffenen Situation aber auch gar keine Rolle. Unsere Parole heißt nun erst recht Disziplin und brüderliches Zusammenhalten. Es lebe der 13. Januar und damit das deutsche Vaterland!“

★

An alle durch die neue Verordnung betroffenen Amtswalter erließ der stellvertretende Landesleiter folgenden kurzen Aufruf:

„Kameraden! Ihr müßt ausscheiden. Für eure Arbeit gibt es keinen Dank, sondern nur Pflichten. Die Landesleitung drückt euch die Hand. Schweigt und denkt an unsere gemeinsame Sache.“

Und noch ein Verbot

Der Abstimmungsausschuß hat eine Bekanntmachung erlassen, in der verboten wird, Anschriften, die ein politisches Bekenntnis zur Abstimmung darstellen, an Häusern im Saargebiet anzubringen. Der Abstimmungsausschuß erinnert an einen Artikel seiner Strafbestimmungen, wonach derjenige, welcher durch unerlaubte Mittel eine Person zu bestimmen versucht, zu offenbaren, in welchem Sinne sie abzustimmen gedenkt, mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft wird. Die Abstimmungskommission warnt daher vor derartigen Versuchen; sie behält sich vor, die ihr zur Kenntnis kommenden Fälle der Staatsanwaltschaft des zuständigen Abstimmungsgerichts anzuzeigen.

Was Herr Knor empfiehlt

Beibehaltung des jetzigen Wirtschafts- und Währungssystems Die Saarwirtschaft aber verlangt: Sofortige Deffnung der Zollgrenze

Die Handelskammer zu Saarbrücken hat eine Vollversammlung abgehalten, in der die augenblicklich durch das Clearingsystem und die französische Kreditverweigerung geschaffene Lage sowie die letzte Denkschrift der Handelskammer der Deutschen Front auf Deffnung der saarländisch-deutschen Zollgrenze eingehend erörtert wurde.

Der Handelskammerpräsident Bodo Karcher wies auf die augenblickliche Lage im Saargebiet hin, die so drohend geworden sei, daß mit Planungen und mit Konferenzen nicht mehr geholfen werden könne.

Die einfachste und wirksamste Möglichkeit, der Saarwirtschaft zu helfen, die immer schärfere Kreditnot und die damit zu befürchtenden Folgen in der Versorgung des Saargebiets mit Lebensbedarf und Handelsartikeln aller Art zu beheben, bestehe in der Deffnung der Zollgrenze nach Deutschland. Frankreich habe die moralische Verpflichtung, dem Saargebiet, das gegen seinen Willen der französischen Währung angegliedert worden ist, weiterhin Hilfe zu gewähren.

Der Handelskammerpräsident gab sodann von einer Mitteilung der Regierungskommission Kenntnis, nach der diese auf Grund der Denkschrift der Handelskammer bereit ist, einen gemeinsamen Weg zur Vinderung der Schwierigkeiten durch Deffnung der Zollgrenze zu finden. Die Versammlung nahm Kenntnis von dem Schreiben der Regierungskommission und billigte anschließend einstimmig die Denkschrift der Handelskammer an den Völkerbund.

In der anschließenden Aussprache wurde die Frage der Grenzöffnung im einzelnen erörtert und vertieft. Man war sich klar darüber, daß eine nur teilweise Deffnung der Zollgrenze die augenblicklichen Schwierigkeiten nicht voll beheben könne, daß sie aber andererseits eine Vorbereitung zur wirt-

schaftlichen Umstellung sei. Grundsätzlich war man sich darüber einig, die Initiative der Regierungskommission unter allen Umständen zu unterstützen, wenn man auch nicht verkannte, daß eine grundlegende Bereinigung der augenblicklichen Clearing- und Kredit-schwierigkeiten nötig sei und im Vordergrund allen Handelns stehe. Mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolge die Saarwirtschaft die augenblicklichen Beratungen in Rom zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen und hoffe von ihnen eine den Lebensverhältnissen des Saargebiets gerechtwerdende Lösung.

Die von uns bereits mitgeteilte und auch oben erwähnte Denkschrift der Saarbrücker Handelskammer ist mit einem Begleitschreiben des Präsidenten der Saarregierung dem Völkerbundssekretariat zugeleitet worden. Herr Knor bemerkt u. a., die Regierungskommission habe sich verschiedentlich für Erleichterungen im Verkehrsverkehr eingesetzt, um die Lage zu verbessern, deren Ernst sie nicht verkenne. Die in der Eingabe enthaltenen, darauf bezüglichen Angaben seien auf alle Fälle verfrüht (!), da die Regierungskommission noch nicht die Hoffnung aufgegeben habe, daß eine Besserung erreicht werden könne.

Zweitens sei es richtig, daß die französischen Lieferanten die Handelskredite, die sie normalerweise ihren saarländischen Kunden gewährten, eingestellt haben. Die Regierungskommission habe u. a. in einem Schreiben an das Finanzkomitee des Völkerbundes vom 13. Oktober darauf hingewiesen und dazu bemerkt, daß die beste Abhilfe die wäre, das Vertrauen der ausländischen Gläubiger von Handels-, Bank- und Hypothekarguthaben wiederherzustellen. Das sei besonders notwendig, wenn man bedenke, daß eine der durch den Vertrag vorgesehenen Mög-

lichkeiten der Anschluß des Gebiets an das Deutsche Reich sei und dabei die Transfereschwierigkeiten dieses Landes in Betracht ziehe.

Weiter sei eine der Saarmwirtschaft schädliche angebliche systematische Boykottbewegung gegen die von ausländischen Gläubigern angestrebten öffentlichen Verkäufe von Gebäuden in Szene gesetzt worden. In ihrer Note vom 13. Oktober habe die Saarkommission bereits den Weg für die Beruhigung der saarländischen Gläubiger angedeutet. Sie habe nämlich vorgeschlagen, der Völkerbundsrat möchte eine entsprechende Erklärung abgeben, die festsetzen solle, daß die endgültige Regelung im Saargebiet keinerlei finanzielle Einschränkungen in sich bergen werde und daß besonders die in ausländischen Währungen ausländischer Gläubiger abgeschlossenen Schulden in der im Kontrakt genannten Währung zurückgezahlt werden müßten. Eine derartige Maßnahme würde zweifellos die Gläubiger beruhigen und die saarländische Bevölkerung vor weiteren Kündigungen der Anleihen bewahren. Man dürfe dann annehmen, daß die Saarmwirtschaft nicht länger der ihr nötigen Kredite beraubt werde.

Diesen früheren Anregungen fügt Anoz nunmehr folgenden Vorschlag bei:

Vielleicht könnte der Völkerbundsrat schon jetzt beschließen, daß das gegenwärtige Wirtschafts- und Währungssystem nach der Abstimmung bis zu einem bestimmten Datum, z. B. den 1. April 1935, beibehalten werde. Dadurch würden nach Ansicht der Regierungskommission aller Wahrscheinlichkeit nach die normalen wirtschaftlichen Kredite (Wechsel auf 90 Tage usw.) bis zu diesem Tage gesichert sein. Diese Maßnahme würde, so sagt Anoz, jedoch die ihr vorangehenden Maßnahmen nicht ausschließen, sie würde sie nur vervollständigen.

Was den Vorschlag der Eingabe anlangt, der eine wesentliche Änderung des Wirtschafts- und Zollsystems des Saargebiets vorsieht, bemerkt Anoz lediglich, daß die Regierungskommission sich jedes Kommentars enthalte, jedoch mit Befriedigung jede Ausdehnung der Einfuhrkontingente begrüßen würde, die die wirtschaftliche Lage verbessern könnte.

Knoz letzter Trumpf:

Strafantrag gegen Pirro und Röchling wegen der Denkschrift der Deutschen Front

Der Vorsitzende der Regierungskommission im Saarlände, Anoz, hat gegen die Unterzeichner der Eingabe der Deutschen Front vom 13. November 1934 Strafantrag beim Obersten Abstimmungsgericht wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede gestellt, um wieder einmal seine Emigranten-Beamten und die Separatisten zu decken. Die erwähnten Unterzeichner der Eingabe waren Pirro, Röchling, Kiefer, Levacher und Schmelzer.

In dieser Denkschrift ist bekanntlich an Hand eingehenden Dokumentenmaterials und beigelegter eidesstattlicher Erklärungen nachgewiesen worden, daß die Polizeiorgane der Regierungskommission Spitzel in den Reihen der Deutschen Front unterhalten, ferner daß die Sichtung und Verarbeitung des bei der Deutschen Front beschlagnahmten Materials ausschließlich in Händen böswilliger Elemente, eben der Emigranten, liege, die auch von den Drohbriefen keinen Gebrauch machen, die man von ihresgleichen bei der Deutschen Front beschlagnahmte, und schließlich, daß die Emigranten, so im Emigrantenlager von der Heydt, offen in Putzschüßungen machen.

Herr Anoz hat nun nicht nur auf diese Vorstellungen mit seinem Strafantrag geantwortet, sondern er hat auch von den Zwangsmitteln Gebrauch gemacht, die er sich gegenüber der Saarpresse geschaffen hat. Er hat allen Saarzeitungen eine Auflagenachricht zugehen lassen, die sich über zwei Zeitungsseiten erstreckt. Es wird darin bestritten, daß Beamte der Regierungskommission das beschlagnahmte Aktenmaterial der Deutschen Front unter Bruch des Amtsgeheimnisses und unter Verletzung der ihnen auferlegten Neutralitätspflicht dritten Personen, insbesondere Pressevertretern, zugänglich gemacht hätten. Alle diesbezüglichen Behauptungen, die sich auf die Beamten Heimburger, Rinkel, Lehner und Laurole bezögen, seien falsch.

Dagegen hat die Regierungskommission gegen eine frühere Stenotypistin der Direktion des Inneren, Maria Carstenius, Strafantrag wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses erstattet! Gegen sie sowie gegen die Unterzeichner der in den Tageszeitungen veröffentlichten Eingabe der Deutschen Front vom 13. November 1934 wurde außerdem — so heißt es in der Auflagenachricht — bei dem Obersten Abstimmungsgericht Strafantrag wegen Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede gestellt.

Bestritten wird ferner u. a., daß in einer der zuständigen Behörde nicht bekannten Weise der „Generalanzeiger“ bzw. dessen Geschäftsführer Max Walk mit Schußwaffen versorgt worden sei. Walk habe für drei Geschäftsstellen des Generalanzeigers drei Revolver gekauft und sie ordnungsmäßig bei der Polizei angemeldet.

Neue Beweise dafür, daß auf Seiten der Statusquo-Leute tatsächlich illegale Handlungen begangen werden,

lassen sich sofort beibringen. So konnte man am Hause der Kreisleitung der Deutschen Front in St. Ingbert eine Anschrift

„Auf zum Straßenkampf!“

mit kommunistischen Zeichen lesen. Kürzlich hat ferner eine Versammlung von Funktionären des berüchtigten „Massen-selbstschutzes“ von Saarlouis und Umgebung stattgefunden, die die dunklen und lichtseuen Mächenschaften dieser Elemente wieder grell beleuchtet. Jede Woche sollen im Kreise Saarlouis zwei Demonstrationzüge in Szene gesetzt werden. Den kommunistischen Rednern wurde für die letzten Wochen des Abstimmungskampfes als Richtlinie an die Hand gegeben, daß, „um einen Putz der Deutschen Front abzuwehren“ (!), Barrikaden errichtet, die Straßen aufgerissen, Dachrinnen und Fensterbänke mit mit Steinen gefüllten Eimern versehen werden müssen u. a. m.

So arbeiten die Freunde Frankreichs

Vorbereitungen von Terrorakten gegen Anoz unter falscher Flagge.

In der saardeutschen Presse wird folgende Warnung veröffentlicht:

Gewisse Elemente aus den Kreisen der Emigranten und Margisten, die im Besitz von Mitgliedslisten der Deutschen Front sein sollen, sollen noch vor Beginn der Genfer Verhandlungen Terrorakte gegen den Präsidenten Anoz beabsichtigen. In den fraglichen Kreisen wurde der Plan erörtert, vor dem Sitz des Präsidenten Anoz und vor seiner Privatwohnung einen Ueberfall zu provozieren und die Fenster Scheiben einzuwerfen.

Auf diese Weise hofft man, die aussichtslose Lage, in der sich die Anhänger des Status quo befinden, und die durch die Erklärungen Lavals bestimmt schlechter geworden ist, durch einen Gewaltstreich zu ändern. Man will den Präsidenten Anoz zwingen, im letzten Augenblick noch fremde Truppen ins Saargebiet zu holen. Daß man sich dabei der alten Methode bedienen möchte, Terrorakte der Deutschen Front in die Schuhe zu schieben, entspricht den Erfahrungen, die das Saargebiet im Laufe der Zeit mit diesen Elementen machen mußte. Mit aller Deutlichkeit sei daher nochmals betont, daß die Deutsche Front heute wie immer auf das entschiedenste jeden Versuch einer Gewaltanwendung verurteilt. Herr Präsident Anoz ist auf das, was von der Gegenseite geplant ist, aufmerksam gemacht worden. Die Polizei weiß also, was sie zu tun hat, um vor Ueberraschungen sicher zu sein.

Frankreichs Hochfinanz und Wirtschaft verläßt das Saargebiet

Im Gegensatz zu der unehrlichen und lächerlichen Stimmungsmache der innerhalb und außerhalb des Saargebiets erscheinenden deutschfeindlichen Presse, die vergeblich den Eindruck zu erwecken versucht, als rechneten „weite Kreise“ mit einem Erfolg der französischen Status-quo-Propaganda, beurteilt die französische Hochfinanz den Ausgang der Abstimmung sehr nüchtern und damit sehr richtig.

Die im Saargebiet ansässigen französischen Banken haben deshalb bereits weitgehend praktische Abbaumaßnahmen zum Rückzug aus dem Saargebiet getroffen. Es ist interessant, zu beobachten, daß diejenigen Institute, die ihre Direktiven aus Elsaß-Lothringen erhalten, also Banken mit ihrem Hauptsitz in Straßburg, oder Nancy, lange vor der rein französischen Bank (E. N. C. I.) zu der Erkenntnis kamen, daß das Saargebiet für sie nach dem 13. Januar 1935 verloren sei. Demnach war auch die Reihenfolge der Entscheidungen, die von ihnen getroffen wurden.

Die „Allgemeine Elsassische Bankgesellschaft“, die mehrere deutsche Filialen besaß, machte den Anfang. Schon im April dieses Jahres kündigte sie dem Personal kurz aufeinander, bis auf etwa sechs Angestellte. Die Kündigungen wurden auch aufrechterhalten, obgleich dem Rest des Personals bald darauf eine ungeheure Arbeitsleistung zufiel. In der Reihe der Kündigungen folgen: die Landesbank (Société Nancienne in Nancy) und Kreditanstalt (Crédit Industriel Strasbourg).

Gleichzeitig wurden Kredite nicht mehr erneuert bzw. gekündigt. Die Kreditanstalt ging sogar soweit, mit der Dresdner Bank in Berlin einen Vertrag abzuschließen, wonach die Bank mit dem eigenen Haus an die genannte deutsche Bank für 125 000 RM. übergehen soll, wenn das Saargebiet in das Reich eingegliedert wird. Ein Beauftragter der Dresdner Bank spricht jetzt schon bei wichtigen Entscheidungen mit. Bei der E. N. C. I., der rein französischen Bank, vertrat man bis zu Anfang 1934 den Standpunkt, Frankreich würde das Saargebiet nicht freigeben. Aber bald wurde man anders belehrt, als schlagartig die Kündigungen der Konkurrenz kamen. Man hat zwar dem Personal noch nicht gekündigt, aber man schreibt höfliche Briefe an die Debitoren wegen Rückzahlung der Kredite, man erneuert keine Kredite mehr und, was sehr wesentlich ist, man diskontiert keine saarländischen Papiere mehr, die über den 13. Januar 1935 laufen. Auch hier hat eine verschärfte Kontrolle der Konten eingesetzt. Man weiß

also auch bei der französischen Hochfinanz ganz genau, was aus dem Saargebiet werden wird.

Auch die französischen Firmen gehen mehr und mehr dazu über, der Saarmwirtschaft den üblichen Lieferantenkredit zu entziehen, bei Warenlieferungen Bar- oder Vorauszahlung zu verlangen oder das Zahlungsziel erheblich zu verkürzen. Durch diese Neuorientierung der französischen Kreditpolitik gegenüber dem Saargebiet wird die Lage des saar-deutschen Groß- und Einzelhandels mehr und mehr erschwert.

Der Ausschuß des Schutzvereins für Handel und Gewerbe hat sich nunmehr mit dieser Sachlage beschäftigt und mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß Firmen, die ihre Kreditbedingungen in dieser Weise umstellen, sich selbst als Lieferanten des Saargebiets ausschalten, und zwar ein für allemal. Der Schutzverein wird eine Liste derjenigen französischen Firmen anlegen, die sich dem neuen Verfahren angeschlossen haben. Solange das Saargebiet dem französischen Zollgebiet zugehört, heißt es in dem Bericht über die betreffende Sitzung, habe die französische Wirtschaft nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber der Saarmwirtschaft. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Saargebiet gegen seinen Willen in das französische Zollsystem eingegliedert wurde und daß somit Frankreich die Verantwortung für die Innehaltung der üblichen Lieferantenbedingungen habe, und zwar bis zum letzten Augenblick der Zollvereinigung.

An die Regierungskommission als der für die Warenversorgung des Saargebiets mitverantwortlichen Stelle, richtete der Schutzverein den dringenden Appell, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Gefährdung der Kreditlage sofort behoben wird.

So außerordentlich ernst diese Frage auch ist, sie klärt auch von dieser Seite her die Lage eindeutig und bestätigt, was wir schon früher immer und immer wieder festgestellt haben: Die französischen Saar-Annektionisten — und hierzu gehören gerade auch gewisse Wirtschaftskreise — haben das Saargebiet von Anfang an lediglich als Ausbeutungsobjekt betrachtet. Sie verlassen in dem Augenblick diesen deutschen Boden, wo es für sie keine lohnenden Geschäfte mehr gibt. Ihr Verhalten sagt aber noch ein weiteres: Die französische Wirtschaft hat den Glauben an eine französische Lösung der Saarfrage endgültig aufgegeben!

Eine wichtige Bastion des Saar separatismus erobert!

Die Geldquelle der Hezer und Verräter versiegt

Das Deutschtum an der Saar hat einen doppelt wichtigen Sieg errungen: es gelang ihm, das Hauptorgan der Emigranten und Separatisten, die Wochenzeitschrift „Westland“, durch Mittelsleute zu erwerben und damit in den Besitz von Dokumenten zu gelangen, die einen Teil der Geldgeber der separatistischen und Emigrantenpresse nachweisen. Man wußte ja längst trotz aller Ablehnungen, daß es französische Gelder waren, die den Saar separatismus schufen und förderten; man wußte es, daß diese Gelder allein es waren und sind, die die Beunruhigung an der Saar schufen, die Herr Knox zum Anlaß nimmt, um das Deutschtum systematisch zu verdächtigen und gegen es seine Ausnahme-Maßnahmen zu erlassen. Es ist auch kein Geheimnis, daß über die französische Bergwerksdirektion in Saarbrücken amtliche französische Gelder geflossen sind, um den Saar separatismus künstlich am Leben zu erhalten; es war auch kein Geheimnis, daß die Herren Braun, Balk und Genossen aus der Propagandakasse der französischen Rüstungsindustrie ihre Hezfonds auffüllten, wobei es gleich-

gültig ist, auf welchem Wege diese Gelder schließlich in die Aktionsstellen des Saargebiets flossen.

Jetzt aber weiß man auf Grund der vorgefundenen Unterlagen, „daß die Begründer und Hintermänner der „Neuen Saarpfost“, der — wie sie das Berliner katholische Blatt „Germania“ nennt — berüchtigten separatistischen, sich „katholisch“ nennenden Zeitung in Saarbrücken, Anlaß hatten, auf die finanzielle Unterstützung ausgerechnet des französischen Abgeordneten André Fribourg zu rechnen“.

Auch diese französischen Finanz- und Annektionistenkreise haben eingesehen, daß all ihr Hoffen und all ihr Wühlen keinen Erfolg an der Saar hatten, daß sie ihr Geld vergeblich den Separatisten und Emigranten nachgeworfen haben. Jetzt haben diese französischen Kreise diese Geldquellen mehr und mehr für den Abfluß nach dem Saargebiet abgestoppt, und schon beginnt an der Saar das große Pressesterben des Separatismus. Auch die Wochenzeitschrift „Westland“ war „notleidend“ geworden trotz ihrer „Riesenaufgabe“, die sie

angeblich bisher hatte. Sie war seinerzeit von dem berüchtigten jüdischen Emigranten Thalheimer, früheren Besitzer der „Düsseldorfer Lokalzeitung“, unter dem üblichen Deckmantel eines vorgeschobenen jüdischen Journalisten als Organ für die Hege gegen das nationalsozialistische Deutschland gegründet worden. Thalheimer wird von der deutschen Staatsanwaltschaft wegen Betruges gesucht. Die besonders gehässige Wochenzeitung wurde hinter der deutschen Grenze von Wien bis Amsterdam, weiter in Paris, London, Newyork und auch in Palästina verbreitet.

Während der Verhandlungen wurden Betrugsmanöver mit gefälschten Bilanzen versucht. Dem Schwindler Thalheimer gelang es, im Laufe der betrügerischen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Emigranten und Separatisten, vermittelt gewisser Beziehungen die politische Polizei und die Kriminalpolizei der Regierungskommission des Saargebietes mobilzumachen. Die Polizei wurde sogar gegen die deutschen Käufer eingesetzt.

In der Bevölkerung des Saargebietes, die durch den politischen Wechsel in der Leitung des „Westland“ überrascht wurde, hat dieser Erfolg der Deutschen gegen die Separatisten sich mit größter Schnelligkeit herumgesprochen und überall größte Begeisterung ausgelöst. Das Blatt wird nunmehr überall verkauft, so daß die Auflage im Laufe des ersten Vormittags bereits um das Zehnfache gegenüber der bisherigen Auflage gesteigert werden konnte.

Kleine politische Umschau

Ausländische Polizei.

Separatist Macht unter Kontrolle?

Von gutunterrichteter Seite verlautet, daß man gegenwärtig beabsichtigt, etwas mehr als 100 ausländische Polizeibeamte in die Saarpolizei einzustellen. Von diesen sind bereits acht englische Polizeioffiziere, zwei norwegische sowie ein tschechoslowakischer Polizeimajor mit 25 Polizisten im Saargebiet eingetroffen. Für die nächste Zeit werden ein weiterer Norweger sowie Holländer und Italiener erwartet. Die Schweiz lehnt es nach wie vor grundsätzlich ab, der Saarregierung Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen.

*

Aller Voraussicht nach wird der Emigrantenkommissar Machts in Zukunft nicht mehr nach eigenem Belieben zum öffentlichen Vergernis schalten und walten können, sondern in der Person eines norwegischen Polizeioffiziers einen Vorgesetzten erhalten. Diese Maßnahme erscheint um so dringlicher, als man von Zwischenfällen hört, die sich kürzlich nach einer Kundgebung der Einheitsfront abgespielt haben, bei denen sich Machts in der unglaublichsten Weise verhielt. Nach der Kundgebung kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizeibeamten, wobei zwei Beamte schwer mißhandelt wurden. Zwei verhaftete Kommunisten wurden auf Anweisung von Machts wieder freigelassen.

Elf Chinadeutsche fahren zur Saarabstimmung. Die bevorstehende Abreise von elf Chinadeutschen nach der Heimat zur Teilnahme an der Saarabstimmung gibt der chinesischen Presse Veranlassung, in langen Artikeln die Vaterlandsliebe dieser Deutschen zu preisen. Die Kommentare schließen allgemein mit einem Aufruf an das chinesische Volk, auch in ihren eigenen Angelegenheiten diesem erhebenden Beispiel wahrer Vaterlandsliebe zu folgen.

Die Unhaltbarkeit eines autonomen Saarstaates.

* Die „Neue Saarpst“ läßt sich von ihrem Genfer Berichterstatter angebliche Einzelheiten über den Inhalt der römischen Saarverhandlungen drahten, die — neben der beliebten und nichtswürdigen Beschuldigung der deutschen Vertreter, äußerst aufschlußreiche Zahlen wiedergeben. Die von den ausländischen Gläubigern bei der Rückgabe des Saargebietes geforderten Gelder betragen demnach rund 1,250 Millionen Franken, 2,5 Millionen Dollar, 890 000 Pfund Sterling und etwas über eine Million holländischer Gulden. Das ist die Auslandsschuldung des kleinen Saargebietes, und zwar: 100 Millionen Forderung der elsässischen Eisenbahnen, 12 Millionen Restforderung für den Bau der Zollbahnhöfe, 95 Millionen Privatverficherungen, 350 Millionen Auslandsanleihen, 2,65 Millionen Dollar Auslandsanleihen, 890 000 Pfund Sterling Auslandsanleihen, 1 Million holländischer Gulden Auslandsanleihe, 70—100 Millionen Forderung der elsässischen Banken, 700 Millionen ausländische Investitionen.

Technische Fragen der Saar-Abstimmung

Wie die Regierungskommission des Völkerbundes mitteilt, rechnet sie damit, daß zur Durchführung der Abstimmung ungefähr 860 Wahlbüros erforderlich sein werden, deren Vorsitzende nach Artikel 33 der Wahlordnung keiner der zwei beteiligten Nationen angehören dürfen. Aus praktischen und finanziellen Erwägungen hat die Kommission beschlossen, hauptsächlich Schweizer, Holländer und Luxemburger als Vorsitzende dieser Büros ins Saargebiet kommen zu lassen. Die Abstimmungskommission hat bereits das Nötige vorgekehrt, um eine genügende Anzahl von Herren (rund 900), die vor allem die deutsche Sprache vollkommen beherrschen müssen, und die mit Arbeiten, wie sie ihre Stellung als Vorsitzende mit sich bringen wird, schon vertraut sind, in den drei genannten Ländern zu finden. Was die in Artikel 55 der Abstimmungsordnung aufgeführten, der Abstimmung nachfolgenden Geschäfte der Abstimmungsbüros (Ermittlung des Abstimmungsergebnisses, seine Bekanntmachung usw.) betrifft, so ist die Kommission gegenwärtig damit beschäftigt, hierüber eine Verordnung auszuarbeiten. Im Grundsatz hat sie festgelegt, daß die Zählung der Stimmzettel in Saarbrücken zentralisiert wird.

Diese riesige Schuldenlast, die das Saargebiet allein niemals tilgen kann, wirft ein bezeichnendes Licht auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Saargebietes und die ungeheuerliche Verschuldung in den 15 Jahren der zwangsweisen Trennung vom Reich. Eine vernichtende Kritik des bisherigen Systems im Saargebiet, gleichzeitig aber die beste Propaganda gegen die Beibehaltung dieses Zustandes, den „status quo“. Ein unfreiwilliges Eingeständnis, das ausgerechnet den Befürwortern des Saar separatismus unterlaufen mußte!

* Zwei Hefzschreiber verurteilt. Der verantwortliche Schriftleiter der „Neuen Saarpst“, Hagn, und ein Schriftleiter der separatistischen „Volksstimme“ sind vom Saarbrücker Schöffengericht wegen bewußter Verbreitung von Greuelnachrichten zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Vor einiger Zeit hatten beide Blätter wüste Berichte über angebliche Zerstörungen von Grabsteinen auf dem jüdischen Friedhof in Diefflen gebracht. Feststellungen beim Friedhofswärter ergaben jedoch, daß keinerlei Beschädigungen stattgefunden haben.

Kleine Tages-Chronik

* Ein Ehrentag des Vereins treudeutscher ehemaliger Soldaten und Frontkämpfer Saarbrücken. Am 12. Oktober 1934 konnte der Verein treudeutscher ehemaliger Soldaten und Frontkämpfer Saarbrücken auf sein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Wenn wir einen kurzen Rückblick auf die Entstehung des Vereins zurückwerfen, so darf wohl mit Recht die Behauptung aufgestellt werden, daß der Verein treudeutscher ehemaliger Soldaten und Frontkämpfer Saarbrücken der älteste Verein der Krieger- und Militärvereine der Nachkriegszeit im Saargebiet ist. Der Verein wurde dank der großen aufopferungsvollen Arbeit am 12. Oktober 1924 von dem damaligen Kernstamm der Deutschen Ehrenlegion gebildet und ins Leben gerufen. Nachdem die Deutsche Ehrenlegion, die im Jahre 1920 gegründet wurde, auf Grund einer Verfügung der Regierungskommission verboten und gemäß dieser Anweisung aufgelöst werden mußte, brachten einige Kameraden den Mut und die Tatkraft auf, sich durch persönlichen Einsatz und trotz aller materiellen und finanziellen Schwierigkeiten durchzusetzen, um ihr Werk und das Ziel, welches sie sich gesetzt haben, zur Vollendung zu bringen. Als echte deutsche Männer, beseelt von glühender Vaterlandsliebe, traten sie in den Kampf gegen die Ehr- und Würdelosigkeit, in die das deutsche Volk zu versinken drohte, indem sie auch für die Wiederbehebung der alten ruhmreichen Farben schwarzweißrot, unter denen sie mit tausenden ihrer Kameraden Volk und Heimat in dem großen Ringen geschützt und verteidigt haben, eintraten. Bereits am 17. Juli 1927 konnte die große herrliche Vereinsfahne im Ludwigspark durch den damaligen Kameraden Pfarrer Halke eingeweiht werden. Auf der Vorderseite trägt die Vereinsfahne das Bild der Germania mit Schwert und Siegespalme, den heimkehrenden Krieger begrüßend. W. W.

* **Der Landesverband Saargebiet des Roffhäuserbundes** versammelte zu seinem Herbstappell die Vertreter seiner 387 Vereine im Saale der Wartburg. Der Aufmarsch der 387 Fahnen gewährte ein imposantes Bild. Landesführer Hoos konnte die Anwesenheit von Vertretern der sämtlichen Vereine melden. Dieser letzte Herbstappell vor der Rückgliederung des Saargebietes gestaltete sich zu einer nachhaltigen deutschen Kundgebung, an der im Namen von mehr als 35 000 Kameraden deutsche Männer des Saargebietes bis ins kleinste Dorf hinein beteiligt waren. Kamerad Hoos begrüßte besonders den als Stellvertreter des Bundesführers erschienenen General von Ende vordt sowie den Vertreter der Abstimmungskommission. Der Verlauf des Appells war ein überzeugendes Bekenntnis zum Deutschen Reiche, das denen schrill in die Ohren klingen sollte, die da vermaßen, das Saarland in seiner Treue zum deutschen Vaterland schwankend machen zu können. Der heutige Appell sei, so betonte Kamerad Hoos unter allgemeiner Zustimmung, der Auftakt zur Arbeit der kommenden 55 Tage, die uns noch von der Abstimmung trennen. Hier dürfe es nur ein Ziel geben: heim zu Deutschland, alles für das Vaterland! — Auf ein 60jähriges Bestehen kann hier das Textilgeschäft von Franc Jacob in der Wilhelmstraße zu Burbach zurückblicken. Die Gründung fand im November 1874 statt. Die Firma zählt zu den ältesten Geschäften in dem Stadtteil Burbach, sie erfreut sich in weiten Bürgerkreisen des besten Ansehens.

* **Jägersfreude.** Sein 60jähriges Stiftungsfest feierte hier unser Kriegerverein, der im September 1874 von dem Fabrikanten Schenkelberg gegründet worden ist. Der Verein kann auf ein Stück deutscher Geschichte, deutschen Volkstums und deutscher Treue zurückblicken. Die Nachkriegsjahre brachten das Vereinsleben fast zum Erliegen, die Wiedererstarung des Kriegervereinswesens wurde aber auch hier von den alten Mitgliedern mit großer Genugtuung begrüßt. Die Glieder schlossen sich wieder und mit dem Anschluß an den Roffhäuserbund fand man auch den Rückhalt im Reiche, dem man treu verbunden blieb. — Auf ein von der Festversammlung an den Führer Adolf Hitler gefandenes Ergebenheitstelegramm ist die folgende Antwort eingegangen: „Sehr geehrte Herren! Der Führer und Reichskanzler hat mich beauftragt, Ihnen für die Grüße von Ihrem 60jährigen Stiftungsfest seinen herzlichsten Dank zu übermitteln. Er erwidert die Grüße in treuer kameradschaftlicher Verbundenheit. Heil Hitler! Dr. Meißner.“

* **Sulzbach.** Am 21. November jährte sich zum fünfzigsten Male der Unglückstag, an dem im Jahre 1884 zehn brave Bergknappen im Venischschachte ihren Tod fanden. Infolge Achsenbruchs der Fördermaschine stürzte der mit zwölf Mann besetzte Fahrstuhl in die Tiefe, drei weitere Bergleute wurden von dem herabfallenden Förderseil erfaßt und mit in die Tiefe gerissen. Von den Verunglückten verschieden noch am Tage des Unglücks neun Mann, der zehnte zwei Tage darauf. Die übrigen fünf erlitten schwere Verletzungen. Am 25. Jahrestage des Unglücks fand hier in Sulzbach eine Gedenkfeier statt und in diesem Jahre zum 50. Gedenktag vereinigten sich die Hinterbliebenen zu einer Gedächtnisstunde für ihre im Dienste des Bergmannsberufes gefallenen Väter und Großväter.

* **Köllersbach.** Für die 106 im Weltkrieg Gefallenen aus unserer Gemeinde ist jetzt ein würdiges Krieger-Ehrenmal errichtet worden, das in feierlicher Weise eingeweiht wurde. Unter dem Gesange des Liedes vom guten Kameraden sank die Hülle. Der Vorsitzende der deutschen Kriegsoferversorgung im Saargebiet, Kamerad Baltes, erinnerte an den Tag von Langemark, an dem die deutsche Jugend in den Tod gezogen, ein Vorbild deutscher Treue, dem wir hier nachzuleben hatten. Gott schütze Heimat und Vaterland. Das Denkmal stellt einen deutschen Soldaten auf der Wacht dar.

* **Kerpriehemmersdorf.** Unter allgemeiner Anteilnahme unserer katholischen Gemeinde fand hier die Grundsteinlegung zu unserer neuen katholischen Kirche statt.

* **Saarbrücken.** Adolf Hitler an die ehemaligen Kriegsfreiwilligen des Saargebietes. Bei der kürzlich von der „Vereinigung ehemaliger Kriegsfreiwilliger Deutschlands an der Saar“ in Malsstatt abgehaltenen Langemarkfeier sandten die Festteilnehmer folgendes Huldigungstelegramm an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler: „Die zur Langemarkfeier versammelte Vereinigung ehemaliger Kriegsfreiwilliger Deutschlands an der Saar entbietet dem Führer, ihres Kriegsfreiwilligen Kameraden, deutschen Treuegruß.“ Von dem Führer ging hierauf folgendes Telegramm ein: „Herzlichen Dank für Ihre Treuegrüße, die ich in kameradschaftlicher Verbundenheit erwidere. Adolf Hitler.“

* **Saarbrücken.** „Befreiungsreitturnier 1935“. Die Tätigkeit der erst im Sommer d. J. gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Reiter- und Pferdezuchtvereine des Saargebietes E. B. hat eine schöne Anerkennung dadurch gefunden, daß der Reichsverband für Zucht und Prüfung deutschen Warmbluts in Berlin als Zentralsstelle des deutschen Turnierwesens im nächsten Jahre zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft in Saarbrücken ein

großes Befreiungsreitturnier veranstalten wird. Das Turnier wird alle bisherigen reiterlichen Veranstaltungen des Saargebietes weit übertreffen. An ihm wird u. a. auch die berühmte Kavallerieerschule in Hannover mit ihren auf den großen ausländischen Turnieren in Rom usw. siegreichen deutschen Pferden teilnehmen, so daß das Allerbeste gezeigt werden wird, was deutsche Pferdezeit und Reiterei hervorgebracht hat.

* **Die Grubenverwaltung rechnet mit der Rückgliederung.** Die französische Grubenverwaltung ist augenblicklich dabei, die Bestandsaufnahme aller Grubenhäuser, sowie die Aufnahme des Untertagebetriebes, wie Strecken, Abbauvorrichtungen usw. zu tätigen. Ebenso werden zur Zeit die Einwirkungen der Maschineneinrichtungen auf die Erdoberfläche (Schiefslage) festgestellt. Neuerdings haben die Hauptmagazine die Anweisung bekommen, Bestellungen nur noch auf eine Sicht von höchstens 3 Monaten vorzunehmen. Das ist der sichtbare Beweis dafür, daß die französische Grubenverwaltung ernstlich mit der Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland rechnet. Wenn auf der anderen Seite ein kleines Häuflein Irregeleiteter sich immer noch für den aussichtslosen Statusquo einsetzt, dann kann man diese armen Menschen nur noch bedauern.

Die Toten der Heimat

* **Kammergerichtsrat Dr. Otto Zilleßen, Berlin †.**

In Karlsruh bei Berlin ist am 25. November Herr Kammergerichtsrat Dr. O. Zilleßen im Alter von 64 Jahren gestorben. Nachdem durch Verwaltungsdirektor Vogel im Jahre 1920 in Bielefeld der Bund der Saarvereine gegründet worden war, übernahm er den 1. Vorsitz, den er aber schon nach Jahresfrist niederlegte, um sich von jeglicher öffentlicher Betätigung zurückzuziehen. In der „Saarbrücker Zeitung“ widmet ihm ein Freund einen ehrenvollen Nachruf, in welchem es u. a. heißt:

Die Nachricht wird in weiten Kreisen unserer Bevölkerung aufrichtige Teilnahme erwecken, war doch Dr. Zilleßen in der Zeit seines hiesigen Wirkens eine weithin bekannte und hochgeschätzte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Als Rechtsanwalt gehörte er zu den namhaftesten Vertretern seines Berufes und genoß um seines hervorragenden Könnens willen großes Ansehen und Vertrauen. Sowohl als Zivilrechtler wie als forensischer Verteidiger ist er mit den mannigfaltigen die Rechtslage angehenden Lebensverhältnissen in enger Berührung gewesen und nach vielen Tausenden zählen die Rechtsuchenden, denen er in den langen Jahren seines Hierseins seinen Beistand geliehen hat. Ganz besonders aber ist Dr. Zilleßen in der kommunalen und politischen Öffentlichkeit hervorgetreten. Unvergessen sind die Zeiten, in denen er den Vorsitz im „Bismarckklub der Getreuen“ führte, wie er denn stets da zu finden war, wo es galt, für Vaterland und Heimat einzutreten. Hart traf es ihn, als ihn die Franzosen am 8. April 1919 des Landes verwiesen und ihn der Heimat beraubten, an der er mit ganzer glühender Seele hing. Er hat seine Treue gegen die Vaterscholle besiegeln müssen mit dem Verlust seines gesicherten Daseins, seines ihm ans Herz gewachsenen Berufes, seines gewohnten, ihm so lieb gewordenen Freundeskreises und all der anderen Werte, die die Heimat ihm zu bieten hatte. Ein jahrelanges Umherirren in ungewohnter Fremde und die materielle Erschütterung seiner einst so glänzenden Existenz ist seiner Ausweisung gefolgt, bis endlich der Staat ihn in Würdigung seines hohen beruflichen Könnens an das Kammergericht in Berlin berief. Ob auch von da an in hochangesehener Staatsstellung, hat er doch die Heimat nie vergessen können, und die Wunde, die ihm die angetane Gewalt schlug, ist nie vernarbt. Nun hat er die Augen für immer geschlossen und auf dem Friedhof in Karlsruh bei Berlin seine Ruhestätte gefunden. Es war ihm nicht mehr vergönnt, die Befreiungstunde seiner Heimat zu erleben; ein tüchtiges Leiden hat seinem Leben ein Ziel gesetzt.

Die letzte Kriegsveteranin von 1870 †.

Im hohen Alter von 87 Jahren ist in Altforweiler Frau Magdalena Dolibois, geb. Hens, aus Kleinblittersdorf, gestorben. Mit den Augusttagen von 1870 war die Verstorbene, die damals in Saarbrücken weilte, verbunden, denn sie war unermüdet tätig, den vorüberziehenden Truppen Erfrischungen zu reichen. Als dann aus dem weiten Plan vor dem Spätherer Berge der Kampf seine Opfer forderte, war es Magdalena Dolibois, die der Gefahr nicht achtend sich mit auf das Schlachtfeld wagte, um den Verwundeten Hilfe zu bringen. Für ihr heldenhaftes Verhalten wurde sie mit dem Eisernen Kreuz am schwarz-weißen Bande ausgezeichnet und durch die Verleihung der nach dem Kriege von Kaiser Wilhelm gestifteten Verdienstmedaille geehrt. Als echt deutsche Frau

hat Magdalena Dolibois immer zum deutschen Vaterlande gehalten. Bei dem Tode des Reichspräsidenten von Hindenburg richtete sie an die Angehörigen ein warmes Beileidschreiben, auf das folgende Antwort eintraf:

„Der Herr Reichskanzler läßt für das im Auftrage der Frau Nikolaus Dolibois übermittelte tiefgefühlte Beileid anlässlich des Hinscheidens des Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg zugleich im Namen der Hinterbliebenen des großen Toten seinen herzlichsten Dank aussprechen. Mit deutschem Gruße! Der Reichsminister des Auswärtigen.“

Mit Magdalena Dolibois ist das letzte der heldenmütigen Mädchen dahingeshieden, die in den Augusttagen von 1870 in ihrer Hilfsbereitschaft unter eigener Gefahr ein vorbildliches Beispiel gaben.

Staatl. Maschinenwerkmeister i. R. Philipp Kniebes. Im Alter von 76 Jahren starb am 16. November der Staatl. Maschinenwerkmeister i. R., Hauptmann d. L. a. D., Philipp Kniebes in Saarbrücken. Mit ihm ist ein treuer Sohn der saarländischen Heimat dahingegangen. Der Berewigte war geboren am 23. November 1858 in Dudweiler. Er besuchte zunächst die Volksschule und später die Agl. Provinzialgewerbeschule in Saarbrücken. Er widmete sich dann dem Studium des Maschinenbaues und des Ingenieurwesens. Nach Beendigung der Studien, die in Berlin erfolgten, war Philipp Kniebes an verschiedenen größeren Fabriken und Hüttenwerken als Konstrukteur tätig. Am 1. Januar 1892 wurde er bei der Königl. Berginspektion Friedrichstal als Maschinenwerkmeister angestellt, von dort 1895 nach Camphausen versetzt, wo er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1921 tätig war. Seiner Militärpflicht hatte der Verstorbene beim 4. Garderegiment zu Fuß, damals in Koblenz, genügt. Nach verschiedenen Uebungen wurde er im Jahre 1906 zum Hauptmann d. L. befördert. Als solcher leistete er auch Kriegsdienste im Weltkriege, teils beim Kriegsbekleidungsamt in Koblenz, teils im Gefangenenlager Wahn und Limburg. Zwei seiner Söhne standen im Felde, und zwar als Pionieroffiziere. Beide wurden mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet und kehrten gesund aus dem Felde zurück. — Auch nach seiner Pensionierung widmete sich der Berewigte ganz seiner Heimat und deren Interessen. Längere Zeit war er Vorsitzender des Kriegervereins Fischbach-Camphausen, der unter seiner Führung eine bedeutende Mitgliederzahl erreichte. Ueberall war Philipp Kniebes wegen seiner Aufrichtigkeit und vornehmen Gesinnung, ebenso sehr auch wegen seines Gerechtigkeitssinnes geschätzt. Sein Herz hing mit allen Fasern am deutschen Vaterlande. Sehnsüchtig sah er dem 13. Januar entgegen. Festen Glaubens hoffte er durch seine Stimme mit zum Siege der deutschen Sache beitragen und die Rückkehr seiner engeren Heimat zum deutschen Mutterlande erleben zu können. Vorzeitig hat ihn der Tod nun abberufen. Den schönsten Tag seines Lebens mit Bewußtsein zu erleben, war ihm nicht mehr vergönnt. Die Heimat aber wird den tapferen Kämpfer nicht vergessen.

Saarbrücken: Josef Arend, 51 Jahre; Anna Bender, 87 Jahre; Dr. Wilhelm Köhl, 69 Jahre; Kaufmann Max Haut; Frau Wwe. Hermann Lehmann Ottilie geb. Jacob, 56 Jahre; Albert Knipper, 70 Jahre; Frau Dorothea Josephine Heinz, 56 Jahre; Frau Wwe. Kath. Birkenstock geb. Klein, 60 Jahre; Adam Buschmann, 63 Jahre; Bahnhofsvorsteher i. R. Christian Bläß, 62 Jahre; Hausmeister Jakob Kremb, 62 Jahre; Johann Cartarius, 62 Jahre; Kaufmann Josef Grube, 43 Jahre; Johann Keller, 73 Jahre; Lokomotivführer i. R. Johann Beder, 83 Jahre; Frau Charlotte Merten geb. Stegmann; Heinrich Mergen, 20 Jahre; Frau Maria Käthel geb. Kirt, 54 Jahre; Friedrich Knörr, 72 Jahre; Frau Wwe. Luise Laurent geb. Mida, 67 Jahre; Eisenbahnbetriebssekretär i. R. Robert Beuerle, 79 Jahre; Maschinenwerkmeister i. R. Philipp Kniebes, 76 Jahre; Frau Hermann Levy geb. Weinbach, 85 Jahre; Frau Rosa Kolms geb. Schaidt, 58 Jahre; Frau Kath. Müller geb. Schulz, 85 Jahre; Eisenbahninspektor i. R. Hermann Henning, 70 Jahre. — **Güdingen:** Bezirksforstinspektor Wilhelm Weismüller, 63 Jahre. — **Klarenthal:** Stellwertmeister i. R. Peter Wolf, 61 Jahre; Karoline Mathieu, 65 Jahre. — **Böfllingen:** Kanzleisekretär i. R. Georg Schmidt, 69 Jahre; Dr. Ing. Richard Zech, 34 Jahre; Frau Wwe. Karl Schlauch Maria geb. Taffner, 85 Jahre; Eduard Meyrer, 30 Jahre; Frau Wwe. Friedrich Schmidt Elisabetha geb. Bayer, 77 Jahre. — **Sulzbach:** Frau Wwe. Heinrich Zeh Christiane geb. Wilhelm, 80 Jahre; Küster i. R. Nikolaus Conrad, 76 Jahre; Alwine Grysko, 28 Jahre; Frau Karoline Brenner geb. Heß, 57 Jahre. — **Friedrichsthal:** Frau Joh. Bonner Margarethe geb. Bayer, 54 Jahre; Frau Aloys Uder Hedwig geb. Schäfer, 30 Jahre; Jakob Zeiger, 53 Jahre; Oberbahnassistent i. R. Wilhelm Bösel, 69 Jahre. — **Bildstock:** Frau Wwe. Engel; Frau Wwe. Katharina Hellbrück geb. Lieblang, 73 Jahre; Reinhold Pfeilstücker, 17 Jahre. — **Reisweiler:** Johann Ren, 51 Jahre;

Kaufmann Lorenz Frejen, 55 Jahre. — **Neunkirchen:** pens. Grubenschmied Wilhelm Seibert, 70 Jahre; Hüttenmaurer Caspar Schunath, 71 Jahre; Johann Kennel, 66 Jahre; Constanze Hackspiel, 64 Jahre; Eduard Conrath, 53 Jahre; pens. Hüttenbeamter Jakob Fuhr, 72 Jahre; Frau Joh. Beder geb. Maria Paul, 80 Jahre; Anna Mull, 83 Jahre; Obermeister i. R. Jakob Braun, 80 Jahre; Johann Berger, 50 Jahre; Frau Johanna Jennewein geb. Emich, 38 Jahre. — **Wiebelstirchen:** Frau Erna John geb. Zimmer, 28 Jahre; Frau Louise Volz geb. Wolfanger, 48 Jahre. — **Wellesweiler:** Frau Wwe. Maria Rohrbach geb. Spengler, 88 Jahre. — **Ottweiler:** Klempnermeister Johann Righetini, 68 Jahre. — **St. Wendel:** Frau Regina Erschens geb. Müller, 65 Jahre; Frau Katharina Jakob geb. Schach, 70 Jahre. — **Dillingen:** Matthias Jfkowitsch, 79 Jahre. — **Pachten:** Ober-Lok.-Heizer i. R. Jakob Ferres, 62 Jahre; Frau Wwe. Hil. Fischer Katharina geb. Sander, 66 Jahre. — **Bedingen:** Frau Maria Bottler geb. Reinhard. — **Saarlouis:** M. Irmitruid Schmedt, 35 Jahre, Matthäus Koch, 74 Jahre; Frau Karl Bertinckamp Ottilie geb. Simon, 53 Jahre; Schreinermeister Nikolaus Josef Paquet, 76 Jahre. — **Fraulautern:** Frau Wwe. Mag Horst Julianna geb. Thimmel, 65 Jahre. — **Merzig:** Frau Witwe Matth. Kleber Maria geb. Larusch, 71 Jahre. — **St. Ingbert:** Frau Katharina Stolz geb. Hark, 53 Jahre; Bertha Bassow; Frau Wwe. Anna Schred geb. Kohler, 80 Jahre; Wilhelm Viktor, 59 Jahre. — **Hessel:** pens. Bergmann und Altbürgermeister Valentin Schwerdt, 75 Jahre. — **Mittelbergbach:** Lazarettverwalter a. D. Franz Drankwaller. — **Ritthof:** Frau Wwe. Maria Magdalena Schmitt geb. Wülfing. — **Dudweiler:** Frau Wwe. Sofie Holzschuh geb. Gürtler, 79 Jahre. — **Neufehingen:** Philipp Kraus, 76 Jahre. — **Neuscheidt:** Frau Wwe. Johanna Plambach geb. Trautner, 86 Jahre. — **Naibach:** Martha Wirz, 19 Jahre. — **Griesborn:** pens. Bergmann Peter Bläß, 61 Jahre. — **Rodershausen:** Kaufmann Albert Schneider jun., 28 Jahre. — **Ommersheim:** Frau Christine Lang geb. Berger, 77 Jahre; Obermonteur Heinrich Schaar, 46 Jahre. — **Nahweiler:** Polizeiergeant Felix Biehl, 42 Jahre. — **Brottdorf:** Pensionär Eduard Eckert, 71 Jahre. — **Besseringen:** Ludwin Thiel, 8½ Jahre.

Saarwirtschaft und Saarbergbau

Der deutsch-saarländische Warenverkehr Januar/September 1934.

Wie Frankreich das Saargebiet ausbeutet.

Nichts beweist stärker den Unsinn und die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung des „gegenwärtigen Rechtszustandes im Saargebiet“ (1. Lösung der Saarfrage nach dem Versailler Vertrag!), als die unwiderlegbaren Nachweise des Statistischen Reichsamts über den deutsch-saarländischen Warenverkehr, der auf der einen Seite die ungehinderte zollfreie Ausfuhr der saarländischen Erzeugnisse nach dem Reiche, auf der anderen Seite aber die unter den Kontingentierungs- und Zollmaßnahmen eingeschränkte Einfuhr deutscher Waren ins Saargebiet erkennen läßt. Unter der Auswirkung der inneren Wirtschaftsbelebung infolge der Arbeitsbeschaffung der Reichsregierung erfährt auch der Arbeitsmarkt im Saargebiet eine erfreuliche Belebung, die die Aufwendungen für die Unterstützung der Arbeitslosen wesentlich herabdrückt und damit die Lage der Regierungskommission auch erleichtert. In den Monaten Januar bis September 1934 setzte die Saar-Wirtschaft 18 031 424 dz ihrer Erzeugnisse im Werte von 120 767 000 Reichsmark auf dem deutschen Markte ab. Auf die einzelnen Warengruppen der Statistik verteilt sich diese Ausfuhr des Saargebiets nach dem Reiche wie folgt:

	Wert in RM.
1. Lebende Tiere (206 Stück)	99 000
2. Lebensmittel und Getränke	11 500 dz 313 000
3. Rohstoffe, halbf. Waren	12 546 678 „ 35 667 000
4. Fertige Waren	5 473 246 „ 84 767 000
1934	18 031 424 dz 120 846 000
1933	13 131 196 „ 83 746 000

Gegenüber dem Vorjahre hat somit die saarländische Ausfuhr nach dem Reiche um 4 900 228 dz = 27 Prozent der Menge nach und um 37 100 000 RM. = 44 Prozent dem Werte nach zugenommen. Auf die Ausfuhr unserer Schwerindustrie einschließlich ihrer Nebenprodukte entfallen von der Gesamteinfuhr allein 9 242 727 dz = rund 50 Prozent der Menge und 74 284 000 Reichsmark = rund 60 Prozent dem Werte nach. An Steinkohlen aus den Saargruben bezog das Reich in der

Zeit vom Januar bis September d. J. 8 060 250 dz im Werte von 13 108 000 RM. Damit nahm das Reich rund 10 Prozent der Gesamtförderung der Saargruben in der gleichen Zeit ab.

Schon diese Zahlen allein lassen erkennen, daß der Absatz der saarländischen Erzeugnisse nach dem Reiche der Hauptträger der gesamten Saarländischen Wirtschaft ist, ohne den auch die Arbeiterschaft des Saar-gebiets nicht existenzfähig wäre. Eine Statistik darüber, in welchem Umfange Frankreich seinerseits durch die Abnahme saarländischer Erzeugnisse die Saarländische Wirtschaft stützt, steht leider nicht zur Verfügung. Wir wissen aber, daß in Frankreich eine starke Abneigung gegen die Aufnahme saarländischer Erzeugnisse besteht, und wissen nach französischen Angaben selbst weiter, daß das verhältnismäßig kleine Saar-gebiet in der Reihe der Auslandskunden Frankreich schon an der sechsten Stelle steht und mit seiner Abnahme französischer Erzeugnisse über 100 000 französischen Arbeitern Lohn und Brot verschafft.

Diese überzeugenden Zahlen einmal in die Öffentlichkeit zu bringen, hüten sich die Propagandaeure der sogenannten „Status quo-Lösung“ der Saarfrage wohlweislich, denn sie müßten auch bei dem einfachsten Arbeiter ihr Lügegebäude zum Einsturz bringen.

Im Gegensatz zu der Steigerung der saarländischen Ausfuhr nach dem Reiche stagniert die Einfuhr deutscher Waren ins Saargebiet unter dem französischen Zollzwange erheblich. Diese Einfuhr betrug in den Monaten Januar bis September d. J. zusammen 6 306 473 dz im Werte von 54 160 000 RM.; sie verteilt sich auf die Warengruppen der Reichsstatistik wie folgt:

	dz	im Werte von RM.
1. Lebende Tiere	12 606	1 045 000
2. Lebensmittel, Getränke . . .	141 349	4 808 000
3. Rohstoffe, halbf. Waren . . .	5 801 040	12 797 000
4. Fertige Waren	351 478	35 510 000
1934	6 306 473	54 160 000
1933	5 955 752	60 612 000

Gegenüber dem Vorjahr ist die Einfuhr aus dem Reiche ins Saargebiet mengenmäßig zwar etwas (+ 350 721 dz) gestiegen, wertmäßig ist sie aber um 6 452 000 RM. gesunken. Das Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr im deutsch-saarländischen Warenverkehr ist auf die unnatürliche Zollschranke zurückzuführen, die der Versailler Vertrag zwischen dem Reiche und dem deutschen Saargebiet errichtet hat zum Nutzen Frankreichs. Frankreich beutet dabei das Saargebiet in doppelter Beziehung aus, denn einmal sichert es sich durch die Zollschranke den Absatz seiner Produktion auf dem saarländischen Markt in einem wirtschaftlich nicht gegebenen Umfange und zum anderen ist es auch der Hauptnutznießler der vom Reiche ausgehenden Wirtschaftsbelebung im Saargebiet.

Man kann nicht eindringlich genug auf diese Wirtschaftszahlen der Statistik hinweisen, die eine andere Lösung der Saarfrage als die der Rückgliederung zum Reiche als unmöglich erscheinen lassen. —r.

Die Förderung der Saargruben Januar/September 34.

Die Förderung der Saargruben betrug in den ersten neun Monaten Januar/September d. J. insgesamt 8 350 822 To. Zum Verkauf und Versand gelangten davon 7 360 171 To., der Eigenverbrauch der Gruben betrug 628 029 To., an das Grubenpersonal wurden 216 140 To. Deputatkohlen abgegeben, auf Lieferung an die eigene Koferei und Brikettfabrik gingen 210 135 To. Die Halbenbestände konnten bis Ende September um 117 833 To. verringert werden, sie betrugen an diesem Termin 218 907 To. Für die einzelnen Vierteljahre berechnet verteilt sich die Förderung wie folgt:

	Staatl. Gruben:	Frankenholz:	Gesamtförderung:
Jan./März	2 699 445 To.	109 492 To.	2 808 937 To.
April/Juni	2 631 248 „	95 232 „	2 726 480 „
Juli/Septbr.	2 714 606 „	100 599 „	2 815 385 „
	8 045 299 To.	305 323 To.	8 350 822 To.

Gegenüber den beiden Vorjahren 1932 und 1933 hat sich die Förderung im laufenden Jahre um je rund 700 000 To. gehoben, gegenüber den Jahren 1930 und 1931 ist jedoch ein Rückgang zu verzeichnen, der für das Jahr 1930 die Menge von 1 822 337 To.

umfaßt. Die Zahl der Feierschichten ist etwas zurückgegangen, mit dem Abbau der Belegschaft fährt dagegen die französische Grubenverwaltung fort. In der Zeit Januar/September sind weitere 484 saarländische Bergarbeiter brotlos gemacht worden. Gegenüber dem Belegschaftsstande von Ende September 1926 sind nicht weniger als rund 27 000 Saarbergleute dem Schicksal der Ablegung verfallen. Diese starke Verminderung der Belegschaft bei nur geringen Förderungsschwankungen läßt den unter der französischen Bergwerksverwaltung betriebenen Raubbau in den Saargruben mit erkennen. —r.

Langsame Abnahme der Arbeitslosigkeit im Saargebiet.

* Das Arbeitsamt der Regierungskommission beziffert die Arbeitslosen des Saargebiets zum 7. November mit 32 793, gegen 36 163 am gleichen Vorjahrstermin. Die fast ausschließlich den reichsdeutschen Aufträgen verdankte Konjunkturbesserung drückt sich also in einem Rückgang der Arbeitslosen um etwa 10 Prozent gegenüber der Vorjahrszeit aus. Von den Arbeitslosen entfielen am 7. November auf den Bergbau 6092, Baugewerbe und Bauindustrie 9399, Eisenindustrie 4258, sonstige Fabriken 1484, Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie 655, handwerksmäßige Berufe 2366, Angestellte 1816, verschiedene Berufe 6723.

Saarkundgebung in Neunorf,

veranstaltet vom Verein der Saarländer Neunorf, am Sonntag, dem 28. Oktober 1934, im Yorkville Casino.

In der „Saar-Freund“-Ausgabe vom 1. November dieses Jahres haben wir bereits auf die große Saarkundgebung des Vereins der Saarländer in Neunorf hingewiesen. Wir sind nunmehr im Besitze des künstlerisch schön ausgestatteten Festprogramms, welches auf der ersten Seite die Abbildung der von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ vor Jahresfrist herausgegebenen Werbekarte „Deutsch die Saar immer da“ mit den den Treueschwur leistenden Berg- und Hüttenleuten trägt. Das Programm selbst ist sehr inhaltsreich. Nach dem Einmarsch der Fahnenabordnungen unter Führung des Stahlhelm-Spielmannszuges sprach Fräulein Anna Margarete Lessel den von Frau Ida Stumm-Saarbrücken verfassten Prolog, worauf der Festleiter H. Lehmann die Begrüßungsansprache hielt. Der Männerchor Arion von Brooklyn trug unter Leitung des Dirigenten Leopold Syré die Lieder „Freiheit, die ich meine“ und „Wie's daheim war“ vor. Nach einem Musikvortrag der Stahlhelm-Kapelle Neunorf, unter Leitung des Musikmeisters Ernst Rapsch wurden von der ersten Mädchenklasse Long Island City und vom Turnverein moderne Adagio-Gruppen und akrobatische Vorführungen gezeigt. Der Tenor Carl Priester trug dann die Lieder vor: „Aus der Jugendzeit“ und „Uebers Meer grüß ich Dich mein Heimatland“. Mit dem Badenweiler Marsch schloß der erste Teil des reichhaltigen Programms. — Im zweiten Teil fand in feierlicher Weise die Fahnenweihe statt. Nach Einholen der Fahnen und dem gemeinsamen Gesang des Niederländischen Dankgebets hielt P. Kurz eine Ansprache, worauf die Weihe und Uebergabe der Fahne stattfand. Nach dem Argonnen-Marsch hielt der erste Vorsitzende des Vereins der Saarländer Neunorks, Ph. H. Woll die Festrede, der sich der gemeinsame Gesang des Saarlieses von Hans Maria Lutz anschloß. Es folgte dann ein Lichtbildervortrag „Die deutsche Saar in Wort und Bild“, Vorträge der genannten Männerchöre, die Vorführungen einer Tanzgruppe und das lebende Bild „Der Bergmann, der Hüttenarbeiter und Germania“. Der Große Zapfenstreich bildete den Schluß der machtvollen, eindrucksvollen Kundgebung des Vereins der Saarländer Neunorks.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hatte auch namens des Bundes der Saarvereine ein Begrüßungstelegramm gesandt, worauf folgendes Dankschreiben eingegangen ist: „Für die uns anlässlich unserer Saarkundgebung übersandten Treuegrüße und Glückwünsche danken wir Ihnen herzlichst. Ueber 700 Abstimmberechtigten, die unserer Vereinigung angehören, sehen voll freudiger Hoffnung dem 13. Januar 1935 entgegen. Ihre strahlenden Gesichter zeugen jetzt schon von der kommenden Freiheitssonne und dem stolzen Gefühl der Gewißheit, daß sie nun bald, zusammen mit ihren Lieben daheim das Joch der Knechtschaft abschütteln, und dem Mutterlande erneut angehören“.

werden. Wenn auch fern der Heimat, so sind sie doch eins mit ihren Brüdern und Schwestern jenseits des Meeres. Sie haben auch hier manchen Anfechtungen tapfer standgehalten, und auch zu wiederholten Malen vor aller Welt kundgegeben, wie frevelhaft das Versailles Diktat sündigte, als es dem armen Saarpolk dieses fürchterliche Joch auferlegte. Mit vorbildlicher Treue hängen auch sie an der Heimat und blicken sehnsüchtig und voller Zuversicht zu jenem Tage hin, wenn alle Schranken fallen, denn sie treibt das Heimweh nach der väterlichen Scholle und Vaterland."

Einem uns zugesandten Zeitungsausschnitt aus einer „Neuportker Zeitung“ entnehmen wir noch nachstehende Ausführungen, die unsere Leser in hohem Maße interessieren dürften:

„Während die von Frankreich geleitete marxistische Propaganda für die Beibehaltung des „Status quo“ im Saargebiet trotz aller zur Verfügung gestellten Geldmittel und Aufpeitschung der Anhänger nur negative Ergebnisse in Neuport erzielt hat, gestaltete sich die vom Verein der Saarländer am Sonntag, dem 28. Oktober, ver-



Ph. S. Röll

1. Vorsitzender des Vereins der Saarländer, Neuport.



A. Wenz

Geschäftsführer des D. D. S. Neuport. Organisator der in den U. S. A. und Kanada wohnhaften und abstimmberechtigten Saarländer.

anstaltete Saarkundgebung zu einem einmütigen, glühenden Bekenntnis des Neuportker Deutschtums zur deutschen Saar.

Rund viertausend Personen hatten sich im Yorkville Casino versammelt und füllten den Saal bis auf den allerletzten Platz. Hunderte mußten sich mit Stehplätzen begnügen und andere Hunderte konnten keinen Einlaß mehr finden, da der Saal wegen Ueberfüllung geschlossen werden mußte. Es war dies die Antwort des Deutschtums auf die niedrigen Machenschaften des bestochenen marxistischen Gesindels, das die Kundgebung dadurch zu hintertreiben versucht hatte, daß man dem Verein in letzter Minute den St. Nicholas Palace, der für die Kundgebung gemietet war, genommen hatte.

Organisierte Arbeiter, die in dem genannten Lokal Renovierungen und Umbauten durchführten, hatten mit einem Streik gedroht, falls man den „Faschisten“ den Saal zur Saarkundgebung zur Verfügung stellt, außerdem waren kommunistische und jüdische Kräfte am Werk gewesen, die Kundgebung durch Störungen zu unterbinden.

Schon frohlockte man in den Kreisen der „Anti Nazi Federation“, der „American League against War and Racism“, der „Antifaschistischen Aktion“ und des „Einheitsfront-Komitees für den Status quo an der Saar“, daß man den Saar-Deutschen einen Knüttel zwischen die Beine geworfen habe. In der am Freitag, dem 26. Oktober, stattgefundenen Sitzung der Separatisten-Freunde herrschte Siegestaumel und man beschloß, den St. Nicholas Palace nun selbst für eine „Saarkundgebung“ zu mieten. Jedoch, wie üblich, fiel der Plan ins Wasser, weil man keine Massen für diese Kundgebung aufreiben konnte.

Inzwischen hatte der Verein der Saarländer kurz entschlossen das Yorkville Casino gemietet und durch Ueberklebung der Plakate und Neuaussendung von Flugblättern den Strom der Teilnehmer nach Yorkville geleitet.

Die Kommunisten beantworteten diesen Schritt damit, daß sie im „Arbeiter“ und „Daily Worker“ zu einer Massen-Gegenkundgebung vor dem Yorkville Casino aufriefen, doch bereitete die Polizei diesen Plänen ein schnelles Ende.

So begnügte man sich damit, Deutsche, die von der Umlegung der Veranstaltung nichts gewußt hatten und nach dem St. Nicholas Palace gekommen waren, zu schikanieren und anzupöbeln. Indessen

jorgte auch hier die Polizei und der Ordnungsdienst des Bundes dafür, daß es zu keinen ernstlichen Ausschreitungen kam. Mit schußbereitem Revolver hielt der Neuportker D. D. Führer Haubner die geifernde Menge in Schach, als ein gemieteter Omnibus die letzten Teilnehmer nach dem Casino brachte.

Als einige Stunden später dann auch noch der Versuch, vom Dach des Casino aus Stinkbomben in den Saal zu werfen, gescheitert war, gaben die Kommunisten den Kampf, der ihnen so viele Niederlagen eingebracht hatte, auf; die Saarkundgebung des Deutschtums aber nahm ihren programmäßigen Verlauf. In einem Telegramm an den Führer und Volkskanzler Hitler hieß es:

„Viertausend im Yorkville Casino versammelte Saarländer und Deutsch-Amerikaner gedenken in Treue der alten Heimat und ersehnen mit den Volksgenossen des Reiches die Rückkehr des Saarlandes zum Mutterland!“

Damit hat das Deutschtum Neuports dokumentiert, daß es im Kampf um die deutsche Saar in Treue fest auf Seiten der Saarländer und der alten Heimat steht und für die jüdisch-marxistischen Machenschaften des Status quo-Klüngels nur ein verächtliches Lächeln übrig hat.

Auch in Neuport ist eine „Deutsche Front“ entstanden, an der die feindliche Haß- und Lügenpropaganda zer-schellen wird.“

* Die Saarländer in Chicago an ihre Brüder im Saargebiet.

Aus allen Teilen der Welt, wo deutsche Volksgenossen leben, kommen in diesen Wochen des letzten Entscheidungskampfes um die deutsche Saar Kundgebungen der einmütigen Treue, die beweisen, daß es hier nur eine Meinung gibt. Die im Ausland versprengt lebenden Saarländer halten treu zu ihrer deutschen Heimat und bekennen sich stolz und aufrecht zu ihrer Pflicht. So hat der Saarländerverein für Chicago und den Mittelwesten der Vereinigten Staaten folgende Entschliekung gefaßt: „Die zahlreich versammelten abstimmberechtigten Mitglieder des Saarländervereins für Chicago und dem Mittelwesten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, versammelt in der Lincoln-Turnhalle in Chicago, senden ihren Brüdern an der Saar einen herzlichen Deutschen Gruß mit folgendem feierlichen Gelöbnis: Wir Saarländer beschwören feierlichst, auch den letzten Abstimmungs-berechtigten am 13. Januar 1935 zur Wahlurne nach drüben mitzubringen. Brüder an der Saar, seid versichert, auch wir zählen die Tage, bis unsere Lieben drüben vom welschen Joch befreit sind und die deutsche Flagge wieder in unserer alten, nie vergessenen Heimat weht. Alles, was in unseren Kräften steht, soll freudig der guten Sache, die auch unsere Herzenssache ist, geopfert werden. Wir wollen und werden geschlossen wie ein Mann in Euren Reihen sein, wenn am 14. Januar 1935 die Glocken die Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterland verkünden. Brüder an der Saar! Die Augen der ganzen Welt sind auf Euch gerichtet, zeigt dieser Welt, daß deutsch ist die Saar immerdar. Mit Deutschem Gruß, Glückauf! — Die Saarländer von Chicago und dem Mittelwesten von USA. — J. A. Joseph Marlin.“

Vom Bunde der Saarvereine

* Die Saarkundgebung in Lübeck, am 30. November 1934,

abends 8 Uhr, im Hause der Deutschen Arbeitsfront, veranstaltet von der außerordentlich rührigen und tätigen Ortsgruppe Lübeck, hat in jeder Beziehung einen erhebenden und wirkungsvollen Verlauf genommen. Die Bevölkerung Lübecks hat durch Massenbeteiligung erwiesen, welch großes Interesse auch sie der Saarkfrage entgegenbringt. Nach dem Einzug der Fahnen ergriff der Leiter der Ortsgruppe Lübeck, Herr Hauptmann a. D. Ruppe zur Begrüßungsansprache das Wort, in dem er allen Erschienenen ein herzliches Willkommen zurief. Der volle Saal zeige, daß der Appell der Lübecker Ortsgruppe in Lübeck nicht verhallt sei, und daß Lübecks Bevölkerung sich der außerordentlichen Tragweite der bevorstehenden Ereignisse an der Saar bewußt sei. Er begrüßte die Vertreter der Behörden, des Reiches und der Stadt Lübeck, der Parteiorganisationen, Vereine und Verbände und stellte mit Freude und Befriedigung fest, daß Vertreter der gesamten Bevölkerung Lübecks anwesend seien, um ein Bekenntnis zur Saar abzulegen. Einen unter den Erschienenen müsse er besonders willkommen heißen, den heutigen Redner, den Gründer des Bundes der Saarvereine und Leiter der Geschäftsstelle „Saarverein“, Verwaltungsdirektor Theodor Vogel. Er sei einer der Vorkämpfer für unsere Heimat, der als einer der ersten seiner treudeutschen Gesinnung wegen aus Saarbrücken ausgewiesen worden sei, er sei der Mann, der im Kampf um die Saar seine Lebensaufgabe erfüllt habe. Im gelte sein besonderer Willkommengruß.

Nach einem sehr gut vorgetragenen Prolog des Oberspiel-leiters Ludwig vom Stadttheater Lübeck und vortrefflichen Gesangsvorträgen der Ortsgruppe Lübeck des Deutschen Sängerbundes, trat ein Sprechchor in wirkungsvoller Weise auf. Musikstücke von der trefflichen Kapelle des Regiments Lübeck umrahmten

das schöne Programm. Die Hauptansprache hielt Verwaltungsdirektor Th. Vogel, der in großen Zügen auf die landschaftlichen Schönheiten, die wirtschaftliche Bedeutung, die ferndeutsche Geschichte hinwies und immer wieder die treuwaterländische Gesinnung der Saarbevölkerung während der 1000jährigen Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande unterstrich. Er schilderte dann die derzeitigen politischen Verhältnisse im Saargebiet unter der Saarregierungscommission, indem er auf die Frage des „Status quo“, wie sie von Barthou gewünscht war, und wie sie von separatistischen Verrätern verfälscht werde, näher einging. Status quo bedeute nach den Bestimmungen des Saarstatutes die Beibehaltung des jetzigen Zustandes; durch Vorgespiegelung eines selbständigen staatenähnlichen Gebildes wolle man Stimmen für die Lösung bei der Abstimmung fangen, damit das Saargebiet endgültig von Deutschland abgetrennt werde. Im Saargebiet wisse man aber wohl, daß dieser Status quo nur eine Verlängerung der jetzigen Not und Schwierigkeiten an der Saar



Der Leiter der Ortsgruppe Lübeck,
Hauptmann a. D. Ruppe.

Leiter der Geschäftsstelle
„Saarverein“ Berlin,
Verwaltungsdirektor Th. Vogel.

bedeute und eine verschleierte Annexion der französischen Forderung in Versailles sei. Der Status quo sei aber auch tatsächlich unmöglich, denn das Saargebiet könne ohne Deutschland nicht bestehen.

Die Entwicklung der Dinge scheine zu beweisen, daß die Verhältnisse zwangsläufig über Saboteure und Rechtsbrecher hinweggehen würden. Unter Barthou habe Frankreich seine Politik geändert; es spreche nicht mehr von einer französischen Saarlösung, sondern vom „Status quo“. Zur Propagierung dieser These an der Saar bediene es sich der Separatisten und Emigranten. Auf deren Tätigkeit, die vor Gewalttaten nicht zurückschrecke, müsse man scharf Obacht haben, was die Tatsache der unberechtigten Masseneinsprüche gegen die Abstimmungslisten bewiesen habe. In französischen staatsmännischen und politischen Kreisen sei — das dürfe man ohne Bedenken falscher Hoffnungen behaupten — in den letzten 14 Tagen ein Umschwung der Meinungen eingetreten. Es solle nicht untersucht werden, worauf das zurückzuführen sei. Auf jeden Fall habe auch hier die unerlöschliche einmütige deutsche Haltung der Saarbevölkerung die Grundlage für all diese neuen Erwägungen abgegeben. Vielleicht seien die Aufpeitschungen der annexionsistischen Leidenschaften, der separatistischen Knechtseligkeit sowie die Drohung mit dem französischen Einmarsch die letzten Versuche gewesen, das treu-deutsche Saarvolk zu erschüttern. Es habe auch dieses letzte Trommelfeuer ebenso selbstbeherrscht und siegreich überstanden, wie die saar-deutschen Frontkämpfer des Weltkrieges so manches Trommelfeuer an den Fronten überstanden hätten, und letzten Endes siege doch die Treue, die dem Saargebiet 1815 die Freiheit gegeben, die Treue, die im Jahre 1925 die französischen Annexionshoffnungen an der Saar zertrümmert, die Treue, die sich in den tausend Schlachten des 15jährigen Abstimmungskampfes bis auf den heutigen Tag so eindeutig bewährt habe. Der Kampf sei noch nicht entschieden und der Endsieg noch nicht errungen. Noch müsse Angriff werde abzuschlagen sein, an der Saar wisse man aber, daß die Prüfungszeit jetzt mit Riesenschritten ihrem Ende entgegengehe. Am 13. Januar werde sich die Wahrheit über das Saargebiet erweisen, und für jeden, auch für den, der heute noch der Fährne des Verrats, der Verhehlung, der Verleumdung und der Volksvergiftung folge, stehe heute das Ergebnis dieses Sturmes gegen den Versailler Saarbetrug fest.

Redner erntete für seinen Vortrag stürmischen Beifall, viele Zuhörer dankten ihm noch persönlich für seine interessanten Aus-

führungen. Das Schlusswort sprach Hauptmann a. D. Ruppe, in dem er den Erschienenen nochmals für das warme Interesse dankte und auf unser liebes Vaterland und den Führer und Volkstanzler Adolf Hitler ein begeistertes Sieg-Heil aussprach. Das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied, mit großer Begeisterung gesungen, schloß die erhebende Saarfundgebung.

* Im NS. Deutschen Frontkämpfer-Bund (Stahlhelm), Landesverband Preußen, Königsberg i. Pr., hielt am 26. November anlässlich des Kreisappells in der Bürgerressource vor mehreren Hunderten von Stahlhelmern der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, der Stahlhelmer Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin, einen mit aufmerksamem Interesse und stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Der deutsche Saarfreiheitskampf“. Einleitend wies er darauf hin, daß jeder Deutsche zur Teilnahme und Mitarbeit zum Beweise wirklicher deutscher Schicksalsgemeinschaft verpflichtet sei, um den Abstimmungstag für das Saargebiet, den 13. Januar 1935, zu einem gemeinsamen Bekenntnis der großen deutschen Volksgemeinschaft werden zu lassen. Dieser Aufruf gehe auch jeden Stahlhelmer an, der in erster Linie Mitarbeiter und Mitkämpfer sein müsse. Stahlhelmer seien es gewesen, die der Saarfrage immer besonderes Interesse entgegengebracht hätten. Wer Stahlhelmegeist im Herzen trage, der wisse die Bedeutung der ganzen Saarfrage zu würdigen, und der Bund der Saarvereine, aber auch die Saargebietsbevölkerung selbst seien stolz und dankbar für die kameradschaftliche Stahlhelm-Mitarbeit. Die Saarfrage stehe, so führte er u. a. aus, heute im Vordergrund des politischen Interesses. Das verhältnismäßig kleine Saargebiet mit seiner rein deutschen Bevölkerung hätte es sich wohl niemals träumen lassen, daß es einmal so Mittelpunkt und Streitobjekt in der großen Welt der europäischen Politik und gewissermaßen europäische Bedeutung erlangen würde. Die Saarfrage sei ein Produkt von Versailles, in der Kriegs- und Sieges-Hypnose, die wenig Raum gab zu besonnenen Überlegungen, geboren. Ueber tausend Jahre zeuge die Geschichte von der Zugehörigkeit des Saargebiets zum Reiche. Von 1815 bis 1914, also ein volles Jahrhundert, habe das Saargebiet in ruhiger Entwicklung seinen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Daß hier an der Saar ein rein deutsches Land mit einer rein deutschen Bevölkerung war und ist, daran habe bis zu den sogenannten Friedensverhandlungen 1918—1919 kein Mensch gezweifelt. Es sei als eine historische Tatsache längst erwiesen, daß sich der Präsident Wilson bei den Vorfriedensverhandlungen nur durch die Lüge von den 150000 Saarfranzosen habe bewegen lassen, der vorübergehenden Lostrennung des Saargebiets vom Reiche zuzustimmen, ein Beschluß, den er hinterher selbst lebhaft als ein Unrecht empfunden und bedauert habe. Es sei weiterhin als eine historische Tatsache längst erwiesen, daß die Behauptung, im Saargebiet lebten 150000 Saarfranzosen, die das Saarland wieder mit Frankreich vereinigt wissen wollten, eine Lüge war. Frankreich werde seit Jahren öffentlich dieser Lüge geziehen, ohne daß es jemals offiziell gewagt habe, diesen Vorwurf der Lüge zu entkräften. Das Saarland sei unter einer angeblich neutralen treuhänderischen Regierung von Landfremden all die 15 Jahre bis heute entrechtet und geknechtet worden. Alle Welt habe aber auch gesehen, daß die deutsche Saarbevölkerung in all den 15 Jahren trotz Entrechtung und Knechtung in ihrer Treue zum Reiche nicht wankend gemacht werden könnte. Frankreich propagiere jetzt offiziell und inoffiziell nur die zweite Lösung: Den „status quo“. Den Völkerbund wollte man dazu veranlassen, ein möglichst verlockendes Gebilde des sogenannten „status quo“ zu konstruieren, um Abstimmungsberechtigte für diese Lösung einzufangen, besonders auch mit Hilfe der französischen Bergwerksdirektion, die ganz offenkundig einen höchst unmoralischen Druck auf die Saarbergleute ausübt, um sie für die separatistischen Organisationen zu erpressen. Die inoffizielle Propaganda werde von der separatistischen Presse in ihrem Klüngel in ganz schamloser Weise getrieben. Für das gesamte Saarvolk in seiner großen Mehrheit käme nur die dritte Lösung in Frage: Die Wiedervereinigung mit dem Reiche.

* Im NS. Deutschen Frontkämpfer-Bund (Stahlhelm) Gruppe Gneisenau, Berlin, hielt am Donnerstag, dem 15. November, der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Th. Vogel, einen Lichtbildervortrag über das deutsche Saargebiet. Nach eingehender Schilderung des deutschen Freiheitskampfes an der Saar und all der Mühe und Leiden, die durch das Versailler Diktat dem deutschen Saarvolk auferlegt worden sind, gab er ein getreues Bild von all dem, was sich in den 15 Jahren an der Saar abgespielt hat. Er erinnerte kurz an die Zeit der militärischen Besetzung nach dem Zusammenbruch und an die Uebergriffe, die sich das Militär während dieser Zeit hatte zuschulden kommen lassen. Er nannte all das ein Denkmal der Schmach und Schande, das sich Frankreich im Saargebiet wie am Rhein, an der Ruhr und in der Pfalz gesetzt habe.

An der Hand von wohl gelungenen Lichtbildern schilderte er dann die geographische Lage, die Geschichte und die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes, um zum Schluß an markanten Bildern die Tätigkeit der Saarregierungs-kommission einer scharfen Kritik zu unterziehen. Die in überaus großer Anzahl erschienenen Stahlhelmer folgten den Ausführungen mit ganz besonderem Interesse und dankten dem Redner durch ein dreimaliges Frontheil!

* **Ortsgruppe Berlin.** Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, dem 5. Dezember 1934, abends 8 Uhr, in der Singakademie ein Konzert mit Vorträgen und Deklamationen zu Ehren des saardeutschen Volkes, insbesondere der Saarabstimmungsberechtigten, unter Leitung des Herrn Albert Köller stattfinden wird. Mitwirkende sind: Marianne Brugger, Sopran (Saarländerin), Fritz Soot, Kammer Sänger (Saarländer), Heinrich Kraft, Orgel, Fritz Neumeyer, Klavier (Saarländer), Theodor Vogel, Verwaltungsdirektor (Saarländer), Richard Hellwig, Vorsitzender des Berliner Saarvereins (Saarländer), Karl Stummhellig und Hermann Winkelsträter (Saarländer), Vorstandsmitglieder des Saarvereins, Viktoria Frauenchor (Musikalische Arbeitsgemeinschaft des Viktoria-Oberlyzeums, Chor der Ehemaligen und Schulchor, 250 Sängerinnen). Orchester: Bundesorchester des Kyffhäuserbundes. Die Konzerte Albert Köllers haben sich in Berlin bereits einen Namen gemacht. Das diesmalige hat noch eine besondere vaterländische Bedeutung, denn es ist das letzte dieser Art vor der Abstimmung; es soll gleichfalls dazu beitragen, auf die Bedeutung des 13. Januar hinzuweisen. Wir halten es für selbstverständlich, daß jeder Saardeutsche hierzu erscheint. Karten zum Preise von 0,75 Mk. bis 1,50 Mk. sind in der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und an der Abendkasse zu haben.

* **Die Ortsgruppe Stettin** hielt am Mittwoch, dem 7. d. M. im „Parkhaus“ — das Stammlokal „Landsnecht“ ist inzwischen zu klein geworden — eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zahlreich waren die Mitglieder und Abstimmungsberechtigten erschienen. Landesgruppen- und Ortsgruppenleiter Fritz Herrmann gab den Anwesenden einen Überblick über die zur Zeit bestehenden Verhältnisse im Saargebiet, wie auch über die Anweisungen betreffs der Heimreise zur Saarabstimmung. In der regen Aussprache, die sich insbesondere mit der Rückreise und der Abstimmung befaßte, konnten manche Unklarheiten durch die anwesenden Gau-Abstimmungsobmänner, Landsmann Kleber und Landsmann Müller, richtiggestellt und den Mitgliedern die nötige Aufklärung gegeben werden. Auch diese Versammlung zeigte die besondere Aktivität der Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine und auch das große Interesse, das die Mitglieder der nationalen Mission des Saarvolkes entgegenbringen. — Der Verein beteiligte sich am Sonntag, dem 5. November, an einem gut gelungenen Trachtenumzug des Schlesier-Vereins durch die Straßen der pommerischen Hauptstadt Stettin. Zwölf Bergleute in Uniform unter Führung eines Steigers und eine starke Mitgliederzahl sorgten dafür, daß man der Saar bei diesem Umzug die nötige Beachtung schenkte. Der Umzug, bei dem entsprechende Transparente mitgeführt wurden, war ein großer Erfolg für die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine, um so mehr, als den Stettinern Bergleute in Uniform fremd waren. (Siehe Bild auf dem Umschlag der vorliegenden Nummer.) Bei der Feier im Anschluß an den Umzug durften die Saar-Bergleute als erste in den Saal einmarschieren. Sie ernteten durch ihr exaktes, korrektes und schneidiges Auftreten großen Beifall. Der Landesgruppenleiter, gleichzeitig Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine, Fritz Herrmann, machte in kurzen Worten den versammelten Schlesiern und Pommer die heutige Stellung des Saargebietes klar.

* **Eine Versammlung der Saarobleute für Pommern, Mecklenburg, Danzig, Ostpreußen, Kurmark** hatte der Landesgruppenleiter Fritz Herrmann, Stettin, im Anschluß an die große Saar-Kundgebung in Frankfurt/Oder am 11. d. M. nach Frankfurt/Oder einberufen. Die stark besuchte Versammlung war erfüllt von dem Geist der Heimat und durch die Anwesenheit des stellv. Bundesleiters Debusman und des Verwaltungsdirektors Vogel, Berlin, besonders ausgezeichnet. Nach der kurzen Eröffnungs- und Begrüßungsrede durch den Landesgruppenleiter des Bundes der Saarvereine Landsmann Fritz Herrmann entwickelte Verwaltungsdirektor Vogel in längeren Ausführungen die zur Zeit bestehenden Bestimmungen betreffs der Heimreise. Seine Ausführungen schufen viel Klarheit und gaben auch zu manchen Rückfragen Anlaß. Der stellv. Bundesleiter Debusman erinnerte in seinem Schlußwort an die Pflicht eines jeden Deutschen, für das Vaterland einzustehen und vor allen Dingen an die Pflicht aller im Abstimmungskampf Stehender, sich voll und ganz für die Heimat einzusetzen. Jeder, der Pflichten übernommen hat, hat als Saardeutscher besondere Pflichten übernommen. Die besondere Verantwortung

in der Verpflichtung als Saar-Abstimmungsobmann kann nicht ernst genug betrachtet werden.

* **Die Landesgruppe Hessen und Hessen-Nassau** hielt am 25. November in Frankfurt (Main) eine Tagung ab. Der Landesgruppenleiter, Postamtman Hugo Anschütz, sprach zuerst über die getroffenen Vorbereitungen zur Beförderung der im Reiche vorhandenen Abstimmungsberechtigten nach dem Saargebiet. Für die Beförderung der Abstimmungsberechtigten zu den Zügen, für die Unterbringung der Kinder, der Kranken usw. wurde bestens gesorgt werden. Dann kam Herr Anschütz auf die separatistischen Machenschaften, auf Streichung Abstimmungsberechtigter zu sprechen. Er teilte mit, daß über 90 % der separatistischen Einsprüche verworfen worden wären. Die Separatisten wären aber schon wieder am Werk, um Rekurs beim Abstimmungsgericht gegen Eintragungen in die Abstimmungslisten einzulegen. Sollte ein Abstimmungsberechtigter einen solchen Rekurs erhalten, dann müsse er innerhalb 4 Tagen Widerspruch dagegen erheben. Er solle sich sofort an seinen zuständigen Saarobmann wenden. Wo der Obmann nicht bekannt wäre, solle er sich an Herrn Anschütz wenden: Telegraphenamt Frankfurt (Main), Zeil 106, Fernsprecher 20 026, Nebenstelle 372. Dann teilte Herr Anschütz mit, daß Sonntag, den 9. Dezember, nachmittags 4½ Uhr, im Hippodrom in Frankfurt (Main) ein letzter Appell an die Abstimmungsberechtigten in Hessen und Hessen-Nassau stattfinden würde, verbunden mit einer großen Saarkundgebung. Es würden sprechen Reichsstatthalter und Gauleiter Sprenger, Landeskirchenrat Dürrfeld, Bad Pyrmont (geborener Saarländer) und er selbst. Er hoffe, daß sich die Bevölkerung von Hessen und Hessen-Nassau zahlreich an der Kundgebung beteilige.

* **Die Ortsgruppe Düsseldorf** hielt am 18. November 1934 im Vereinslokal, Restaurant „Rheinhof“, eine gut besuchte Monatsversammlung ab; anwesend waren etwa 350 Mitglieder und Gäste. Der stellv. Ortsgruppenleiter, Werklehrer Petri, machte nach herzlicher Begrüßung der Erschienenen aufmerksam auf die 15jährige Wiederkehr des Tages der Gründung der Ortsgruppe Düsseldorf (19. 11. 19) und gab einen geschichtlichen Rückblick auf die Tätigkeit der Ortsgruppe im Bund der Saarvereine während dieser 15 Jahre. Herr Direktor Moser, einer der Gründer der Ortsgruppe und ihr erster Vorsitzender, berichtete über interessante Einzelheiten aus der Gründungszeit und betonte, daß die Ortsgruppe Düsseldorf zu den ältesten Ortsgruppen im Bunde der Saarvereine und somit zu den „alten Kämpfern“ in der Saarvereinsbewegung zur Befreiung unserer Saarheimat gehört. Nachdem das Saarlied verklungen war und Herr Otting zwei Saargedichte wirksam zum Vortrag gebracht hatte, gedachte der Versammlungsleiter in einem tiefempfundenen Nachruf des „saarländischen Schlageter“ Jakob Johannes, der am 20. Oktober 1919 sein junges Leben unter den französischen Mörderkugeln der Saarheimat zum Opfer brachte. Die Anwesenden weihen ihm ein stilles Gedenken.

* **Die Ortsgruppe Bielefeld** veranstaltete am 17. November im Restaurant „Kyffhäuser“ eine Saarkundgebung. Mit einem schwungvollen Marsch leitete die HJ-Kapelle den Abend ein. Nach einer Eröffnungsansprache des Ortsgruppenleiters Wittmann nahm Herr Kreiskulturwart Wilke das Wort und überbrachte die Grüße der Kreisleitung. Schülerinnen des Lyzeums brachten danach das symbolische Wort „Das deutsche Herz an der Saar“ zur Aufführung, das auf alle Teilnehmer einen tiefen Eindruck machte. Dann nahm als Vertreter des Bundes der Saarvereine Herr Dr. Schue-Münster, das Wort und schilderte in packender Sprache, was an der Saar vorgeht und was auf dem Spiele steht. Der Männergesangsverein „Deutscher Sängerkreis“ trug zur Verschönerung der Veranstaltung durch den Vortrag von zwei vaterländischen Liedern bei. Zum Schluß des Abends brachte Herr Wilke noch ein Sieg-Heil auf Deutschland und das deutsche Saarland aus.

* **Der Saarverein Hamburg** veranstaltete am 27. Oktober im Haus der Deutschen Arbeit einen Saarheimatabend der Mitglieder und Saarabstimmungsberechtigten. In seiner tief zu Herzen gehenden Begrüßungsansprache wies der Vereinsleiter, Herr Dr. Kuhn, darauf hin, daß die Abstimmung vor uns steht wie ein großer Berg. Aber oben auf dem Berge, da leuchtet wie ein heiliger Gral das heilige Recht unseres Deutschen Volkstums an der Saar und das Recht, das uns durch den Versailler Vertrag gegeben ist. Im Vertrauen auf dieses Recht werden wir diesen Berg überwinden: Die Saar wird und muß deutsch bleiben! Nach dem gemeinsam gesungenen „Truchlied zur Volksabstimmung an der Saar“ von F. A. Bartels und einem Musikstück folgte ein Deutscher Bergmannsreigen, wie er vor Zeiten auch im Saargebiet getanzt wurde. Den Höhepunkt bildete ein tiefempfundener Sprechchor „Saarländische Erde“, der ebenfalls von unserem Mitglied, Herrn A. F. Bartels, verfaßt worden ist und

der von HJ. und BdM. vorgetragen wurde. Der Abschluß des offiziellen Teils brachte das gemeinsam gesungene Saarländ. Lied.

* **Die Ortsgruppe Mülheim-Ruhr** hielt am 10. November ihre Jahresversammlung ab. Nach herzlicher Begrüßung der erschienenen Mitglieder und Gäste gedachte der Ortsgruppenleiter Studienrat Rodler der Opfer des 9. November 1923. Nach stillem Gedenken der Gefallenen sang die Versammlung das Lied vom guten Kameraden. Hierauf erfolgte durch den Ortsgruppenleiter die Verlesung des umfangreichen Jahres- und Tätigkeitsberichtes, aus dem einige Punkte hervorgehoben zu werden verdienen: Am 14. April war in der Stadthalle eine große Saarkundgebung, in der der Bundesführer Staatsrat Simon vor vollbesetztem Hause sprechen konnte. Herr Mehen, der während der Erkrankung des Ortsgruppenleiters Studienrat Rodler mit der Führung beauftragt war, hielt in mehreren Verbänden und Schulen Mülheims aufklärende Vorträge über das Saargebiet. Vom 22. bis 30. September suchten 200 Saarurlauber in Mülheim und seiner herrlichen Umgebung Erholung. Die Prüfung der Kasse ergab einen Bestand von 20 RM., dem Kassierer Schillo konnte Entlastung erteilt werden. Zum Schluß kam der Vorsitzende auf den Mißbrauch des Einspruchsrechtes gegen die Eintragung in die Abstimmungsliste zu sprechen. Auf den ausgehängten Listen suchten die Separatisten, besonders der Kommunist und Eisenbahnassistent a. d. Lohse aus Niederlinkweiler, wahllos Namen heraus und erhoben Einspruch. Schon über 100 000 Einsprüche sind erfolgt. Darum warnte der Ortsgruppenleiter vor Ermüdung im Kampfe für unsere Saarheimat. Besonders ermahnt er die Saarobmänner, in der Betreuung der Abstimmungsberechtigten auf ihren Posten zu sein. Das Saarländ. und ein Sieg-Heil auf Heimat und Führer schlossen den offiziellen Teil.

* **Aus Goslar und Umgebung.** Der Saar-Obmann Lehrer Ernst Koch aus Goslar sprach am 7. November in einer von rund 200 Personen besuchten Vortrags-Veranstaltung der Ortsgruppe Wiedenburg der Kriegsopfer-Versorgung mit gutem Erfolg über 1. „Wie steht der Saarkampf? Und Du, Deutscher im Reich?“; 2. „Unsere Saar“ mit Lichtbildern. Ferner am 23. November in einer von rund 180 Lehrpersonen der Stadt Goslar besuchten Saar-Feierstunde des Lehrerbundes über: „Die Saar ist deutsch“ und „Unser Saarland, Land und Leute und Wirtschaft“ mit 50 Bildern und über den „Saarkampf, geopolitisch gesehen“. Derselbe Redner sprach am 24. November in einer von etwa 120 Lehrpersonen des Lehrerbundes Landkreis Goslar besuchten Saar-Feierstunde. Folge: Die deutsche Saar: 50 Bilder. / Frankreichs Gier nach dem Rhein: 14 Bildskizzen. / Die Saar ist deutsch: 26 Diapositive mit dramatischem Sprechtext.

* **Die Ortsgruppe Datteln** teilt mit, daß das Dattelner Hitlerjugendheim den Namen eines Saarländers erhielt. Die durch den Gebietsführer Langanke vorgenommene feierliche Einweihung des Hitlerjugendheimes in Datteln war mit einer Großkundgebung auf dem Adolf-Hitler-Platz verbunden. 1500 Hitlerjugenden hatten sich eingefunden, die auf ihre Pflichten hingewiesen wurden. Kein selbstsüchtiges „Ich“ soll der Hitlerjunge kennen, sondern das große „Wir“ der deutschen Volksgemeinschaft. Diesen Gedanken habe ein Junge bewiesen, dessen Name leuchtendes Vorbild bleiben soll. In diesem Sinne weihte er das neue Heim auf den Namen des saarländischen Hitlerjugenden Otto Schmelzer. Im Geiste des Toten versprach Unterbannführer Neuhaus die Hitlerjugend des Unterbanns Datteln zu führen. Ein Vorbeimarsch der gesamten Hitlerjugend gab der Weihe einen feierlichen Abschluß.

* **Die Ortsgruppe Frankfurt a./O.** hielt am 10. November die erste und gut aufgelegene Saar-Treue-Kundgebung in der Kurmark ab. Es war ein großer Erfolg für den Bund der Saar-Vereine. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch ein schneidendes Konzert der Kapelle des NS. Amtes für Beamte aus Frankfurt/Oder. Nach dem Einmarsch der Fahnen und Banner begrüßte der Stützpunktleiter des Bundes der Saar-Vereine Frankfurt/Oder. Landsmann Grüner in kurzen Worten die anwesenden Gäste und besonders den zum ersten Male in der Kurmark weilenden stellvertr. Bundesleiter Debusmann. Der von einem Saarländer in kurzer erfrischender Form vorgetragene Treueschwur des Volkes an der Saar ging den Anwesenden tief zu Herzen. Der Hauptreferent des Abends, der stellvertr. Bundesleiter Debusmann, herzlichst begrüßt, entwickelte in 1½stündigen Ausführungen den Anwesenden das Saar-Problem. Keine phrasenhaften, abgedroschenen Redensarten waren es, sondern von Herzen kommende und zu Herzen gehende kerndeutsche Worte, die der Saarländer Debusmann der Versammlung übermittelte. Er streifte kurz die Geschichte des Saargebietes und ging dann zu dem Schandvertrag von Versailles über. Er verstand es, in warmen Worten die Leiden der Besatzungszeit zu schildern. Es kann nicht geleugnet werden, daß seine Worte nachklangen in den Herzen aller, die dabei waren, daß die von Herzen kommenden Worte, die aus dem Herzen eines Saarländers sprachen wurden, die Frankfurter Bevölkerung zu begeisterten Anhängern der deutschen Volksgemeinschaft machten. Seine Schlußworte

klangen in dem gemeinschaftlich begeistert gesungenen Lied: „Deutsch die Saar“ aus und reicher Beifall belohnten die einfach, schlicht von Herzen zu Herzen gesprochenen Worte des stellvertr. Bundesführers Pg. Debusmann. Ein Sprechchor der Hitlerjugend verschönerte durch Vorträge den Abend. Das Schlußwort, von Oberbürgermeister Albrecht gesprochen, war eine begeisterte Dankagung an die Saarländer für ihr deutsches und braves Ausharren.

* **Die Ortsgruppe Erfurt** des Bundes der Saarvereine hielt am 13. November 1931 im Vereinslokal Hotel „Fürst Bismarck“ ihre Monatsversammlung ab. Nach Begrüßung der Anwesenden und Verlesung der letzten Niederschrift wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zu Punkt 1 der Tagesordnung „Mitteilungen“ knüpfte der Ortsgruppenleiter Dr. Stegner an die Erfurter Saarkundgebung vom 21. v. M. an und dankte den Mitgliedern Niemeyer und Schaffrj für die vorzügliche Vorbereitung der Veranstaltung. Weiter gab Dr. Stegner bekannt, daß seitens der Ortsgruppe Jena im Stadttheater daselbst am 12. Dezember ein Saar-Heimatabend veranstaltet werde, für den der Ortsgruppenleiter sich zu einem Vortrage über die Saarfrage verpflichtet habe. Zu Punkt 2 der Tagesordnung „Saarabstimmung“ berichtete der Werbewart, Reichsbahninspektor Niemeyer, eingehend an Hand der von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ jüngst überlieferten Merkblätter über das Einspruchs- und Rekursverfahren für die Saarabstimmung, sowie über Beförderung, Unterbringung und Betreuung der Abstimmungsberechtigten.

* **Saarlandgäste im Kreise Meschede.** Die große Kundgebung mit den saarländischen Gästen mit dem Heimatdichter Theo Jörg an der Spitze wurde in der Kreisstadt Meschede zu einem gewaltigen Treuebekenntnis für unsere Brüder an der Saar. Zur Begrüßung der Gäste war der Ortsgruppenleiter Busch sowie der Kreisoberinspektor Bok als Vertreter des Landrats am Bahnhof erschienen. Der saarländische Heimatdichter Theo Jörg aus Saarbrücken dankte für den herzlichen Empfang durch HJ und DJ und versicherte, daß die HJ des Saarländes sich eng mit der HJ des Mutterlandes verbunden fühle. Die Abendveranstaltung wurde zu einer überwältigenden Kundgebung. Stützpunktleiter Bürgermeister Ebel begrüßte die Gäste von der Saar. Ortsgruppenleiter Busch begrüßte die Erschienenen im Namen der politischen Organisationen des Kreises Meschede und wies hin auf die Bedeutung des großen Saarkampfes, der ein Kampf des ganzen deutschen Volkes sei. Studiendirektor Dr. Kili wies in seiner groß angelegten Rede auf die große Bedeutung des Saarkampfes hin. Der Redner wies darauf hin, daß es wichtig und notwendig sei, daß das ganze deutsche Volk immer wieder zum Ausdruck bringe, die Saar ist und bleibt deutsch. Abwechselnd mit den zu Gehör gebrachten Musikstücken der Mescheder Feuerwehrkapelle, die sich für den Abend unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatte, brachte Theo Jörg mit seinen Jungen Sprechöre und Gesangsvorträge zu Gehör.

* **Auf der großen Saar-Kundgebung in Coesfeld** hielt der Bundesleiter der Saarvereine, Mittelschulrektor Debusmann, einen Vortrag über den heroischen Kampf der deutschen Volksgenossen an der Saar. Der Redner schilderte die freudige Bereitschaft der Saarbevölkerung bei Ausbruch des Weltkrieges, in dem Saarbrücken prozentual die meisten Kriegsfreiwilligen gestellt und den jüngsten Kriegsteilnehmer auf dem Felde der Ehre geopfert habe. Das Saargebiet habe diese heldenhafte Gesinnung auch nach dem Schanddiktat von Versailles nicht verloren. Alle Repressalien und Zwangsmaßnahmen der fremden Besatzung hätten der Saarbevölkerung keinen Schaden zufügen können, hätten nicht die natürliche Verbindung mit dem Mutterland abreißen können. Die Arbeiterbevölkerung des Saargebietes habe in echter Solidarität beim Ruhrstreik die arg bedrängten Kameraden im Rhein- und Ruhrgebiet durch einen 100-Tage-Streik unterstützt und so seine Zugehörigkeit zum gesamtdeutschen Volk unter Beweis gestellt. Die rigorose Schulpolitik und die täglichen Verjüngungen, die Arbeiterbevölkerung des Saargebietes für die französische Fremdherrschaft gefügig zu machen, hätten nicht den erhofften Erfolg für die Franzosen gehabt. Der deutsche Arbeiter und die deutsche Mutter an der Saar seien die entscheidenden Faktoren bei der kommenden Abstimmung für Deutschland. Die sichere Tatsache, daß das Saargebiet am 13. Januar 1935 zum Deutschen Reich zurückkehre, könne auch nicht durch die Verjüngungen beeinträchtigt werden, die in den letzten Monaten im Saargebiet angestellt wurden. Emigranten, Profiteure und fremde Werber seien am Werk, um Unruhe und Zweifel zu säen. Mit heldenhafter Disziplin und Ruhe trete die in der deutschen Front geeinigte Saarbevölkerung den Verjüngungen gegenüber, um jeden Zweifel an der deutschen Bevölkerung des Saargebietes gleich im Keim zu ersticken. Ein einziger Ruf rufe vom Saargebiet aus durch das ganze deutsche Land an alle Abstimmungsberechtigten Deutschen: „Tut Eure hl. Pflicht am 13. Januar 1935, damit das Saargebiet, Deutschlands treuestes und liebstes Kind, heimkehrt zum Vaterhaus!“ Landrat Klein ermahnte in seinem Schlußwort zu ruhigem und vertrauensvollem Warten. Das naturgegebene und blutgebundene Recht der deutschen Bevölkerung an

der Saar werde am Abstimmungstag zu einem glückhaften Siege kommen. Stehend sangen die vielen hundert Stadthalienbesucher das Saarländ. Lied.

* Die Ortsgruppe Baesweiler hatte am 4. November ihre Mitglieder zu einem Saargebietabend in die Kantine der Grube Karl-Alexander eingeladen. In dem Lokal, das mit den Farben des neuen Deutschland und mit frischem Grün geschmückt war, verlebten die Anwesenden einige genussreiche Stunden. Nach dem Eröffnungsmarsch der Hauskapelle trug Fräulein Heß (Saarländerin) einen Prolog: „Ihr Brüder an der Saar“ vor. Dann hielt der Ortsgruppenleiter Aug. Heß die Begrüßungsansprache, in der er aller gefallenen Helden gedachte, auch des Saarbruders Jakob Johannes, der 1919 unschuldig von den Franzosen erschossen wurde. Geehrt wurden die deutschen Helden durch Erheben von den Plätzen. Dann hielt Studienrat Dr. Kili-Nachen die Festrede. Mit trefflichen Worten klärte er die Anwesenden auf über die Wege und Ziele der französischen Raubpolitik, die nur auf gemeine Lügen und List aufgebaut sei, um zu ihrem schon lange gesetzten Ziele, das „deutscher Rhein“ heißt, zu gelangen. Die große Kundgebung auf dem Ehrenbreitstein hat der ganzen Welt bewiesen, daß die Saarländer deutsch sind. Ganz besonders erklärte der Redner den Status quo, 65 Millionen warten auf den Tag, an dem sie das Saarvolk mit offenen Armen empfangen können, um es einzu führen in das neue Deutschland. Mit den Worten: Deutsch ist unseres Flusses Strand, deutsch unser Heimatland und deutsch ist die Saar, schloß der Redner seinen spannenden, mit großer Begeisterung aufgenommenen Vortrag. Der Vereinsleiter August Heß dankte mit trefflichen Worten dem Festredner und forderte alle Anwesenden auf, dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler ein Treugelöbnis abzugeben. Stehend mit erhobener Rechten wurde dieses Gelöbnis von den Anwesenden abgelegt. Anschließend erklang das Deutschland- und Horst-Wessel-Lied. Nach einer kurzen Pause setzte der zweite Teil des Programms ein, der mit Orchestervorträgen, Liedern und Gedichten ausgefüllt wurde.

* Die Ortsgruppe Trier schreibt unterm 27. November: Wir haben Veranlassung, heute des 50. Geburtstages unseres Kassierers, Reichsbahninspektors Eugen Berckessel zu gedenken. Wenn wir unserem Kassierer zum 50. Geburtstag gratulieren, so deshalb, weil uns mit ihm gute Freunde- und Kameradschaft verbindet. Ehren möchten wir aber auch das Geburtstagskind als unseren verdienstvollen Kassierer und alten Kämpfer um die Befreiung unserer Saarheimat. Mannigfaltig sind seine Verdienste hinsichtlich der Aufklärung über das Saargebiet und der Stärkung des Heimholungswillens. Jahrelang hat Inspektor Berckessel im Ruhrgebiet unter oft recht schwierigen Verhältnissen im Sinne des Bundes der Saarvereine gearbeitet. Die Gründung unserer heute über 1200 Mitglieder zählenden Ortsgruppe ist sein Werk. Auch die Geschäftsstelle „Saarverein“ und der Bund der Saarvereine gedenken der großen Verdienste Berckessels und rufen ihm ein herzliches Glück auf! zu.

* Saar-Verein Karlsruhe. Am 7. November hielt der Saar-Verein, Ortsgruppe Karlsruhe, in seinem Vereinslokal „Prinz Karl“ eine sehr gut besuchte Aufklärungs-Versammlung ab. Der Leiter für Baden und Pfalz, Kaufmann Neurohr, begrüßte die Erschienenen, unter denen man auch einige j. Jt. hier weilende Saar-Urlauber bemerken konnte. Er sprach dann ausführlich über die bevorstehende Abstimmung und die Maßnahmen, die hierzu getroffen werden müssen. Seine Ausführungen fanden eine wertvolle Ergänzung durch die Ausführungen des Propagandaleiters und Saarobmanns, Ing. Kesterle, der die geschichtliche Entwicklung und auch die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Saargebietes, die für den Aufstieg Deutschlands besonders wertvoll ist, schilderte.

Bücherbesprechungen

* Deutsches Grenz- und Auslandsvolkstum in Europa. Der Grenzlandverlag Hanns Hartung in Düsseldorf-Bristolhaus ist seit langem in der Förderung der deutschen Auslands- und Volkstumsinteressen in Europa tätig. Mit großem Erfolge hat er bereits eine Reihe von Werken und Broschüren auf diesem Gebiet herausgebracht und so zu seinem Teil zur Bildung der geistigen Volksgemeinschaft aller Deutschen in der Welt durch das deutsche Volkstum beigetragen. Um diesen Gedanken noch zu verbreitern und zu vertiefen, hat der Grenzlandverlag 40 Karten deutsches Grenz- und Auslandsvolkstum herausgebracht zu dem Preise von 4,— bzw. 4,50 RM. Die Karten eignen sich einmal vorzüglich als Lehrmaterial in den verschiedenen Unterrichtsfächern, dann aber auch als Vortragsmaterial vor einer größeren, für das Grenz- und Auslandsdeutschtum zu interessierenden Zuhörerschaft, und schließlich kann im kleinen Kreise mit den Karten das bekannte Quartettspiel gespielt werden. Bei dem Spiel werden zusammengestellt eine Gesamt-Europakarte in vierfacher Größe zum Falten als Vorlage, vier Uebersichtskarten des deutschen Grenz- und Auslandsvolkstums,

Saar-Siegelmarken sind auf Veranlassung der Deutschen Front für die am 13. Januar 1935 stattfindende Volksabstimmung erschienen. Die Marken sind durch die Geschäftsstelle „Saarverein“ oder durch die Firma Heinz Haber, Neunkirchen, Saargebiet, Postfach 108, zu beziehen und kosten pro 1000 Stück 4,— RM. Wir empfehlen unseren Ortsgruppen und Saarobleuten, von diesen Marken regen Gebrauch zu machen, da der Reinertrag für die Propagandarbeit an der Saar Verwendung finden wird.

verschiedene Karten des Insel- und weitere Karten des Grenzlanddeutschstums. Die Verwendungsmöglichkeiten sind also recht vielseitig. Erwähnt sei noch, daß bei der Verwendung von Spruch und Lied immer auf die örtliche Eigenart des betreffenden volksdeutschen Gebietes hingewiesen wird. Diese vielfachen Verwendungsmöglichkeiten sind auch von Herrn Bundes- und Gauleiter Gustav Simon in einem empfehlenden Schreiben anerkannt worden. Die Quartettkarten eignen sich u. E. besonders für Lichtbildvorträge in Schulen, Heimatverbänden, Arbeitsdienst- und allen Schulungslagern der Partei. Man kann ihnen nur weiteste Verbreitung wünschen. Wer sie erwirbt, leistet Dienst an Volk und Vaterland.

* Der Große Herder. Nachschlagewerk für Wissen und Leben. Vierte, völlig neu bearbeitete Auflage von Herders Konversationslexikon, 12 Textbände und 1 Welt- und Wirtschafts atlas. Verlag Herder & Co., Freiburg i. Br. IX. Band: Osman bis Neuchlin. Nun liegen außer dem Atlasband bereits neun Textbände vor, nur drei Bände stehen noch aus. In Anbetracht der bisherigen genauen Einhaltung des Arbeitsplanes kann damit gerechnet werden, daß das Gesamtwerk bis gegen Ende des nächsten Jahres vollendet sein wird. Auch der jetzt vorliegende 9. Band weist die gleichen Vorzüge auf wie die zuvor erschienenen Bände: prächtige innere und äußere Buchausstattung, reiche und geschmackvolle Bebilderung, erschöpfende Sachschilberung in straff zusammengefaßter Darstellung und praktische Uebersichtlichkeit. Das Gesamtwerk wird allen Volkstufen nicht allein ein aufschlußreiches Nachschlagewerk sein, sondern zugleich auch eine unterhaltende und nützliche Lektüre bieten. Dr. Groten, St. Wendel (Saar).

* „Das deutsche Saarland unter dem Zwange von Versailles!“ Von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin, Gründer des Bundes der Saarvereine in: „Deutsches Volksbuch“ (De Vo Verlag Volksbuch G. m. b. H., Berlin). Preis 0,30 RM. Dieses kleine Büchlein kommt gerade recht zur bevorstehenden Volksabstimmung an der Saar. In handlicher Form erörtert in ihm der Verfasser Verwaltungsdirektor Th. Vogel auf knappen 125 Seiten alle Seiten des Saargebietes. Auf Grund seiner reichen Sachkenntnis und Erfahrung im Saarkampfe erörtert er die geschichtliche, politische, wirtschaftliche und schulpolitische Seite der Saarfrage. Klipp und klar werden die sogenannten historischen Ansprüche Frankreichs auf die Saar zurückgewiesen. Das Niesenerbrechen, das in Versailles am deutschen Saargebiet begangen wurde, und der schamlose Betrug der französischen Machthaber von damals wird klar und eindringlich geschildert. In eindrucksvollen Sätzen zieht dann die Zeit der französischen Militärdiktatur über das Saargebiet und die ganze nachfolgende qualvolle Leidenszeit des Saarlandes an uns vorüber. Noch einmal erleben wir alle Schrecknisse der Fremdherrschaft des Völkerbundes. Die Bedeutung der Volksabstimmung ist ein weiteres Kapitel in dem handlichen Büchlein. Zum Schluß formuliert der Verfasser klar und einprägsam die deutsche Saarforderung, die angesichts der ganzen Lage nur auf die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland lauten kann, wenn das völkische Unrecht an der deutschen Saarbevölkerung wieder gutgemacht werden soll. Staatsrat Dr. von Halfern hat dem Buch, das vom Verfasser in erster Linie für die deutsche Jugend gedacht ist, als einer der Mitbeteiligten und Mitkämpfer um die Freiheit der Saar ein Vorwort geschrieben.

* 25 Jahre Stadt Saarbrücken. In diesem Jahre jährt es sich zum fünf- undzwanzigsten Male, daß die Städte Alt-Saarbrücken, St. Johann und Malstatt-Burbach zu einer Großstadt, Saarbrücken, zusammengelegt wurden. Aus diesem Anlaß erscheint, unter Mitarbeit leitender Verwaltungsbeamter der Stadt und maßgebender Persönlichkeiten der Wirtschaft, ein Werk, das die Geschichte dieser ereignisreichen Zeit behandelt. In über 20 Abhandlungen und zahlreichen Bildern wird die Entwicklung der Stadt Saarbrücken auf allen Gebieten (Handel, Industrie, Kirche, Schule, Sport, Verkehr usw.) geschildert. Dadurch und besonders auch durch die bevorstehende Rückgliederung des Saargebietes zum deutschen Mutterlande erhält das Werk eine bleibende Bedeutung. Preis geb. 30,— Frs. Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.

* Ehrenbuch für die im Weltkrieg 1914-18 Gefallenen der Stadt Saarbrücken. Neben dem namentlichen Verzeichnis aller im Weltkriege gefallenen Saarbrücker Bürger, auch der bei Fliegerüberfällen getöteten Einwohner, enthält dieses würdig ausgestattete Werk eine kurze Geschichte der Saarbrücker Regimenter und unserer Heimatstadt im Weltkriege. In Wort und Bild entsteht hier ein Ehrenmal, das allen saar-deutschen Volksgenossen und vor allem unserer Jugend in diesem letzten, entscheidenden Kampfsjahre vor der Rückkehr zum Reich künden soll, was die deutsche Stadt an der Grenzmark und ihre Söhne an Taten und Opfern für ihr Vaterland geleistet haben. Der Preis ist so gestaltet, daß es allen möglich ist, dieses Ehrenbuch, das in keiner saar-deutschen Familie fehlen sollte, anzuschaffen. Preis für Vorbestellungen bis zum Erscheinen brosch. 25,— Frs., Leinen 35,— Frs. Saarbrücker Druckerei und Verlag A.-G.

Briefkasten

Mit herzlichem Dank bestätigen wir den Eingang folgender Zahlungen: D. Sch. in B. 5,— RM., E. S. in Th. 3,30 RM., G. T. in B. 3,30 RM.

Regelmäßige Zusammenkünfte der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

Ortsgruppe Aachen: Jeden ersten Sonntag im Monat im Hotel Restaurant Werner, Thüringer Hof, Seilgraben.

Ortsgruppe Berlin: Jeden ersten Donnerstag im Monat im Restaurant „Zum Franziskaner“ im Stadtbahnbogen Friedrichstraße (Barock-Saal), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Bielefeld: Jeden letzten Samstag im Monat, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Erholung“ Papenmarkt.

Ortsgruppe Bingerbrück: Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Gasthaus zum Bingerwald“, Bingerbrück, Coblenzer Str. 105. Besitzer Jakob Wald, geborener Saarländer.

Ortsgruppe Bochum: Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal Gasthaus Ohligschläger, Bochum, Hattinger Straße 103.

Ortsgruppe Bottrop: Jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung im Vereinslokal Mainz (Storp), nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Bremen: Jeden zweiten Montag im Monat in „Baune's Restaurant“ am Marktplatz 9.

Ortsgruppe Buer: Monatsversammlung stets am ersten Sonntag nach dem 13., um 5 Uhr nachmittags, in der Wirtschaft May Dorstener Straße.

Ortsgruppe Buer-Erle: Jeden dritten Sonntag im Monat im Restaurant „Kaiserhof“, Buer-Erle, Bismarckstraße 178, nachm. 5 Uhr.

Ortsgruppe Castrop-Rauel-Nord 2: Jeden zweiten Sonntag im Monat im Vereinslokal Budde, Adolf Hitlerstraße.

Ortsgruppe Castrop-Rauel-Süd: Jeden zweiten Sonntag im Monat bei Werner Altheide, Holzstr. 55.

Ortsgruppe Chemnitz: Jeden 3. Freitag im Monat in „Längers Restaurant“, Langestraße 17, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Datteln: Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr im Lokal Börner (Gasthaus zur Post).

Ortsgruppe Dillenburg: Jeden ersten Sonnabend im Monat im Hotel „Zum Hirsch“, obere Hauptstraße.

Ortsgruppe Dinslaken: Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, abwechselnd im NSBO-Heim (Zum Fürsten Bismarck) und beim Landsmann Rau.

Ortsgruppe Dortmund: Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr bei Berghoff, Körnerplatz.

Ortsgruppe Duisburg: Jeden zweiten Sonntag im Monat in der Bürgergesellschaft „Union“, Duisburg, Josephsplatz 3, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Düsseldorf: Jeden zweiten Samstag im Monat (bzw. durch bei Rundschreiben) im Restaurant „Reinhof“, Katernenstraße 29 (bei Landsmann Wagner), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Erkershild i. W.: Jeden zweiten Sonntag im Lokal von Herrn Anton Hundrop.

Ortsgruppe Erfurt: Jeden zweiten Dienstag im Monat 20.15 Uhr im Hotel „Fürst Bismarck“, Erfurt, Reglering Nr. 6.

Ortsgruppe Gelsenkirchen: Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhof-Hotel Gelsenkirchen, gegenüber dem Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Gelsenkirchen-Horst: Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Heinrich Dehler, Horst-E., Am alten Amtshaus.

Ortsgruppe Hagen: Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Deutscher Krug“, Körnerstraße.

Ortsgruppe Halle: Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 20 Uhr 30 Min., im „Koburger Hofbräu“, Kaulenberg.

Ortsgruppe Hamburg: Jeden zweiten und vierten Freitag im Monat, abends 8 Uhr, im Hansa-Hotel Hamburg, Klosterhof 6.

Ortsgruppe Hannover: Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 20½ Uhr, im Restaurant Ferd. Steg, Haltenhoffstraße 22.

Ortsgruppe Heilbronn: Jeden zweiten Samstag im

Monat im „Fürstenberger Hof“ in der Deutschhofstraße bei Herrn Stirn.

Ortsgruppe Herne: Jeden Donnerstag, 8 Uhr, Ritterschenke, E. Biermann, Bahnhofstraße 126.

Ortsgruppe Herford-Dorsten: Jeden zweiten Sonntag im Monat, 15 Uhr, Westfalenhalle.

Ortsgruppe Hof-Saale: Jeden zweiten Montag im Monat, wechselseitig bei Vereinsmitgliedern und Gaststätte Rußbuttn, Ludwigstraße.

Ortsgruppe Homburg: Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Restauration „Zur Post“, Inh. Heinrich Friedrichs, Mörserstraße, Hochheide, um 16 Uhr.

Ortsgruppe Karlsruhe: Jeden ersten Mittwoch im Monat im Lokal zum „Prinzen Karl“, Ede Zirkel- u. Lammstraße, abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Köln: Jeden ersten Mittwoch im Monat, Rudolfsaal, Inh. Heinrich Feith, Hahnenstr. 36.

Ortsgruppe Lübeck: Jeden dritten Montag in jedem Monat, 8 Uhr abends, im Kulmbacher Bierhaus, Fleischhauerstraße 16.

Ortsgruppe Mainz: Jeden ersten Mittwoch im Monat in der Gaststätte am Kaisertor, Rhein-Allee 2, abends 8.30 Uhr.

Ortsgruppe Mörs-Meerbeck: Jeden vierten Sonntag im Monat, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Hendricks (früher Hüsten), Meerbeck, Bismarckstraße.

Ortsgruppe Mülheim: Jeden zweiten Samstag im Monat im Hotel „Rheinischer Hof“, Hindenburgstraße 162, Am Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Münster i. W.: Jeden zweiten Samstag im Monat von abends 20½ Uhr an im Mathäierbräu, Münster, Roggenmarkt 16—17.

Ortsgruppe Neuf: Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Junsthause Neuf.

Ortsgruppe Nürnberg: Jeden zweiten Mittwoch im Monat Nürnberg-A., „Coburger Hof“, Hallplatz 7, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Oberhausen: Jeden vierten Sonntag im Monat in der Gastwirtschaft „Im Krug“, Eduard Tenge, Oberhausen, Markt 5.

Ortsgruppe Osnabrück: Jeden ersten Mittwoch im Monat im Hotel Bayerischer Hof (Stadtschänke), Adolf-Hitler-Platz, 8½ Uhr abends.

Ortsgruppe Reddinghausen: Jeden ersten Donnerstag im Monat, abends von 7 Uhr ab, im Lokal „Zum Drückbelken“, Münsterstraße.

Ortsgruppe Rheinhafen: Jeden letzten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Portmann, Deichstraße 109.

Ortsgruppe Schwelm: Jeden zweiten Freitag im Monat im Gemeindepösthous Heinz Störckuhl.

Ortsgruppe Sobernheim (Nahe): Monatsversammlung jeden ersten Samstag im Monat im Hotel Caesar (Schuler), Untere Adolf-Hitler-Straße, 8½ Uhr.

Ortsgruppe Stettin: Jeden zweiten Mittwoch des Monats im Restaurant „Zum Landsknecht“, Birkenallee, Grabower Straße.

Ortsgruppe Stuttgart: Jeden ersten Montag im Monat im Restaurant Schwob, Stuttgart, Charlottenplatz 3.

Ortsgruppe Wanne-Eidel: Jeden zweiten Sonntag im Monat im Gasthause Anton Altmeier, Wanne-Eidel, Hindenburgstraße 20.

Ortsgruppe Wattenscheid: Jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal Josef Meyer (Zentralhof), Oststraße 19, nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Wiesbaden: Jeden zweiten Donnerstag im Monat 8 Uhr abends im Restaurant „Lese-Verein“, Luisenstraße. Ferner Stammtisch: Altdeutsche Weinstube, Luisenstraße, Hotel Union, Neugasse.

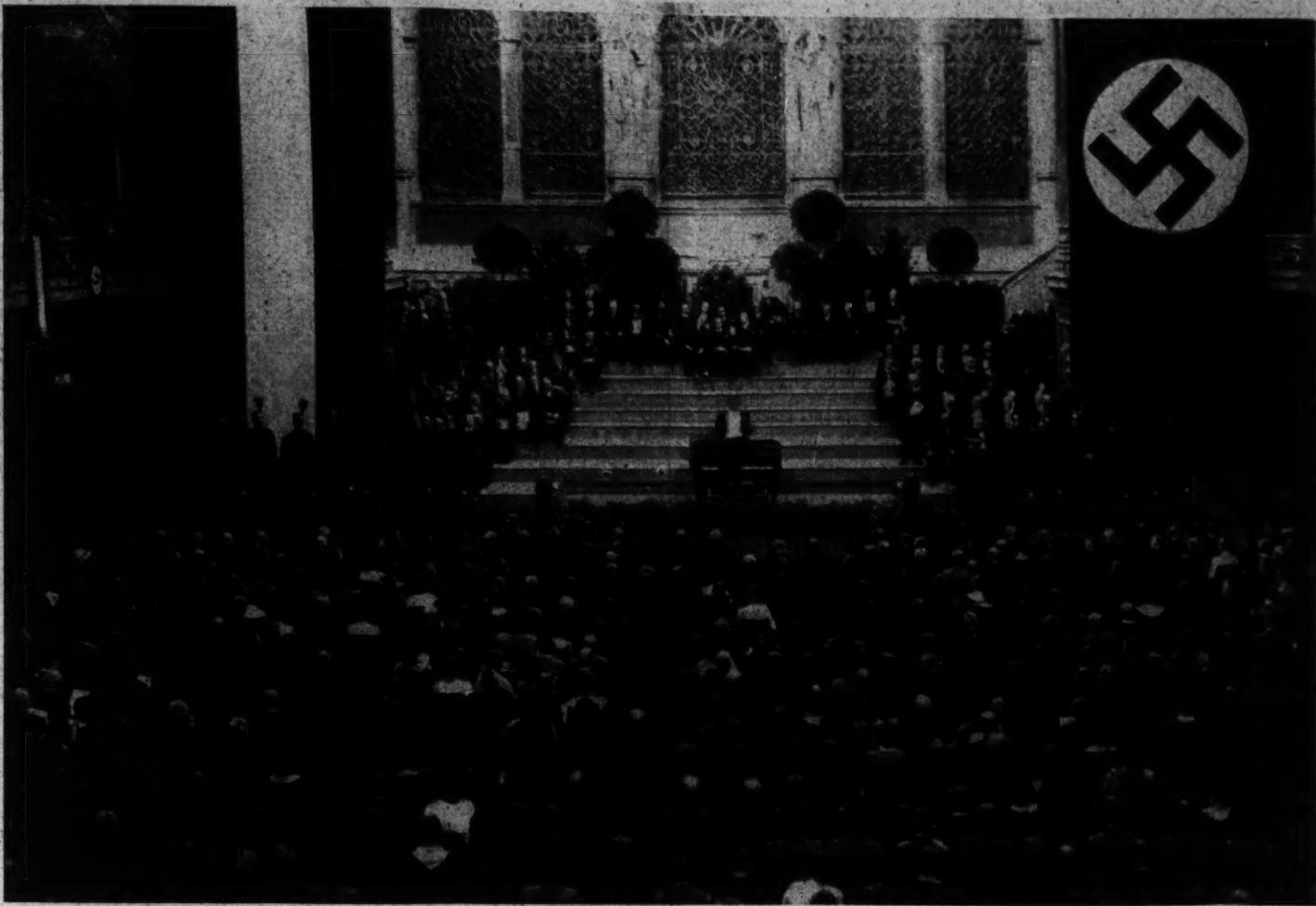
Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen: Jeden ersten Montag im Monat, abends 8.30 Uhr, im Kurpark Wilhelmshaven.

Ortsgruppe Wuppertal: Jeden zweiten Mittwoch im Monat im Restaurant Löwen, Elberfeld, Bahnhofstraße 18.

Weitere Ergänzungen werden erbeten!

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimathilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluss: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 536, oder auf Deutsche Bank. Depositionskasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Haupt-
schriftleiter Richard Posselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11. — Auflage 9000.

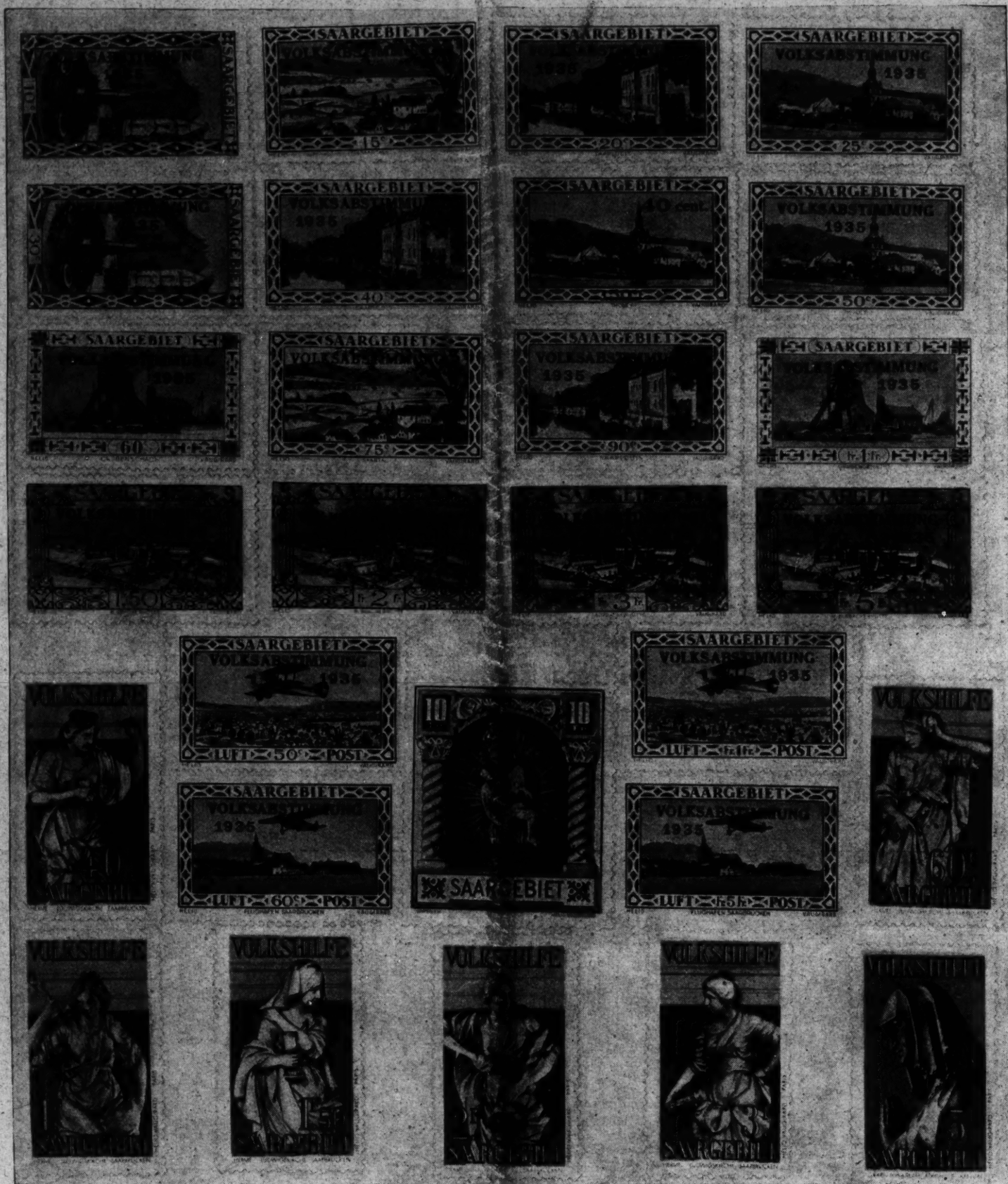


Eine Kundgebung zu Ehren der Berliner Saarabstimmungsberechtigten veranstaltete die Ortsgruppe Berlin des Bundes der Saarvereine am 19. November 1934 in der Philharmonie in Berlin. Blick in den Saal, während Landsmann Kammerjäger Fritz Goot den von der Landsmännin Lisbeth Dill verfassten Prolog vorträgt.



Teilnahme der Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine an dem Trachtenumzug des Schlesier-Vereins in Stettin.

Neue Saarbrief- und Saarbriefwohlfahrtsmarken



Schütze des Saarlandes heilige Scholle,
 Deutsch muß sie bleiben, komme was wolle:
 Komme, was wolle, Freud oder Leid,
 Deutsch muß sie bleiben in Ewigkeit!